

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühren
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifache 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der marokkanische Friedensschluß

Paris, 24. September. (Fig. Ber.)

Das Marokko-Abkommen ist im wesentlichen fertig. Nun berücken auch die französischen Offiziere die gute Botschaft und so dürfen die bedauernswerten Zeitgenossen, denen seit Jahren das Schreckwort Marokko in Kaiser- und Ministerreden, Parlamentsdebatten, Interviews, Alarm-, Warnungs-, Drohungs- und Beschwichtigungsartikeln in die Ohren gedöhnt hat, auf Erleichterung hoffen. Auf Erlösung freilich nur von dem einen Uebel. Denn der seinem Ende zuschreitende Kapitalismus muß immer neue Konflikte zwischen den rivalisierenden Weltmächten gebären. Die Chauvinisten allerorts können getroßt rufen: Die Krise ist tot, es lebe die Krise!

Vorläufig hat indes der Kapitalismus einen neuen Posten in seine Handelsbücher einzutragen. Es ist unlegbar, daß das Resultat, das die finanzielle, militärische und kommerzielle Abenteuerlust und der Diplomatenhader in Marokko zustandegebracht haben, durchaus in der Entwicklungslinie der kapitalistischen Weltwirtschaft liegt. Der Kapitalismus, der seine Hangarme über alle Kontinente ausgestreckt hat, konnte nicht dicht vor den Toren Europas ein von frommen Verträgen umfriedetes Reservatgebiet waldurdringlicher Barbarei erhalten. Ueber den Sentimentalismus im Rousseau-Stil, der den Profitmacher und seine uniformierte Schutztruppe im Namen einer naturrechtlich begründeten Selbstbestimmung zurückhalten wollte, mußte er rücksichtslos hinwegschreiten und die widersinnige Illusion einer „friedlichen Durchdringung“ höhnisch beiseite schieben. Und der harmlose Glaube an die Utopie, die den Kapitalismus etwa durch die Entwicklung des „neuen Mittelstandes“ und die „konstitutionelle Fabrik“ auflösen möchte.

Die Gewinnung Marokkos ist eine imponierende Leistung des französischen Kapitalismus, der in kühnem Unternehmungsgeist und zäher Ausdauer manche Mängel seiner technisch-industriellen Schwerefähigkeit zu überwinden weiß. Das alberne Geschrei der Alldeutschen hat die von langer Hand vorbereitete Einverleibung Marokkos in das nordafrikanische Kolonialreich Frankreichs nicht aufhalten können und die auswärtige Politik des Deutschen Reichs hat, insofern sie diesem Geschrei Rechnung tragen zu müssen glaubte, nur dem deutschen Wirtschaftsleben schwere, lange nachwirkende Schäden zugefügt, die auch ohne Erhöhung der diplomatischen Konzeptionen hätten vermieden werden können. Vielmehr hat gerade die Verzögerung der Verhandlungen, die dem außerordentlichen Spieghelpatriotismus dekorative Genugtuungen verschaffen sollte, durch die hervorgerufene Finanz- und Wirtschaftskrise zum Schluß die Position der französischen Politik befestigt.

Diese Krise ist aber auch eine wichtige Lehre, die der Marokkokonflikt den Regierungen und den herrschenden Klassen aller Länder erteilt hat. Sie zeigt, wie der gesteigerte Industrialismus und die fortschreitende internationale Verästelung des Kreditwesens die Empfindlichkeit der nationalen Wirtschaft vergrößert. Auch das weniger industrielle Frankreich, wo der ängstliche Bauer noch seine Goldfische im Strumpf birgt, hat diese Wirkung schwer genug empfunden. In dieser ehemals nicht in solchem Maß empfundenen Abhängigkeit der nationalen Wirtschaftsgebiete von einander und von der Weltlage liegt sicher eine gewisse Segentendenz gegen Kriegsgelüste.

Sie erhält aber ihren vollen Wert durch den Rückschlag der Krise auf den gesamten sozialen Zustand. Was Vebel in Jena so eindrucksvoll geschildert hat — die Wirkung des Krieges auf die ganze Volkswirtschaft — die jetzige Situation gibt schon einen Vorgeschmack davon. Und wie Hungerkriegen auf die Volksmassen wirken, das können die Befindlichen jetzt in den verschiedensten „Kulturländern“ sehen. Kommt nun für die herrschenden Klassen noch die Gewissheit, daß die Organisation und der entschlossene Wille des Proletariats genug stark sind, um den entsefelten Elementen des Volksgorns den Weg zu weisen, so wird das „pozitivistische“ Gewissen der Diplomatie eine nützliche Kräftigung erfahren.

Unstreitig hat schon diesmal die proletarische Friedensaktion der Weisheit der Regierungen nachgeholfen und ihren Eifer gestärkt, zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Vor allem darf die deutsche Arbeiterklasse stolz darauf sein, der bewundernden Welt das Schauspiel einer von keiner pseudopatriotischen Schaumgeberei berührten, kaltblütigen und kraftbewußten Kundgebung des Volkswillens gegeben zu haben. Die Auffassung, daß es nicht auf ein taktisches Detailprogramm für den Kriegsfall, sondern auf eine machtvolle und schlagfertige Zusammenfassung der im Proletariat lebendigen, dem Völkermord widerstrebenden Energien ankomme, hat eine glänzende Rechtfertigung gefunden. In der proletarischen Massenaktion, nicht in den regellosen Insurrektionen tollkühner Freischaren nimmt die bürgerliche Gesellschaft ihre Todesverkündigung wahr. Wohl wäre es Ueberhebung, heute zu sagen, daß die drohende Macht der proletarischen Internationalen allein es gewesen sei, die diesmal die Zivilisation vor den Schrecknissen des Krieges gerettet habe. Aber zum erstenmal hat das organisierte Proletariat vor den feilschenden Diplomaten, vor den mit Menschenleben hazardierenden Spekulanten, vor den

Fälschern der öffentlichen Meinung sein Schwert entschlossen in die Wagsschale des Friedens geworfen. Und vom Wachstum seiner Organisation, von der revolutionären Aufklärung und Schulung der ausgebeuteten Massen hängt es ab, ob es in gefährlicheren Stunden unausbleiblicher künftiger Konflikte die kapitalistischen Deutemacher entwaffnen kann.

Nur noch redaktionelle Änderungen.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgende Mitteilung:

Unseren Informationen nach trägt der gestern abend von Gambon überbrachte französische Vertragsentwurf über Marokko im wesentlichen den Wünschen der beiden Regierungen Rechnung, wenn auch in Einzelheiten noch einige redaktionelle Änderungen vorzunehmen sein werden.

Italien in Tripolitanien.

Rom, 24. September. (Fig. Ber.)

Als während der Ministerkrise dieses Frühjahres Giolitti sich anscheinend so unmotivierterweise nach den Sozialisten als Mitarbeiter umschau, haben wir dem Verdacht Ausdruck gegeben, daß die Regierung sich mit sozialpolitischen Abenteuern trüge und für diese die Mittschal der Sozialisten zu gewinnen strebe, um sie auf diese Weise mundtot zu machen und ihnen die Hände zu binden. Seitdem sind immer deutlichere Anzeichen dafür zutage getreten, daß die italienische Regierung wirklich ihr Auge auf Tripolitanien und die Syrtaika geworfen hat. Zunächst hat man es friedlich versuchen wollen, und obwohl der dem Ministerium nahestehende römische „Messaggero“ unsere Information, nach der eine italienische Aktiengesellschaft von der türkischen Regierung für 125 Millionen Lire Konzessionen in Tripolitanien erworben hätte, als pure Erfindung hingestellt hat, so haben doch tatsächlich Verhandlungen in diesem Sinne stattgefunden und haben, wie mehrere italienische Blätter unter dem 22. dieses Monats bestätigen, in Paris in Gegenwart des italienischen Gesandten Tittoni und des französischen Gesandten Barrère, zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Aber die friedliche Absicht verbürgt keineswegs den friedlichen Ausgang. Heute ist alles kriegsbereit, und jede Stunde kann die Entscheidung bringen.

Die Reservisten eines Jahrganges für das Landheer und von vier Jahrgängen für die Kriegsmarine sind gestern durch königliches Dekret eingezogen worden. Die Flotte ist bereit, das Oberkommando ernannt, die Presse arbeitet unter Hochdruck, um eine Art patriotisches Delirium auszulösen. Dumme und unwürdige Nachrichten über türkische Gewalttaten gegen Italien arbeiten an der Erhöhung der öffentlichen Meinung — kurz, alles ist bereit, daß der Starke über den Schwachen herfällt, um ihn unter dem Vorwande der Vergeltung, des Rechtes oder der Notlage das Seine abzunehmen. Wohl droht das Proletariat mit dem Generalstreik, im Falle die Regierung Ernst macht, aber es könnte sehr gut sein, daß wir eines Tages mit der Generalstreikdrohung in der Faust aufwachen, um in der Zeitung zu lesen, daß der Krieg durch ein Bombardement der tripolitanischen Küste bereits zur Tatsache geworden ist.

lassen wir die Frage der Vergeltung und des Rechtes beiseite. Das sind Klauen, die wir der künftigen offiziellen Geschichtsschreibung zur ausschließlichen Verwendung anheimstellen.

Wie steht es aber mit den wirtschaftlichen Interessen, die die geplante Expedition wahren sollte? Welches Interesse hat Italien, ein Land zu besetzen und unter seinen Einfluß zu bringen, dessen Reichthümer — wie die berühmten Phosphatlager — durchaus problematisch sind, während die geringe Fruchtbarkeit des Bodens, und vor allem sein Wassermangel, keinem Zweifel unterliegt. Ein Land, das nach dem Urteil von Sachverständigen etwa 50 bis 60 000 Quadratkilometer kolonisierbaren Boden hat, aber in seinen günstigsten Landstrichen bereits eine eingeborene Bevölkerung von ungefähr 20 Einwohnern pro Quadratkilometer aufweist. Tripolitanien verspricht, selbst nach den rosigsten Angaben der „Tribuna“, keineswegs eine sehr produktive Kapitalanlage. Die Hauptprodukte sind Datteln, Speis, Gerste in den bewässerten Teilen; außerdem wäre an Viehzucht mit Weidewirtschaft zu denken und an Olivenbau, der bekanntlich vor einem Menschenalter überhaupt keinen Ertrag abwirft, sondern nur starke Kapitalien fordert. Wein und Weizen kann Tripolitanien im besten Falle nur für den eigenen Bedarf produzieren. Um Erschließung großer landwirtschaftlicher Reichthümer handelt es sich also in Tripolitanien absolut nicht.

Daß Italien sich in Tripolitanien einen Absatzmarkt erschließen möchte, glaubt niemand, selbst die hiesigen Imperialisten nicht. Die meisten industriellen Produkte bezieht Italien heute trotz hoher Schutzzölle aus dem Auslande; um sich Absatzmärkte zu sichern, braucht es keinen Kanonenschuß zu riskieren. Ja, sagen nun die Schläuen, Italien hat aber eine ganz besondere Exportware: seine Auswanderer. Hier sucht man in ruchloser Weise das Publikum hinter's Licht zu führen. Ja, freilich wandern in Italien alljährlich Hunderttausende ins Ausland, um Arbeit zu suchen, aber sie wandern nicht als Kolonistoren mit Geld imbeutel, sondern einzig und allein als Arbeiter, die für ihre Arbeitskraft einen angemessenen Lohn fordern und ihn im Vaterlande nicht finden,

Wer in aller Welt wird ihnen in Tripolitanien diesen Lohn geben? Die Schläuen meinen, daß zur Erschließung Tripolitanien große öffentliche Arbeiten nötig seien, wollen eine Anleihe von einer halben Milliarde zu diesem Zwecke machen und meinen, damit die italienische Auswanderung befriedigt zu haben. Lieber Gott! Wenn man eine halbe Milliarde für öffentliche Arbeiten übrig hat, so kann man sie sicher sehr viel besser in Italien verwenden, um Calabrien und Sizilien mit Straßen zu versehen, die wasserlosen Gemeinden mit Trinkwasser, die Sümpfe mit Abzugskanälen, ganz Süditalien mit Schulen und Hospitälern. Dann brauchen auch die Arbeiter nicht mehr auszuwandern, denn der Ueberfluß an Arbeitskräften ist ja nur relativ, das heißt, er besteht nicht im Hinblick auf die Kulturbedürfnisse des Landes, sondern im Hinblick auf die disponiblen Kapitalien. Wenn diese auf einmal für Tripolis da sind, dann brauchen wir Tripolitanien gar nicht mehr, denn dann hat auf einmal die wertvollste italienische Exportware, die Arbeitskraft, ihre angemessene Verwendung gefunden, die Verwendung, die den Nationalisten doch die teuerste sein sollte, nämlich die im eigenen Vaterlande!

Tripolitanien als Auswanderungsland ist Gumbug. Was heute nach Tripolitanien drängt, das sind Interessen der Haute Finance, deren Exponent die Regierung ist: nicht Italien, sondern Gruppen italienischer Kapitalisten haben Interesse daran, in Tripolis festen Fuß zu fassen. Darum, und nicht unter dem Druck einer Zwangslage, nicht im Interesse unserer Auswanderung, wird man den Kriegszug unternehmen.

Daß trotz der angeblich friedlichen Absichten der Regierung die Sache voraussichtlich gar nicht friedlich ablaufen wird, liegt in der Natur der Sache. Allein der religiöse Fanatismus der Mohammedaner widerstrebt mit aller Energie der italienischen Penetration. Ganz friedlich wird die Sache auch in Italien selbst nicht ablaufen. Giolitti pfeift natürlich aufs Parlament und findet es selbstverständlich, daß dies den Mund hält und dann der vollendeten Tatsache gegenüber artig die Kosten bewilligt. Giolitti pfeift auch auf das Proletariat und hat kein Ohr für das Grollen der Massen und den Unwillen der Arbeiterschaft. Darum ist aber noch nicht gesagt, daß dieses Grollen und dieser Unwille nicht Mittel und Wege fänden, um sich Gehör zu verschaffen. Das Volk, das die Steuer an Blut und Geld zu zahlen hat, ist nicht befragt worden. Es könnte aber auch ungefragt reden.

Auf dem Wege nach Tripolis.

Noch ist nichts Entscheidendes geschehen. Allerdings wird in Italien die Zensur aufs strengste gehandhabt und die Regierung hüllt sich in Schweigen. Sicher ist bloß, daß italienische Kriegsschiffe auf der Fahrt nach Tripolis begriffen sind. Aber noch ist kein Schuß gefallen, und weder von türkischer noch von italienischer Seite ist mit feindseligen Akten begonnen worden. Italien beisteht jedoch darauf, in Tripolitanien einzudringen und die Frage steht so, daß die Türkei nur die Wahl hat zu kämpfen oder sich kampflös zu demütigen. Die anderen Mächte aber sind uneins und schon darum kaum imstande, mit dem gebotenen Nachdruck die italienische Regierung von dem verderblichen Abenteuer zurückzuhalten.

Die sozialistische Protestaktion hat bereits eingesetzt. Die Versammlung der Vertreter des allgemeinen Arbeiterverbandes, der sozialistischen Parteileitung und der Parlamentsfraktion beschloß in Bologna für den 27. September einen ruhigen Generalstreik. Bissolati, Trapanese, Turati und Grazziani erklärten sich gegen den Generalstreik, protestierten jedoch gegen jede Eroberungsabsicht, auch wenn die Notwendigkeit der Expansion Italiens bestände. Die extremen Syndikalistin und der Generalrat der Arbeiterverbände beschloßen den Streik mit allen Mitteln und in aller Ausdehnung. Eine Tagesordnung Turati, welche die sozialistische Partei zur schärfsten Opposition gegen die Regierung verpflichtete, wurde einstimmig angenommen. Es heißt, daß Bissolati, der sich in offenem Gegensatz zur Mehrheit der Partei befindet, aus dieser austreten wird.

In Mailand kam es zu lebhaften Protestkundgebungen der Sozialdemokraten auf dem Marktplatz. Die Nationalisten veranstalteten Gegenkundgebungen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Auch verschiedene Redner, die in der Protestversammlung die Regierung angegriffen hatten, wurden verhaftet.

Offiziös sucht man die Bewegung als gescheitert hinzustellen. Ein Telegramm behauptet:

Die Versuche der Sozialisten in Rom, Mailand, Como, Varese und anderen Städten, den Generalstreik zu erklären, um gegen ein Vorgehen in Tripolis zu protestieren, sind an der einmütigen Haltung der öffentlichen Meinung gescheitert. Das Zentralkomitee der Eisenbahner fordert diese auf, sich jedem Streik fernzuhalten, mit der Erklärung, daß diese Kundgebung der Ernsthaftigkeit entbehren und nur eine dekorative Handlung sein würde.

Die Meldung steht im auffälligen Gegensatz zu der Tatsache, daß der eintägige Proteststreik ja für den 27. September beschlossen, also nicht schon vorher gescheitert sein kann.

Die diplomatischen Beprehungen.

Rom, 28. September. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Rom: In der gestrigen Unterredung des türkischen Geschäftsträgers mit dem Minister des Aussenen Marchese di San Giuliano kam der Wunsch der Türkei zum Ausdruck, die schwebende Streitfrage auf überlieferungsmäßig freundschaftliche Weise zu lösen. Der Minister stellte die Unmöglichkeit für Italien fest, wohl begründete Anwartschaften preiszugeben, drückte aber gleichzeitig den Wunsch aus, gute Beziehungen zur Türkei zu bewahren.

Türkische Zurückhaltung.

Saloniki, 28. September. Obwohl die Stimmung in den Kreisen des hiesigen jungtürkischen Komitees bezüglich der Tripolisfrage sehr erregt ist, sind doch die strengsten Weisungen erteilt worden, alles zu vermeiden, wodurch die italienischen Interessen verletzt werden könnten.

Keine Bedrohung der Italiener.

Konstantinopel, 28. September. Die Agence Ottomane veröffentlicht eine offiziöse Note, durch die die Gerüchte dementiert werden, daß die Italiener in Tripolis in Gefahr schweben. Die Regierung konstatiert, daß die Ordnung nicht gestört ist und ist überzeugt, daß sie auch in Zukunft nicht gestört werde. Die Note erklärt weiter, daß die offiziellen Kreise der Hoffnung seien, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten ein Ende nehmen und daß den wirtschaftlichen Interessen gestattet sein werde, die ihnen durch die bestehenden Verträge gesicherte Entwicklung zu nehmen.

Truppentransporte.

London, 28. September. „Daily News“ meldet aus Malta, daß die italienischen Dampfer „Sicilia“ und „Sardigna“ Truppen von Syrakus und dem benachbarten Hafen Augusta an Bord genommen haben.

Die Ankunft des Botschafters verschoben.

Rom, 28. September. Die Abreise des neuen italienischen Botschafters in Konstantinopel, die am 8. Oktober erfolgen sollte, ist auf den 8. verschoben worden. Man erwartet, daß bis dahin eine Verständigung erzielt sein wird, oder aber die diplomatischen Beziehungen abgebrochen sein werden.

Die Haltung der Mächte.

Milano, 28. September. Der „Corriere della Sera“ meldet aus London, daß im dortigen Auswärtigen Amt erklärt worden sei, England betrachte die Lösung des tripolitanischen Problems als eine Angelegenheit, die bloß die Türkei und Italien betreffe. Dasselbe Blatt erhält aus angeblich bester Quelle die Nachricht aus Wien, wonach Oesterreich-Ungarn Italiens Aktion keinen Widerstand entgegensetze.

Konstantinopel, 28. September. Die englische und die französische Antwort auf die Bitte der Hohen Pforte um Vermittlung gegenüber Italien sind kühl, fast abweisend und nicht geeignet, hier die Stimmung zu heben. Auch die Petersburger Antwort ist ähnlich gehalten wie die englische. Die Hoffnung der Türkei ist jetzt auf Berlin gerichtet. Man nimmt an, daß Deutschland seinen Einfluß ausüben werde, um seinen Verbündeten vom Schlimmsten zurückzuhalten.

Die türkische Auffassung.

Konstantinopel, 28. September. In Kreisen der Hohen Pforte ist man der Auffassung, daß Italien seine kriegerische Aktion nicht unvorbereitet beginnen werde. Der Großvezir hat der italienischen Botschaft Vorstellungen gemacht über die Gefahr, die für die italienischen Bewohner der Türkei dadurch hervorgerufen werden könnte. Gleichzeitig hat man die italienische Regierung wissen lassen, daß man zu den weitgehendsten Konzessionen bereit sei. Nach Informationen des Konstantinopeler Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ ist jedoch die Expedition soweit vorgeschritten, daß es kaum noch ein Zurück gibt und man sich hier einem Fatum hin, wenn man glaubt, durch das Zugeständnis von wirtschaftlichen Konzessionen jetzt noch den Eindruck zu erzielen, den man vielleicht vor einigen Monaten erzielt haben würde.

Zur Lebensmittelteuerung.

Deutscher Städtetag und Fleischteuerung.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Reichs-Lanzler erneut eine Eingabe gerichtet, in der dringend um Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischteuerung ersucht wird. Wie in der Eingabe nachgewiesen wird, sind seit der letzten Petition des Städtetages — Oktober 1910 — die Preise für Rinder, Kalber und Schafe fortwährend gestiegen und werden nach Ansicht sachkundiger Kreise eine weitere Steigerung erfahren, nachdem infolge der Maul- und Klauenseuche und des durch die Dürre des Sommers verursachten Futtermangels erhebliche Bestände von Vieh teils vernichtet, teils vorzeitig auf den Markt gebracht worden sind. Ertrag wie günstigstenfalls — auch wenn rechtzeitig durchgreifende Erleichterungen hinsichtlich der Einfuhr von Futtermitteln gewährt werden und das nächste Jahr eine befriedigende Futtermenge liefert — erst allmählich heranwachsen.

Aber auch die Schweinepreise, die bisher diese Steigerung nicht zeigten, werden voraussichtlich binnen kurzem ansteigen. Die Großhandelspreise (Schlachtpreis) betragen durchschnittlich für 50 Kilogramm bei II. Qualität:

	1909	1910	Jan.—Juni 1911
D a f e n			
Berlin	65,78	72,48	76,2
Breslau	55,7	66,2	69,6
Dresden	73,02	76,09	80,88
Hannover	62—77	68—80	77—87
Karlsruhe	78,0	84,0	91,0
Leipzig	72,18	80,28	82,0
München	68—79	73—84	?
Strasbourg	75,12	83,94	88,25
S c h a f e			
Berlin	81,06	93,06	94,3
Breslau	58,8	80,0	86,7
Dresden	75,99	81,53	85,27
Hannover	65—95	80—100	80—108
Karlsruhe	88,05	95,05	108,05
Leipzig	82,89	92,41	96,0
München	57—61	64—69	70—73
Strasbourg	95,10	104,43	110,05
S c h w e i n e			
Berlin	70,75	74,06	74,0
Breslau	60,2	71,5	78,0
Dresden	74,53	82,24	83,66
Hannover	60—80	65—80	72—83
Karlsruhe	60,05	67,05	72,0
Leipzig	73,64	80,28	81,0
München	48—53	54—60	60—67
Strasbourg	84,97	89,70	92,00

	1909	1910	Jan.—Juni 1911
S c h w e i n e			
Berlin	67,63	68,88	65,58
Breslau	61,9	64,2	58,3
Dresden	69,81	67,37	59,84
Hannover	61—77	60—72	52—63
Karlsruhe	72,05	70,05	62,0
Leipzig	68,15	65,88	57,0
München	65—74	65—74	51—66
Strasbourg	76,53	71,50	64,10

Bei dieser Sachlage sind, wie es in der Eingabe heißt, rasche Maßnahmen geboten, um eine für alle Volksteile gefährlich lang andauernde Fleischteuerung hintanzuhalten.

Als geeignete Wege zu dem Ziele werden verlangt: Erleichterungen der Einfuhr von lebendem Vieh aus den Nachbarländern und Ermöglichung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch, insbesondere aus Argentinien, ferner Einfuhr von Fleisch aus unseren Kolonien.

Die Eingabe begründet ausführlich diese Vorschläge und berichtet dann, daß der Vorstand des Deutschen Städtetages — geleitet von der Überzeugung der Notwendigkeit vollen veterinärpolizeilichen Schutzes — durch eine Kommission von Sachverständigen hat prüfen lassen, welche Vorschriften diesen Schutz nach jeder Richtung zu gewährleisten imstande sind. Diese Vorschriften sind darauf von den Schlachthofdirektoren aller deutschen Großstädte begutachtet und für völlig ausreichend befunden worden.

Das Ergebnis dieser Prüfung der eingeleiteten Veterinärkommission ist zugleich mit der Eingabe dem Reichs-Lanzler übermittelt worden.

Einfuhr von Gefrierfleisch.

Selbst die Nationalliberalen fühlen sich angesichts der steigenden Mißstimmung in den ärmeren Volksschichten bewegt, die Forderung zu stellen, daß alle jene Bestimmungen aufgehoben werden, die der Einfuhr von argentinischem und australischem Gefrierfleisch entgegenstehen. Der Provinzialvorstand der national-liberalen Partei für die Rheinprovinz hat nämlich am 28. d. M. nach eingehender Erörterung der gegenwärtigen Notlage folgende Resolution gefaßt:

„Angesichts der bestehenden und voraussichtlich noch weiter zunehmenden außerordentlichen Teuerung der wichtigsten Nahrungsmittel hält der Provinzialvorstand der national-liberalen Partei im Rheinland besondere Maßnahmen des Reiches und der Einzelstaaten zur Sicherung einer ausreichenden Volksernährung für dringend erforderlich. Für die Dauer des Notstandes ist — auch im Interesse der kleineren Landwirtschaft zur Erhaltung des noch vorhandenen Juchtviehbestandes die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien und Australien durch Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen zu ermöglichen, und es sind die Zölle für Reis und Getreide zu Futterzwecken, sowie für Grünfutter außer Kraft zu setzen oder doch wesentlich zu ermäßigen. Die landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse sind möglichst zu erleichtern. Die Sätze des Notstandestarifs müssen so gestaltet werden, daß sie allen Empfängern von Futtermitteln zugute kommen. Der Zentralvorstand der Partei wird ersucht, alsbald die National-liberale Fraktion zu bitten, im Sinne der vorstehenden Sätze tätig zu werden.“

Die Handelskammer für Oberfranken und die Teuerung.

Die Handelskammer für Oberfranken hat an die bayerische Regierung eine Eingabe gerichtet, in der sie unter Hinweis auf die schädigende Wirkung des Einfuhrschecksystems Maßnahmen verlangt, die der Teuerung entgegenwirken sollen. Nach ihrer Ansicht führt das Einfuhrschecksystem dazu, daß für das ausgeführte Getreide ein vollwertiger Ertrag nicht eingeführt wird und sowohl die Reichs-Lieferung als auch ein Mangel an der einen oder der anderen Getreideart in Deutschland herbeigeführt wird. Nach einem interessanten statistischen Nachweis kommt die Handelskammer zu folgendem Ergebnis:

„Am wirksamsten würde ein Ausfuhrverbot für Roggen, Weizen und Hafer sein, und angesichts der schwierigen Lage des Lebensmittelmarktes scheint selbst die Anwendung dieses radikalen Mittels gerechtfertigt. Wir würden alle Maßnahmen begrüßen, die ergriffen werden, um die Futtermittelnot zu beseitigen: Einfuhr billiger Frachten, Suspension der Futtermittelzölle usw., weil dadurch die Landwirtschaft der Notwendigkeit entzogen werden kann, ihren Viehbestand in ungesunder Weise zu reduzieren. Die Industrie ist in hervorragendem Maße daran interessiert, daß alle Maßnahmen zur Beseitigung der Lebensmittelteuerung ergriffen werden. Denn die Arbeitgeber, die selbst von der Teuerung direkt oder indirekt (durch den Rückgang in der Kaufkraft des Subsidiums) bedrückt werden, werden nicht in der Lage sein, erhöhte Lohnforderungen zu bewilligen. Wir bitten aus allen diesen Gründen dringend, das hohe kgl. Staatsministerium möge geneigt an den zuständigen Stellen dafür eintreten, daß das Einfuhrschecksystem zunächst aufgehoben oder doch zum mindesten der Identitätsnachweis wieder eingeführt wird, wenn nicht durch ein Notgesetz die Einfuhr von Roggen, Weizen und Hafer in diesem Jahr überhaupt verboten werden sollte.“

Die Reichsregierung hatte vor einiger Zeit bei der schweizerischen Regierung angefragt, welche Erfahrungen man dort mit der Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien gemacht habe. Die nunmehr eingetragene Antwort besagt, daß das argentinische Fleisch als wertvoller Ersatz bezeichnet werden dürfe, wenn das Fleisch auch qualitativ unter der aus den angrenzenden Ländern bezogenen lebenden Ware stehe.

Die Reichsregierung wird sich natürlich trotz der günstigen Auskunft, die sie erhalten hat, keineswegs beeilen, für die Einfuhr von Fleisch aus Argentinien zu sorgen, sondern sie wird weiter erwägen und diese Erwägungen endlos hinschieben, denn die Agrarier wünschen nicht, daß ihnen durch die Fleischscheckeinfuhr aus Argentinien Konkurrenz gemacht wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September 1911.

Der neue Mittelstandsbund.

Den konservativ-agrarischen Hintermännern ist es nun glücklich gelungen, dem Hansabund durch den neugegründeten Mittelstandsbund eine unverkümmert reaktionäre Organisation entgegenzusetzen. In Dresden ist unter starker Beteiligung die Gründung vollzogen worden. In den Vorstand der neuen Organisation wurden gewählt: Architekt Höhn (Leipzig), Obermeister Herrmannsmitglied Plate (Hannover), Schornsteinfegermeister Conradt (Breslau), Rechtsanwalt Kohlmann (Dresden), Verbandsdirektor Liebal (Braunschweig), Justizrat Dr. Baumert (Spandau), Fabrikant Rämpf (Frankfurt a. M.), Justizrat Dr. Kühlmorgen (Dresden), Kommerzienrat Nagler (München), Buchbindermeister Urajsch (Dresden), Sortimentler Schwan (Leipzig), Gemeindevor-

mächtiger III (Nürnberg). Der Begriff Mittelstand ist hier offenbar sehr weit gezogen worden, denn Justizräte und Kommerzienräte pflegt man im allgemeinen nicht zum Mittelstand zu rechnen.

Des Weiteren sind diese mittelständlerische Organisation ist, verriet schon die Ansprache des Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses, des Reichstages Hühne-Leipzig. Der Herr erklärte, daß die neue Vereinigung der Hilfe der Parlamentarier aller Parteien bedürfe. Nur eine Partei sei nicht geladen, weil der Ausschuss sie als die allergrößten Feinde des Mittelstandes betrachten müsse: die Sozialdemokratie. Zwei große internationale Feinde besitze der Mittelstand: den Moloch des Kapitals und die Sozialdemokratie, die eifrig bestrebt seien, dem Mittelstand den Boden unter den Füßen abzugraben. In einem müsse deshalb der Mittelstand mit der Großindustrie unter allen Umständen zusammenstehen: „in der Zurückweisung und Niederwerfung terroristischer Annahmen der Sozialdemokratie“. Hoffentlich werde der Gründungstag ein Markstein der Geschichte des Mittelstandes werden. Als Ehrenhaft war auch der sächsische Minister des Innern Graf v. Bismarck anwesend, und er konnte nach der einleitenden Ansprache Höhnes mit Zug und Recht die „zielbewusste, nationale, staatsbehaltende“ Politik feiern, die „Lunfer aller Ziel“ sei!

Unter der langen Reihe von mittelständlerischen Wünschen ist die Forderung nach gesetzlicher Einschränkung des Koalitionsrechts hervorgehoben, die von dem Handwerkskammerpräsidenten Dr. Wienke a. Hannover in seinem Vortrag über den „Schutz gegen Streikterrorismus und Boykott“ erhoben wurde. Die „Verbindung gewerkschaftlicher Forderungen mit der Macht der sozialdemokratischen „Kundschaft“ habe „zu ungeheuerlichen Erscheinungen“ geführt, die einen direkten Eingriff in die Gewerbe- und Handelsfreiheit darstellen. Hier müsse das Strafgesetzbuch den Handwerkern zu Hilfe kommen. Der kommende Reichstag müsse dafür sorgen, daß der deutsche Mittelstand nicht zu Grunde gehe. Dem Handwerker könne nur ein Reichstag helfen, in dem möglichst wenig Sozialdemokraten säßen. (Stürmischer Beifall.) Es wurde dem auch eine Resolution angenommen, die „willkürliche Arbeitseinstellung, verbunden mit Tarifbruch, Koalitionszwang, Bedrohung der Arbeitswilligen, öffentliche Verleumdung der Arbeitgeber, Ueberwachung der Betriebe als nur zu häufig geübten Mißbrauch des Koalitionsrechts“ denunzierte und durch „Erweiterung bestehender Gesetze und durch ein Gesetz zur Verleihung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine beseitigt“ sehen wollte.

Sogar in dem Jubiläumstelegramm an den Kaiser war ursprünglich noch dem am Pressefisch verteilten Telegrammentwurf die Hoffnung ausgesprochen worden, daß der „erhabene Schirmherr friedlichen Bürgertums“ nicht zulassen werde, daß das deutsche Erwerbsleben durch Vergewaltigung arbeitswilliger und tüchtig-trauer Arbeiter und durch sozialdemokratische Boykottierklagen fort und fort die schwersten Erschütterungen erleiden. Dieser Satz wurde dann schließlich nicht mittelegraphiert; aber die gehaltenen Reden verrieten auch so deutlich genug, daß der neue Mittelstandsbund nichts ist als eine neue Scharfmacherorganisation der schlimmsten Sorte!

Vernünftige Anwandlungen bei der — „Deutschen Tageszeitung“.

Als gewissenhafte Chronisten müssen wir den eigentümlichen Fall registrieren, daß auch das Agrarierblatt einmal vernünftige Ansichten äußert. Die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt nämlich gegenüber einem kolonialen Eroberungskrieg Gesichtspunkte, die ihr sonst völlig fremd sind. Sie erklärt den „kolonialen Eroberungszug“ als „einen Rechtsbruch allerhöchster Art“, nebenbei auch als „ein höchst zweifelhaftes Unternehmen vom Standpunkt nächster Realpolitik“. Den Rechtsbruch erblickt das Blatt darin, daß die Abmachungen mit anderen kolonialpolitischen Ländern, mit den einschlagenden Weltmächten, nicht genügt, um daraus einen Rechtsanspruch herzuweisen. Denn diesem Anspruch gegenüber stünde das Recht des gegenwärtigen Besitzers des Landes.

Aber die „Deutsche Tageszeitung“ verwirft die koloniale Eroberungspolitik nicht nur vom Standpunkte des Rechts aus, sondern auch deshalb, weil das allgemeine Kulturinteresse des Weltfriedens einem solchen Eroberungskriege entgegensteht.

Aus diesen Gründen des Rechts und des allgemeinen Kulturinteresses fordert die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Befürchtung aber ist leider nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Regierung durch ihre Maßnahmen bereits Hoffnungen erweckt hat, die nachträglich durch eine besonnene Politik zu enttäuschen sie sich nicht mehr stark genug fühlen könnte. Nur um so dringender sollte sie, solange es noch nicht ausichtslos erscheint, sich vor dem Spiel mit einem Feuer warnen lassen, aus dem schließlich ein Weltbrand entstehen könnte, der auch ihre berechtigten Hoffnungen in Asche legt!“

Leider nur sind diese höchst vernünftigen Ermahnungen nicht während des akuten Stadiums der Marokkokrise an die deutsche Regierung gerichtet gewesen, sondern sie gelten jetzt der italienischen Regierung! Nicht ein deutscher Eroberungszug, sondern der italienische Eroberungszug nach Tripolis gilt dem Agrarierblatt als „Rechtsbruch allerhöchster Art“. Nicht die jetzigen Besitzer von Marokko, sondern die Türkei, der Besitzer von Tripolis, soll „in aller Form Rechts“ als Eigentümer dieses Landes von den Italienern respektiert werden! Und nicht vor dem Marokko-Abenteuer der deutschen Regierung warnt die „Deutsche Tageszeitung“ im „allgemeinen Kulturinteresse des Weltfriedens“, sondern vor dem italienischen Kolonialabenteuer. Ebenso ist in dem obigen Zitat in der zweiten Zeile vor dem Worte Regierung das Wortchen „italienische“ einzuschalten — die deutsche Regierung vor dem Spiel mit dem Feuer und der Entzündung eines Weltbrandes noch in letzter Stunde dringlich zu warnen, ist ja der „Deutschen Tageszeitung“ natürlich nicht eingefallen!

Man sieht also, daß auch die „Deutsche Tageszeitung“ gelegentlich lästige Momente hat, daß sie Recht von Unrecht, Vernunft von Unvernunft zu unterscheiden vermag, freilich nur dann, wenn es sich nicht um das eigene Land, um die eigene Politik handelt!

Rüstungsieber.

Ein großes Schlaglicht auf die Spannung der internationalen politischen Lage wirft die Tatsache, daß Produzenten von Kriegsmaterial gegenwärtig in außerordentlichem Maße beschäftigt sind. Die Krupp'schen Werke in Essen stellen in letzter Zeit massenhaft neue Arbeitskräfte ein. Ramentlich die Geschosfabrikation steht in Hochkonjunktur. In dieser Abteilung muß tatsächlich Tag und Nacht gearbeitet werden. Aber auch die Geschützrohr- und Larttenabteilungen sind sehr stark beschäftigt.

Mit welchen Augen die herrschenden Schichten die gegenwärtige Situation beurteilen, geht aus diesen Angaben deutlich hervor.

Die Engeln im Wahlkampf.

Ganz wie in Düsseldorf, so führt das Zentrum auch im Wahlkreis Konstantin den Wahlkampf unter dem Gesichtspunkt der Ge-

Führung der Religion. Der ultramontane Kandidat im letzten Kreise, Freiherr v. Müpplin, hat die Annahme der Kandidatur mit den Worten begründet: „Man tut's für die Ewigkeit.“ Dieser Kandidat „für die Ewigkeit“ hat in einer anderen Versammlung sogar die himmlischen Heerscharen, die Engel für sich mobil gemacht. Nach der „Badischen Landeszeitung“ (Nr. 439) führte er nämlich aus:

„Als ich früher dem Gotteshaufe, dem Münster in Salem, hin und wieder einen Besuch abstattete, da war es mir, als ob die Engeln, die von kundiger Meisterhand an den verschiedenen Altären angebracht sind, alle geheimnisvoll auf mich herablickten. Leider habe ich diesen Eindruck bei meinem letzten Besuche nicht gehabt. Es war mir, als würden die Engeln, seitdem nun die Liberalen auf das Land ziehen, um Propaganda zu machen, recht betrübte Gesichter schneiden, als wenn ihr Lächeln verschwunden wäre.“

Nach dieser Aeußerung zu urteilen, qualifiziert sich Herr v. Müpplin ganz vorzüglich zum Zentrumsmandat; denn scheinen seine Verstandeskräfte sich auch seit seiner Geburt nicht sonderlich entwickelt zu haben, so besitzt er doch ein frommes, kindliches Gemüt. Schon in der Bibel aber werden jene gepriesen, die „geistig arm sind“.

Im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte.

In Köln ist dieser Tage das alte Marzellen-Gymnasium in ein neues Gebäude übergesiedelt und hat mit dem Ort zugleich den Namen gewechselt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte zur Erinnerung an einen fast logenhaften Scholastiker des 13. Jahrhunderts den Namen Albertus-Magnus-Gymnasium vorgeschlagen. Der Regierung ging dieser Rückgang ins Mittelalter noch nicht weit genug; sie versetzte sich in den biblischen Mythos und verfügte, daß die Anstalt hinfür heiße Dreikönigen-Gymnasium. Und nun die Reden auf den bei dieser Gelegenheit veranstalteten Feier: Oberbürgermeister Ballraf glaubte der neuen Anstalt keinen besseren Segenswunsch widmen zu können, als daß der alte Geist sie alle Zeit beselen möge, daß Gottesfurcht, Vaterlandsliebe und Wissenschaft dort gepflegt werden mögen.

Professor Hinstorfer als Vertreter des erkrankten Direktors erklärte: „Daß das Gymnasium im neuen Hause fortschreite auf der alten Bahn des Ruhms — das ist unser Wunsch; daß es allzeit bleibe eine Pflanzstätte der Gottesfurcht, der Wissenschaft und ein bewährter Hort des deutschen Gedankens — das wolle Gott!“

Regierungspräsident Steinmeier griff zurück auf die Wünsche der Redner und wiederholte die drei Eigenschaften, die von bezuhen Seiten den Schülern und den Lehrern als Pflege empfohlen worden sind. Und zwar: Gottesfurcht, Pflichttreue und Vaterlandsliebe. Als Muster und Vorbild dieser Tugenden stellte er unseren Kaiser hin, dem er ein begeistert aufgenommenes Hoch widmete.

So geschah im zweiten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts!

Konservatives Stichwahlangebot.

Aus Breslau wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß die konservative Parteileitung dortselbst der fortschrittlichen Parteileitung in Breslau das Angebot eines Stichwahlbündnisses für ganz Schlesien gemacht habe. Es kennzeichnet den Breslauer Liberalismus, daß nach der weiteren Meldung des genannten Blattes die Antwort noch aussteht. Nach Lage der Dinge soll für die fortschrittliche Parteileitung in Betracht kommen, daß nach dem Organisationsstatut der Partei die Entscheidung über Stichwahlparolen den einzelnen Wahlkreisen überlassen ist.

Die badischen Eisenbahnassistenten.

Am Sonntag fand in Ortenberg (Baden) eine Generalversammlung der Eisenbahnbediensteten Badens statt. Es wurde allgemein über den vor drei Jahren eingeführten neuen Gehaltstarif geklagt, den der Landtag einstimmig genehmigt hat. Die Beamten empfinden es schmerzhaft, daß die Gehaltsrevision 1908 für die Kategorie der Betriebsassistenten nicht gebracht hat, da nur die Höchstgehälter verbessert wurden, die aber das Gros dieser Beamten erst etwa im 60. Lebensalter erhalten könne. Infolge Einreihung aller Betriebsassistenten, die eine Probe des Hör- und Sehvermögens nicht mehr bestehen, in die Klasse der Betriebsassistenten seien die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse so schlecht wie nie zuvor, hauptsächlich aber dann, wenn das Budget 1911/12 keine wesentliche Stellenvermehrung bringe; sind doch Mitglieder vorhanden mit 16 und mehr nichttauglichen Dienstjahren. Da nicht zu erwarten steht, daß die Gehaltsfrage nächstens wieder geregelt werden, so war die Versammlung darüber einig, daß ihre Postage nur durch eine entsprechende Teuerungszulage gemildert werden könne. Zum Zwecke der Erlangung einer solchen, sollen mit dem Bund der Festbediensteten weitere Schritte unternommen werden.

Es sind leider die Betriebsbeamten nicht die einzige Kategorie, welche von der Gehaltsrevision bitter enttäuscht worden sind. Auch die Arbeiter der Betriebswerkstätten beklagen die Folgen des neuen Affordsystems. Deshalb das strenge Vorgehen der Behörde gegen die Arbeiterorganisationen der Staatsbahn.

Ein Lufttorpedo.

Raum beginnt sich der Luftmilitarismus zu entwickeln, kaum werden Luftkreuzer und Flugapparate in den Dienst der Heeresverwaltung gestellt, so beginnt auch schon die Technik neue Bekämpfungsmittel gegen diese Luftfahrzeuge, zum mindesten gegen die Luftkreuzer, zu erfinden. Schon mehrfach ist von Lufttorpedos die Rede gewesen, die automatisch zu lenken sein sollten. Jetzt wird über die Erfindung eines Ingenieurs berichtet, der in der Form eines kleinen Parashuttschiffes ein durch Motoren lenkbares Luftfahrzeug geschaffen haben soll, das durch elektrische Wellen auf drahtlosem Wege gesteuert werden soll. Erste Probeversuche sollen gut ausgefallen sein. Es habe sich angebahnt gezeigt, daß das Fahrzeug nach allen Seiten hin leicht lenkbar sei und den Einwirkungen der elektrischen Wellen ohne Schwierigkeiten folge.

Dies Luftschiff soll nun nach den Absichten des Erfinders vornehmlich eine Waffe zur Bekämpfung der Luftschiffe bilden. Es soll gegen die anzugreifenden Luftkreuzer dirigiert werden und dann, gleichfalls mit Hilfe drahtlos zugeleiteter elektrischer Wellen, gegen diese feindlichen Luftschiffe Geschosse oder Sprengstoffe schießen. Selbst wenn diese Erfindung sich einstweilen nicht bewähren sollte, erscheint es doch fraglos, daß man bald genug tatsächlich Lufttorpedos wird konstruieren können, die zur Bekämpfung von Luftkreuzern verwendbar sind. Die Technik ist eben unglaublich erfindungsreich, wenn es sich um eine Verbesserung von kriegsrischen Verordnungsmaßnahmen handelt. Leider hat bisher noch keine Verbesserung der Nordwestkreuzer dazu geführt, den Militarismus zu lähmen oder den Krieg unendlich zu machen. Im Gegenteil hat jede neue Erfindung auf dem Gebiete der Nordwestkreuzer eine Komplizierung der militärischen Maschinerie und damit eine Erhöhung der militärischen Ausgaben mit sich gebracht.

Mittelalterlicher Strafvolzug.

Das Militärstrafgesetzbuch sieht neben allen Strafarten, die das Reichsstrafgesetzbuch kennt, auch Arreststrafen vor, die für die verschiedensten Vergehen ausgemessen werden können. Während das Reichsstrafgesetz Rangunterschiede nicht kennt, ist dies aber beim Militärstrafgesetz im ausgeprägtesten Maße der Fall. Am markeantesten tritt dieser Umstand bei den Arreststrafen in die Erscheinung, von denen es vier Arten gibt: Stubenarrest, gefindener Arrest,

mittlerer Arrest und strenger Arrest. Die erstere Art wird nur gegen „Erfüllungsge“ (Offiziere) angewendet und hat zweifellos den Vorzug, die mildeste und angenehmste zu sein. Der Offizier kann diese „Strafe“ verbüßen wo er will, Bedingung ist nur, daß er sich in einer Stube — es können auch mehrere Zimmer sein — aufhält. Auf diese Strafe wird in der Hauptsache bei Mißhandlungen, Verleumdungen und ungenügender Beaufsichtigung erkannt. Die gefindene Arreststrafe dagegen findet auf Fehlbewel und Nachtreiber Anwendung, während mittlerer Arrest gegen Unteroffiziere und Mannschaften verhängt wird.

Der strenge Arrest aber — die schlimmste Strafe — ist nur für den „gemeinen“ Soldaten da. Auf diese Strafe wird besonders bei Insubordinationen, aber auch bei Diebstahl erkannt. Im Festungsgefängnis und in der Arbeiter-Abteilung ist der strenge Arrest besonders vorherrschend. Was ist nun strenger Arrest? Schon der Umstand, daß diese Strafe 4 Wochen nicht übersteigen darf, läßt erkennen, daß sie barbarisch, ja geradezu gesundheits-schädlich für die Soldaten ist. In einer engen Zelle, in die kein Lichtstrahl dringt, muß der Soldat, bei Wasser und Brot auf einer harten Pritsche schmachten. Nur jeden dritten Tag bekommt er warme Speise und Licht. Eine solche mittelalterliche Folter soll erzieherisch und bessernd auf den Soldaten wirken! Das Gegenteil ist der Fall! Durch eine mehrwöchige strenge Arreststrafe wird der Soldat abgestumpft, verstockt und unzugänglich. Die Strafe wirkt direkt demoralisierend. Soldaten, die längere Zeit „Schwarzen“ verbüßt haben, verlassen in der Regel blaß wie die Leichen und körperlich und geistig heruntergekommen das Arrestlokal. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß solche Leute mit sehr wenig Lust und Liebe wieder an den militärischen Dienst gehen.

Es gibt Militärärzte, die mit Vorliebe zu strengem Arrest verurteilen — im Interesse der Disziplin!

Das Militärstrafgesetzbuch enthält den § 98, der besagt, die vorgeschriebene Mindeststrafe kann bis auf die Hälfte ermäßigt werden, wenn der Untergebene vom Vorgesetzten durch Mißhandlung oder vorchriftswidrige Behandlung zur Tat gereizt worden ist. Ist zum Beispiel ein Soldat wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft angeklagt, worauf als Mindeststrafe 6 Wochen 1 Tag Gefängnis steht, und es wird ihm der § 98 zugewilligt, dann muß auf strengen Arrest erkannt werden! 3 bis 4 Wochen sind in solchen Fällen sicher. Es ist doch geradezu absurd, wenn ein durch die Schuld des Vorgesetzten auf die Anklagebank gekommener Soldat obendrein mit dieser barbarischen Strafe belegt wird. Ebenso ist es völlig mit dem Rechtsempfinden unvereinbar, wenn ein Soldat wegen einer im guten Glauben begangenen Straftat strengen Arrest erhält.

Bei der Reform des R. St. G. B. die dringend nötig ist, muß deshalb vor allem Wert darauf gelegt werden, daß neben den drakonischen Strafen und den übrigen Härten auch die barbarische Strafe des strengen Arrests verschwindet.

Rekrutenrenden.

Ein Fall krasser Soldatenminderer beschäufte vor einigen Tagen das Regier Kriegsgericht. Ein vorzeitig zur Entlassung gekommener Rekrut hatte Anzeige erstattet. Die gequälten Leute hätten geschwiegen. Die Anklage richtete sich gegen den Unteroffizier Baurich vom sächsischen Füsilierregiment Nr. 12. Unter anderem hatte er beim Egerieren einem Manne einen Fußtritt in die Leisten gegeben, daß der Mißhandelte bestimmungslos hinfiel und als er sich rücken meldete, durch Drohungen, daß er noch zwei Jahre mit ihm zusammenbliebe, gezwungen, eine falsche Begründung seiner Schmerzen anzugeben. Einen anderen Kanonier hatte er so oft kniebeuge machen lassen, daß er hinfiel. Dann schüttete er dem am Boden Liegenden einen Krug Wasser über den Kopf und ließ ihn das Wasser auftröpfeln. Ein anderes Mal ließ er diesen Mann auf der Stube 20 bis 30 Mal Hinlegen und Aufstehen über, bis der Bequäkte am Boden liegen blieb. Als Abschluß verurteilte ihn der Unteroffizier noch einen kräftigen Fußtritt auf den Rücken. Einen anderen Mann mißhandelte der „Erzieher“ auf folgende Art: Als der Unteroffizier in der Nähe des glühenden Ofens Karten spielte, rief er den Kanonier heran und befahl ihm, sich neben den Ofen zu stellen. Unter dessen unterhielt er sich mit dem Soldaten höchst „freundschaftlich“ über Familienangelegenheiten. Als es der arme Kerl vor Schmerzen nicht mehr aushalten konnte — er hatte bereits auf beiden Oberseiten Brandblasen bekommen — fragte ihn der rohe Patron: „Es ist wohl schon heiß hier?“ Die Brandwunden verband der samaritanisch gekannte Unteroffizier dann höchst eigenhändig. In zwei anderen Fällen ließ er denselben Soldaten Kniebeuge bis zur Ohnmacht ausführen und begoß ihn dann zur „Erholung“ mit Wasser.

Wegen Mißhandlung Untergebener, Verleumdung und Vergehen gegen § 115 des R.-St.-G. wurde dieser Unteroffizier zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Der Anklagevertreter hatte diese Taten als gewerkschaftliche und grausame Schändereien eines Soldatenminderers aus der guten alten Zeit, die aus der Armee ausgeschieden werden müßten, bezeichnet.

Rußland.

Weitere Einzelheiten des Kiower Attentats.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß das Attentat Bagrows eine weit kompliziertere Vorgeschichte hat, als es sogar nach den letzten sensationellen Enthüllungen scheinen konnte. Der Bruder Stolypin, einer der bekanntesten Mitarbeiter der „Kowoje Wremja“, hat in Kiew offen erklärt, Stolypin sei einer Verschwörung dreier hochgestellter Personen zum Opfer gefallen. Wie nun der ostbaltische Offizier „Golos Roslaw“ mittels, spreche man jetzt immer mehr von einer außerordentlich komplizierten Intrige, die über die Grenzen der gewöhnlichen Karrierebestrebungen weit hinaus gingen. Die Fäden dieser Intrige seien schon zutage getreten, es sei aber vorläufig noch schwer, ihren Knotenpunkt zu finden. Nach diesen Andeutungen des gewöhnlich gut informierten Blattes kann man sich darauf gefaßt machen, noch grauenvollere Enthüllungen zu vernehmen, als während und nach der Asew-Affäre, wo die polizeiliche Herkunft des Attentats gegen Plehne, den Großfürsten Sergij usw. klar zutage trat — wenn die Bureaucratie es nicht vorzieht, einen dichten Schleier über diese Ereignisse zu ziehen. Daß es übrigens mit der angekündigten Revision der Geheimpolizei nicht weit her ist, ist schon daraus ersichtlich, daß die Revision dem früheren Direktor des Polizeidepartements und jetzigen Senator Trussewitsch übertragen worden ist, der seine Senatorenwürde nur dem Umstande verdankt, daß er nach der Asew-Affäre aus dem Polizeidepartement fortgesetzt wurde!

Von den Personen, die durch das Attentat gegen Stolypin besonders kompromittiert sind, verdient neben dem Chef der Kiower Ochana Oberst Kuljablo, dem Gehilfen des Ministers des Innern Kurlow, der Vizirektor des Polizeidepartements Wexigin ein besonderes Interesse. Während Kurlow der Öffentlichkeit bereits seit 1906 bekannt ist, wo er das blutige Massaker in Winsk organisierte, und Kuljablo durch seine ganz infame Lockspiegelstätigkeit weiten Kreisen bekannt war, ist Wexigin erst jetzt aus dem verdrehten Dunkel der Petersburger Kanzleien hervorgetreten. Noch vor kurzem ein unbedeutender Beamter des Polizeidepartements, ist er dank der Protektion des berühmten Ratschowski die einflussreichste Person des Polizeidepartements und die rechte Hand Kurlows geworden. Seine Spezial-

mission war, den russischen Spießdienst im Ausland zu organisieren, der nach den Enthüllungen über die Berliner Lockspiegelzellen Harting seinen beruflichen Leiter verloren hatte. Er war es auch, der den „Sicherheitsdienst“ für den Zaren organisierte, als dieser in den letzten Jahren nach Europa reiste.

Folgen des Attentats.

Petersburg, 26. September. Die „Kossija“ meldet, ist der Chef der politischen Polizei Kirows, Kuljablo, am 19. d. M. seines Amtes enthoben worden.

Wina, 26. September. Hier haben umfangreiche Haus-suchungen bei Mitgliedern der sozialrevolutionären Partei stattgefunden.

Aus der Partei.

Aus dem Internationalen Sozialistischen Bureau.

Die Genossin Luxemburg stellte in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus am 23. d. M. an den Genossen Haysmans die Anfrage, ob er dem Genossen Bebel gegenüber gesagt habe, daß sie sich mehrfach Indiskretionen durch Veröffentlichung von Briefen des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus habe zu schulden kommen lassen. Der Genosse Haysmans bejahte, daß er sich so dem Genossen Bebel gegenüber ausgesprochen habe. Doch fügte er hinzu, er habe sich durch die Verhandlungen des Jenaer Parteitags davon überzeugt, daß er sich infolge seiner mangelhaften Kenntnis der deutschen Sprache ungenau ausgedrückt habe. Er habe nicht sagen wollen, daß die Genossin Luxemburg mehrfach Indiskretionen begangen habe, sondern, daß solche mehrfach vorgekommen seien, und zwar handle es sich außer um den Fall der Veröffentlichung des Falkenbühren Briefes um einen vertraulichen Brief, den er dem Redakteur einer deutschen Parteizeitung geschrieben und den dieser ohne seine Zustimmung veröffentlicht habe.

Die Organisationen über den Jenaer Parteitag.

Der Parteiverein für den ersten Hamburger Wahlkreis nahm den Bericht des Delegierten Reich entgegen, der sich dahin resümierte: „Im großen und ganzen hat der Parteitag gehalten, was er leisten sollte; er hat unsere Waffen neu geschärft und wir können mit frischem Mut dem Kampfe entgegengehen.“ In der Debatte bemerkte Genosse Hübner u. a., das Referat des Genossen Bebel über die Reichstagswahlen habe ihn nicht ganz gefallen. Liberale zu empfehlen, war von Bebel verkehrt. Die Liberalen sind viel zu unverlässlich, als daß wir mit ihnen auch nur eine kurze Strecke gehen könnten. Genosse Herzig ist der Ansicht, daß die Zusatztrage der Genossinnen Luxemburg und Zeilin zur Parokoffresolution hätten angenommen werden müssen. Die Liberalen müsse man ebenso belächeln wie das Zentrum. Genosse Sohn: In der Parokofffrage sei der Parteivorstand nicht auf der Höhe gewesen, die Initiative hätte er den lokalen Organisationen nimmer überlassen dürfen. In der Parokofffrage werde zu viel reglementiert; der Rürnberger Beschluß werde der Parokoff das Grab graben. Nicht zu verstehen sei die Ueberrumpelung der Fraktion bei der Der Wagner. Bei den Stichwahlen müssen wir uns mit dem kleineren Hebel abfinden. Genosse de Haas (Delegierter) wendet sich gegen die Kritiker und betont, man solle so handeln, wie Bebel in seinem Referat ausführte. Genosse Schaumburg (Delegierter) behandelte ebenfalls die Einwände und bemerkte, auf die Resolutionen komme es weniger an als auf den Geist, der die Partei in ihrer Gesamtheit beselen müsse. Und da dürfen wir mit großer Freude sagen: Seit Jahren hat kein Parteitag eine solche Einmütigkeit in den ihm beschäftigten Fragen, der Arbeiterversicherung, der Parokoff- und Kolonialpolitik, der kommenden Reichstagswahlen usw., bekundet, wie der letzte, und das berechtigt uns zu den schönsten Hoffnungen. Lassen wir darum alle kleinlichen Abgeleiten beiseite und stellen wir uns freudig bereit für die kommenden Reichstagswahlen. (Allseitige Zustimmung.) Damit war die Debatte erledigt.

Von der Agitation für die Parteipresse. Die Genossen im Verbreitungsbezirk der „Tribüne“ in Esfurt und des Kopfblattes derselben mit dem Titel „Thüringen“ haben in der letzten Woche durch systematische Hausagitation den beiden Blättern zusammen 1346 neue Abonnenten gewonnen. Die Agitation wird noch bis zum 1. Oktober in gleicher Weise fortgesetzt.

An einer am 17. September erfolgten Hausagitation im Bezirk Ostliches Weiskalen und beide Lippe beteiligten sich nach bis jetzt vorliegenden Berichten 48 Orte. Es wurden bisher gewonnen 977 Abonnenten auf die „Volksmacht“ in Völsfeld und 181 Mitglieder für die sozialdemokratischen Vereine.

Heinrich Heine für die Arbeiter. Die Buchhandlung Vorwärts bringt eben eine Ausgabe von Heines Werken heraus, die vom Genossen Franz Lehning zusammengestellt und mit einer Einleitung versehen ist. In drei geschmackvoll gebundenen und gut ausgestatteten Bänden erhält der Arbeiter hier all das, was der Dichtergenius Heines an Übergänglichem und Wertvollem geschaffen hat. Gerade Heinrich Heine ist zum Liebling aller freigeitenden Menschen, vor allem aber des deutschen Proletariats geworden. Viele Arbeiter werden es daher mit Freuden begrüßen, daß ihnen hier eine gute und billige Ausgabe der Werke Heines geboten wird, denn die drei Bände kosten nur 4 Mark. Die Buchhandlung Vorwärts erleichtert der Berliner Arbeiterchaft die Anschaffung auch dadurch, daß sie das Werk gegen eine Ratenzahlung von 50 Pf. wöchentlich abgibt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Tendenzurteil

hat wieder einmal die durch ihre drakonischen Urteile gegen organisierte Arbeiter bekannt gemordene Sieberkammer vom Erfurter Landgericht gefällt. Am Sonnabend fand der verantwortliche Redakteur der Erfurter „Tribüne“, Genosse Alder, zum ersten Male vor Gericht, weil er einen Werkmeister Siebert durch eine Notiz beleidigt haben sollte. In jener Notiz war von einem ehemaligen Vorbereiter erzählt worden, daß er sich bei der letzten Metallarbeiterausperrung der Polizei besonders dienstbar zeigte, indem er am Erfurter Bahnhof die ihm bekannten Streikposten bezeichnete und denunzierte. Diese Notiz besog der zum Werkmeister bei einer Metallfirma ausgetretene ehemalige Barbier Siebert auf sich und stellte Strafantrag, mit dem Erfolg, daß unser Genosse Alder zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde, obwohl er noch nicht verurteilt ist! Schon der Staatsanwalt hatte von der „Vorbestraften Tribüne“ gesprochen, und auch der Vorsitzende machte sich die juristische Konstruktion des Staatsanwalts zu eigen, indem er dem Genossen Alder den „Vorwurf“ machte, mit seinem Eintritt in die Redaktion der „Vorbestraften Tribüne“ in den Ton des Blattes eingetreten zu sein, daher seien auch die „Vorstrafen der Tribüne“ ihm anzurechnen.

Wegen unzulässiger Beschränkung der Verteidigung hatte das Reichsgericht ein Urteil der Wörmner Strafkammer aufgehoben, wonach Genosse Steinke von „Kowome Volksblatt“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Die Beschränkung der Verteidigung war hauptsächlich darin erblickt, daß das Gericht es abgelehnt hatte, eine als Reugin angebotene Lehrerin zu vernehmen, die über die Mißhandlung eines Schülers Aussagen sollte. In der erneuten Verhandlung sah das Gericht den Beweis für die Behauptung, daß der betreffende Lehrer während draufflos geschlagen habe, zwar nicht für erwiesen, es hat aber immerhin in der Urteilsbegründung anerkannt, daß die Urteilsprozedur doch härter ausgefallen, wie der Lehrer dargestellt habe, und daß die Anzahl der Stockschläge doch mehr gewesen seien, als im Strafregister eingetragen seien. Der Lehrer habe offenbar in Erregung gehandelt, daß er selbst nicht mehr wisse, wieviel Schläge er ausgeteilt habe. Die Strafe wurde deshalb auf 100 M. herabgesetzt.

Gewerkchaftliches.

Auf dem Wege zum Tarifvertrag in der Stapelkonfektion Berlins.

Nachdem infolge des Streiks bei der Firma Freiberg u. Gerechter der Arbeitgeberverband für die Stapelkonfektion auf der Bildfläche erschien, ist es in der vorigen Woche zwischen den Vertretern dieses Verbandes und des Schneiderverbandes zu Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen Tarifvertrages gekommen, die voraussichtlich, soweit die organisierten Firmen in Frage kommen, auf friedlichem Wege zu einer Vereinbarung führen, was allerdings noch davon abhängt, daß schließlich ein annehmbares Ergebnis dabei herauskommt. Am Montag fand im großen Saale der Brauerei Friedrichshain eine sehr zahlreich besuchte Konfektionärversammlung statt, in der nunmehr über die Lohnbewegung selbst wieder die bisher von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse berichtet. Es sind 13 Firmen, die dem Arbeitgeberverband angehören und auf die, nachdem der Verband sich zu Tarifverhandlungen meldete, die bei Freiberg u. Gerechter gestellten Forderungen ausgedehnt wurden. Selbstverständlich bleibt die Bewegung nicht auf diese Firmen beschränkt, es wird vielmehr dafür gesorgt, daß die tarifliche Regelung auf alle Firmen übertragen wird. Zu Beginn der Verhandlungen erklärten die Unternehmer, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, auszusperrn; die Notizen, die darüber in der Presse erschienen, entsprächen nicht der Wahrheit. Die Vertreter der Arbeitnehmer hielten diese Frage jedoch für sehr gleichgültig. Ob es auf friedlichem Wege zu einer Einigung komme, hänge eben nur davon ab, daß annehmbare Lohnforderungen geboten würden, erwiderten sie, es könne aber keiner Partei ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sie das tue, was sie zur Wahrung ihrer Interessen für notwendig erachte. Bei der darauf folgenden Beratung über die Stücklöhne stellte es sich, nach den eigenen Angaben der Unternehmer, heraus, daß sie zum Teil noch weit niedrigere Preise zahlten, als man bisher festgesetzt hatte. So erklärten sie z. B., daß sie ein Salko schon für 1,10 M., einen Paletot für 1,60 M. hergestellt erhielten. In den Forderungen aber war das billigste Salko mit 1,90 M., der billigste Paletot mit 2,25 M. angelegt. Die Unternehmer erklärten sich dann bereit, für das billigste Salko 1,40 M. zu bewilligen, für die besseren Genres 1,60 M., 1,80 M. und so weiter bis zu 3,75 M., und ebenso machten sie Vermittlungsvorschläge für eine Reihe anderer Positionen. Zu den Preisen müssen noch, entsprechend den Forderungen, verschiedene Positionen für eine Reihe von Extrarbeiten festgelegt werden. Das Angebot der Unternehmer bleibt zum Teil hinter dem zurück, was schon bei der Bewegung vom Jahre 1908 als unterste Grenze festgesetzt wurde. Damals sollte das billigste Salko mit mindestens 1,60 M. bezahlt werden. Infolge ihrer grenzenlosen Freiheitsdrückerei haben es sich die Unternehmer selbst zuzuschreiben, wenn es ihnen jetzt schwer fällt, auch nur einigermaßen annehmbare Preise zu bewilligen. Bei den Verhandlungen suchten sie die Sache so hinzustellen, als ob die Zwischenmeister eigentlich allein die Schuld an den elenden Verhältnissen trügen und meinten, daß der Schneiderverband doch gar kein Interesse hätte, für diese Leute einzutreten. Offenbar liegt die Sache aber so, daß die Konfektionäre sich auf Arbeitnehmerseite gar zu gern die ihrem Vorteile dienende Konturierung erhalten möchten, während es andererseits das Interesse der Arbeitnehmer erfordert, sich nicht gegenständig zu unterziehen. Die Zwischenmeister sind natürlich als Mitglieder des Schneiderverbandes verpflichtet, auch für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen zu sorgen und den Erfolg der Lohnbewegung mit ihnen zu teilen. Schließlich wurde bei den Verhandlungen noch über den Einführungszeitpunkt des Tarifvertrages gesprochen und von den Konfektionären der 1. Januar 1912 in Vorschlag gebracht. Die Firma Freiberg u. Gerechter hat sich, ehe die Arbeit dort wieder aufgenommen wurde, verpflichtet, den aus den gemeinsamen Verhandlungen hervorgehenden Tarif als bindend anzuerkennen, aber bis dahin einen Zuschlag von 5 Proz. auf die bisherigen Preise zu gewähren. Soll der zu schaffende Tarif im allgemeinen erst an einem späteren Termin in Kraft treten, so muß eine ähnliche Vereinbarung auch für die Gesamtheit der Arbeitgeber getroffen werden. Die Verhandlungen, die bis jetzt an drei Tagen gepflogen wurden, sollen fortgesetzt werden, nachdem die Versammlung sich zu den Angeboten der Konfektionäre geäußert haben wird. Nach dem Referat verlor der Kommissionsvertreter R i e n k e die Angebote der Unternehmer in den verschiedenen Positionen und darauf folgte eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion. Im allgemeinen war man mit den gebotenen Preisen durchaus nicht zufrieden und verlangte unter allen Umständen, daß vor allem die billigsten Genres im Preise erhöht werden müßten. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt, daß sie die von den betreffenden Firmen gemachten Lohnzugeständnisse keineswegs als die Grundlage für ein Tarifvertragsmuster gelten lassen kann. Sie erhebt schärfsten Protest gegen Annahmen, wonach sich die Arbeiterklasse schlechter stellen würde als im alten Zustand. Die Versammlung beauftragt daher ihre Vertreter, die Verhandlungen weiter zu führen und dahin zu wirken, daß die unteren Positionen gestrichen werden, wie überhaupt dem ganzen Tarif einen engeren Rahmen zu geben. Nur ein Vertragsmuster, welches wirkliche Vorteile für die Arbeiterschaft bringt, kann in der Konfektion den Frieden sichern.“

Berlin und Umgegend.

Der letzte Lohnkampf der Elektromonteuere und seine Lehren.

Dieses Thema beschäftigte eine Mitgliederversammlung der Elektromonteuere und Helfer, die am Sonntag in der Neuen Philharmonie stattfand. Der Referent G a n d l e schilderte den Verlauf des Kampfes und hob hervor, daß wenn auch das Ziel der Bewegung nicht erreicht wurde, das Ergebnis doch keineswegs als eine Niederlage bezeichnet werden könne. Wenn die „Arbeitszeitung“ schrieb, daß die Arbeitgeber jedwede Verhandlungen ablehnten, weil Arbeitswillige genügend vorhanden waren sowie daß der Kampf deswegen als erfolglos abgebrochen werden mußte, und wenn die „Vollst. Zeitung“ und andere Unternehmerblätter sich in derselben Weise äußerten, so beweist schon die Tatsache, daß nicht nur sämtliche Streikenden mit wenigen Ausnahmen wieder eingestellt wurden, sondern auch nach Entlassung Arbeitswilliger organisierte Elektromonteuere vom Verhandlungsnachweis gelöst wurden, daß jene Schreibeereien nicht der Wahrheit entsprechen. Gätten die Arbeitgeber in den Arbeitswilligen einen irgendwie brauchbaren Ersatz gefunden, so hätten sie doch die Streikenden ruhig ihrem Schicksal überlassen. Es haben ja auch tatsächlich vor der Wiederaufnahme der Arbeit Verhandlungen stattgefunden, und es sind mit den Arbeitgebern Vereinbarungen getroffen worden, die den Arbeitnehmern recht ansehnliche Vorteile brachten. Daß die Unternehmerpreise diese Tatsachen zu verschleiern sucht, ist ja begreiflich; sonderbar aber berührt es, daß der Diederichs-Dundersche Gewerbeverein, der mit ungefähr einem Duzend Mitgliedern an dem Kampf beteiligt war und dessen Vertreter an den Streikversammlungen teilnahm, in seinem Organ dieselbe Meinung verbreitet und schreibt:

„Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, ohne daß abgesehen von einzelnen Betrieben, erhebliche Vorteile errungen sind.“ Im übrigen bemüht sich auch das Organ des sogenannten Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes ganz im Sinne des Unternehmertums, das Ergebnis des Kampfes als eine Niederlage hinzustellen, ja, man war auf jener Seite schon während des Kampfes bestrebt, die Sache der Streikenden zu schädigen und dem Unternehmertum Hilfe zu leisten. So schrieb das Blatt:

„Der Zustand der Berliner Elektromonteuere und Helfer nimmt für die Arbeiter keinen günstigen Verlauf. Die Zahl der Arbeitswilligen ist abermals gestiegen, so daß bald sämtliche Plätze wieder besetzt sind. Die A. E. G., Siemens-Schuckert-Werke und andere haben den kleineren Firmen

größere Summen (über 50 000 M.) zur Verfügung gestellt, sie zu füllen. Bei sechs Firmen haben die Arbeiter, das Nutzlose des Streiks erkennend, die Arbeit schon wieder aufgenommen. Bei anderen schweben noch Verhandlungen.“

Die Nummer mit dieser Notiz ist allerdings erst am Tage nach Beendigung des Streiks erschienen, aber selbstverständlich noch während des Streiks geschrieben. Tatsächlich ist der Kampf so ausgegangen, daß für 2000 Elektromonteuere und Helfer Lohn erhöhungen erzielt sind, die im Durchschnitt 8—10 Pf. die Stunde ausmachen, zum Teil sogar 15 Pf. und bei einzelnen Firmen 20 Pf., sowie daß außerdem für 1000 eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben bis zu einer Stunde pro Tag eingetreten ist. Auch bei der A. E. G. ist die Arbeitszeit um eine Stunde vergrößert und gleichzeitig ein Lohnausgleich erzielt, der den Monteuere eine Erhöhung des Wochenlohnes um 1 M. bis 1,50 M. brachte. Es seien, meinte der Redner, doch immerhin ganz nennenswerte Vorteile, die erreicht wurden, obwohl man selbstverständlich nicht befriedigt sein könne von dem Ergebnis. Man habe eben mit den Verhältnissen rechnen müssen. Es sei das erste Mal, daß die Elektromonteuere Berlins einen solchen Kampf führten und da sei es nicht zu verwundern, wenn sie das Ziel nicht mit dem ersten Schlage erreichten. Der Redner führte den Anwesenden vor Augen, welche verschiedene Arten von Taktik man bei einer Lohnbewegung einschlagen kann, meinte aber, daß es jetzt ganz unzweckmäßig sei, etwa feststellen zu wollen, in welcher Weise die nächste Lohnbewegung geführt werden soll. Er wies ferner darauf hin, daß das Diesentalsche Blatt auch jetzt, nach Beendigung des Kampfes, gleichsam wie Ohnen auf dem Schlachtfeld auf Staub ausgeht und zum so vielen Male dem Deutschen Metallarbeiterverband Unfähigkeit und Verräterei vorwirft. Das Blatt schreibt nämlich am 23. September in einem längeren Artikel:

„Man sollte meinen, auch der indifferenteste Kollege müßte erkennen, in welcher frivolsten Weise mit seinen Interessen gespielt wird. Wir rufen den Elektromonteuere zu: Wollt Ihr bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erringen, so schließt Euch dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbande an, dann wird es möglich sein, auch für die Elektromonteuere einen annehmbaren Tarif zu erringen.“

Die Elektromonteuere werden sich jedoch durch derartige Schreibeereien nicht verlocken lassen, sondern vielmehr durch noch größere Einigkeit und unermüdete Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß das, was bei dem ersten Anlauf nicht erreicht werden konnte, bei zukünftigen Bewegungen erkämpft wird.

In der regen Diskussion, die dem Vortrag folgte, zeigte es sich, daß wohl einzelne noch der Ansicht waren, daß durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung vielleicht mehr zu erreichen gewesen wäre, man aber im allgemeinen der Leitung dieses Vertrauens entgegenbrachte und anerkannte, daß ein noch festeres Zusammenhalten in der Organisation die wichtigste Voraussetzung für besseres Gelingen eines Lohnkampfes ist. Die Schreibeereien des Diesentalschen Blattes wurden in einer Resolution, die einstimmig Annahme fand, aufs schärfste zurückgewiesen.

Achtung, Hofenschnneider! Die Firma Vortrefflich, Friedrichstraße 143—149, weigert sich den Hofenschnайдern das Hofenschnaiden mit 0,50 M. pro Stück zu zahlen und sucht Arbeiter die dies entweder umsonst oder billiger machen.

Bei einer Anfrage, welche von unserer Seite an die Firma gerichtet wurde, erklärte der Chef derselben, er werde sich noch 6 Hofenschnneider einstellen und jeden die Woche über eine Hofe anfertigen lassen und denjenigen vorziehen, der billiger sei. Da die Firma bereits noch anderen Arbeitskräften annonciert, die sie nach eigener Angabe nicht benötigt, so verhängen wir über dieselbe die Sperre.

Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

Der neue Tarif für das Berliner Badegewerbe.

Nach langwierigen Verhandlungen in der Schlichtungskommission und vor dem Einigungsamt ist vor dem letzten am Mittwoch, den 20. September, endlich ein neuer Tarif zustande gekommen. Bis zum letzten Augenblick sträubten sich die Arbeitgeber, wohl in der stillen Hoffnung, daß die Arbeitnehmer nicht den Mut haben werden, es zum Außersten kommen zu lassen. Da aber die Arbeitnehmervertreter fest blieben und unter allen Umständen auf die Anerkennung der Hauptforderung (Abschaffung des Bedienungsgeldes und an dessen Stelle Zahlung fester Löhne) bestanden, so zogen es die Herren Arbeitgebervertreter doch vor, einzulassen. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts fällt darauf folgenden Schiedsspruch:

Der bisher bestehende Tarifvertrag wird bis zum 1. Oktober 1912 verlängert, mit folgenden Veränderungen und Zusätzen:

1. Zu § 1. Die bisherigen Mindestlöhne werden um je 10 M. erhöht.
2. An Stelle dieser Mindestlöhne treten vom 1. Oktober 1912 ab entweder Zahlung fester Wochenlöhne oder die Verpflichtung der Arbeitgeber, die Bedienungsgelder an der Kasse zu erheben.
3. Bei Streitigkeiten über die Höhe der Wochenlöhne hat endgültig das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu entscheiden.
4. Zu § 2. Am Schluß ist folgender Zusatz zu machen: Die von den Arbeitnehmern bisher gezahlten Bedienungsgelder erhöhen sich von 25 Pf. auf 35 Pf. und von 5 auf 10 Pf.
5. Zwischen die §§ 4 und 5 ist folgender neuer Paragraph einzufügen: Von der Gültigkeit dieses Tarifvertrages ab ist ein paritätischer Arbeitsnachweis einzuführen.
6. Der neue Tarifvertrag tritt vom 1. Oktober 1911 ab in Kraft.

Nach dieser Entscheidung gestalten sich in den Groß-Berliner Privat-Badeanstalten die Lohnverhältnisse — soweit man von solchen bei dem gegenwärtigen System reden kann — vom Inkrafttreten des neuen Tarifes ab, dem 1. Oktober 1911, bis zum 30. September 1912 folgendermaßen:

Der Badeangestellte erhält vom Anstaltsbesitzer keinen Lohn, sondern die Badegäste sind verpflichtet, neben dem an der Badeanstaltskasse erlegten Wädrpreis dem Wädrer oder der Wädrerin nachstehendes Bedienungsgeld zu zahlen:

	Kronen-	lassen-	mitglieder:
a) bei Schwitz- und Massagiebädern mit und ohne Packung	0,50 M.	0,85 M.	
b) bei Kofenjäurebädern ohne Packung und Massage	0,15	0,10	
c) bei Bannbädern mit und ohne Zusatz, Sitzbädern und Güssen ohne Packung und Massage	0,10	0,10	
d) für Abseifen, Abreiben, Kaltwasserbehandlung ohne Massage und Teerbäder	0,25	0,25	

Unter Zugrundelegung dieser Sätze ist vom Badeanstaltsbesitzer ein monatliches Mindesteinkommen zu garantieren:

1. Den Bademeistern in den Dampf- und Schwitzabteilungen 150 M.
2. Den Bademeistern in den Bannabteilungen 130
3. Den Bademeisterinnen in den Dampf- und Schwitzabteilungen 110
4. Den Bademeisterinnen in den Bannabteilungen 100

Ergibt die Aufrechnung der Bedienungsgelder also einen geringeren Betrag als diese Mindesteinkommen, so hat der Arbeitgeber den Rest hinzuzuzahlen.

Vom 1. Oktober 1912 ab hört das Bedienungsgeldsystem auf und ist der Badeanstaltsbesitzer gehalten, entweder festen Wochenlohn oder an Stelle des Bedienungsgeldes den Angestellten für die verschiedenen Bäder einen Stücklohn in Höhe desselben direkt zu zahlen. Damit fällt dann endlich im Badegewerbe der unwürdige Zustand, daß die Angestellten wegen ihres Arbeitslohnes hinter den Bade Gästen herjagen müssen, was nicht selten zu Auseinandersetzungen mit den letzteren führte, weil diese mit Recht den Arbeitgeber als zur Lohnzahlung verpflichtet erklärten.

Von den sonstigen Forderungen der Arbeitnehmer konnte nur noch der paritätische Stellennachweis durchgesetzt werden, welcher aber bei den unheilbaren Arbeitsmarktverhältnissen im Badegewerbe einen nicht zu unterschätzenden Erfolg darstellte.

Obwohl nun ein neuer Tarifvertrag unter Dach und Fach gebracht ist — die vom Einigungsamt innerhalb 8 Tagen verlangte Zustimmung beider Kontrahenten vorausgesetzt —, so wird die Durchführung desselben den im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Angestellten (Sektion Bade- und Massagepersonal) noch Mühe genug kosten, sofern die Arbeitgeber ihre Pflicht als Tarifkontrahenten, die ihrer Organisation angehörenden Badeanstaltsbesitzer energisch zur Innehaltung des Tarifes anzuhalten, nicht besser erfüllen als bisher. Die Arbeitnehmer werden es daran nicht fehlen lassen, wobei ihnen sicher die organisierten Arbeiter behilflich sein werden, indem sie beim Besuch von Badeanstalten die bedienenden Badeangestellten etwas näher durch Einsichtnahme in die vom Verbands ausgestellte Legitimationskarte prüfen.

Ausland.

Die österreichische Eisenbahnerbewegung.

Freitag abend fand in Wien eine massenhaft besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in der der Verbandsobmann Abg. Genosse T o m s c h i k aufgefördert wurde, die Forderungen der Eisenbahner als Dringlichkeitsantrag im Reichsrat einzubringen. Als er dies für die erste Sitzung, die am 5. Oktober ist, in Aussicht stellte, wurden stürmische Rufe laut: „Zu spät! 1. Oktober! Englisch reden!“ Als daraufhin der Heberwache nervös wurde, mahnte ihn T o m s c h i k, nicht zu provozieren. Die Antwort war die Auflösung der Versammlung. Es kam zu stürmischen Szenen, die sich erst in einiger Zeit und auf Ersuchen des Genossen T o m s c h i k legten.

Die Regierung droht den Eisenbahnern mit Militär-anwendung gegen eine passive Resistenz.

Im Eisenbahnministerium wurde der Empfang einer Deputationsdelegation abgelehnt, weil sie mit Abgeordneten (tschechisch-nationalen) gekommen war, und ihr auch Angestellte von Privatbahnen angehörten.

Friedensschluß mit den Straßenbahngesellschaften von Frederiksberg und Tuborg-Klampenborg. Nachdem der staatlich angestellte Schlichtungsbeamte die Vertreter der Parteien am Freitag wieder zu einer Verhandlung geladen hatte, kam es auf seinen Vorschlag zu einem Uebereinkommen, wonach der Streik und ebenso der von der Arbeiterschaft über die beiden Straßenbahngesellschaften verhängte Konfiskationsbescheid aufgehoben wird. Das freie Streikrecht der Angestellten ist anerkannt, und ebenso ihr Streikrecht, indem die Gesellschaften auf die Kautions von 300 Kronen, soweit sie als Garantie gegen Arbeitsniederlegung und Waffensündigung dienen sollte, verzichtet. — Belanlich waren die Unternehmer dieser ihrer Forderung wegen schon vom permanenten Schiedsgericht beurteilt worden. — Die Frederiksberger Gesellschaft hat sich bis zum 1. August 1912, die Tuborg-Klampenborger bis zum 15. Mai 1912 verpflichtet, bei Neueinstellungen das alte Personal und vor allem die dienstältesten Leute wieder einzustellen. Für die Wiedergewinnung der durch das Dienstalter erworbenen Vorteile wie auch des Pensionrechtes ist eine Frist von einem Jahre festgesetzt. Um die aus dem Streik und Konfiskationsbescheid hervorgegangenen Prozentsachen und Schadenersatzlagen auf gutlichem Wege zu beseitigen, wurde ein gemeinsamer Ausschuss eingesetzt, in dem der Schlichtungsbeamte den Vorsitz führen wird. — Das Uebereinkommen ist von dem streikenden Personal der einen Gesellschaft mit 92 gegen 73, von der anderen Gesellschaft mit 23 gegen 16 Stimmen gutgeheißen. — Der Anfang August ausgebrochene Streik, der sich zu einem Stück Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum entwickelt hatte und wiederholt zu Polizeikrawallen Veranlassung gab, ist damit beendet.

Letzte Nachrichten.

Sechs Monate Gefängnis wegen Bestechlichkeit.

Duisburg, 26. September. (B. L. W.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den Kaufmann Karl Schmidt aus Duisburg, jetzt in Diefeld, der früher Privatsekretär des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Freiherrn v. Rechenberg, war, wegen Bestechlichkeit zu 6 Monaten Gefängnis. Schmidt hatte geheime Schreiben, die Freiherr v. Rechenberg für das Reichs-Kolonialamt angefertigt hatte, kopiert und an ein Oppositionsblatt in Doreessalam zur Verwertung als „Heftartikel“ gegen Bezahlung geliefert. Als Schmidt dann in Duisburg verhaftet wurde, fand man bei einer Hausdurchsicht die Kopien.

Verurteilung eines Rabenbaters.

Würzburg, 26. September. (B. G.) Vor dem Schwurgericht stand heute der 32 Jahre alte Tagelöhner Georg P a t h aus Lohr am Main wegen zweier Totschlagverbrechen. Er hatte seine beiden Söhne im Alter von 2 1/2 bis 4 Jahren auf dem Felde erhängt. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Jahren Gefängnis.

Verurteilung eines Rabenbaters.

Böckum, 26. September. (B. G.) Das Schwurgericht verurteilte den Bergmann Johann K u k a l a aus Hochlarmsdorf bei Heddinghausen, der am 17. Juli in einer Wirtschaft zu Herne den Bergmann Joseph S c h u c h aus niedrigem Anlaß erschossen hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Die Katastrophe von Toulon.

Paris, 26. September. Aus T o u l o n wird noch gemeldet, daß in einem der hinteren Geschüßtürme der „Liberte“ ein Matrose eingeschlossen ist, an dessen Befreiung gegenwärtig gearbeitet wird. Der Mann erklärt, er sei nur leicht verwundet, aber in dem Turme befanden sich die Leiden von zwölf seiner Kameraden, deren Verwesung das Atmen beschwerlich mache. Man konnte dem Manne durch eine kleine Oeffnung Nahrung zuführen. Er versprach, nach Kräften auszuharren zu wollen, hat aber seine Rettung, sich möglichst zu beschleunigen.

Paris, 26. Septbr. (B. L. W.) Das Marineministerium beziffert die Zahl der von der Besatzung der „Liberte“ Getöteten und Vermissten auf 204, der Verwundeten auf 136. Außerdem sind infolge der Katastrophe 48 Leute auf zwölf anderen Schiffen verletzt worden.

Toulon, 26. September. (B. L. W.) Angesichts der Ungewißheit über die Ursachen der Explosion auf der „Liberte“ hat Vizeadmiral Bellue angeordnet, daß die unter seinem Kommando stehenden Schiffe alle vor dem Jahre 1902 hergestellten Pulvervorräte und alle Übungsmunition unverzüglich ausfischen sollen.

Grauenvoller Massenmord.

Blagoweschensk (Sibirien), 26. September. (Fr. Tel.) Ein grauenvoller Massenmord wurde auf dem Flusse Selemtschje verübt. 29 Goldwäscher waren mit ihrem Golde in einem Boot auf der Heimfahrt begriffen, als sie plötzlich von einer Rote entpinnener Sträflinge beschossen wurden. Sechzehn Goldwäscher wurden getötet, die übrigen sprangen in den Fluß und schwammen an das andere Ufer, wo sie sich verbergen konnten. Die ganze Goldbeute fiel den Räubern in die Hände.

Die Cholera in Saloniki.

Saloniki, 26. September. (B. L. W.) Die Cholera nimmt infolge der Verheimlichung der Erkrankungen zu. Seit gestern sind 16 neue Fälle festgestellt worden, von denen bisher sieben tödlich verlaufen sind.

In Koepriü an der Bahnlinie Saloniki—Nesüb greift die Cholera rasch um sich, weil das Trinkwasser verunreinigt ist. Die Bevölkerung beginnt zu flüchten.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

St. Gallen, 24. September. (Fig. Ber.)

Vertreten sind die St. Galler Kantonsregierung durch ihr Mitglied, unsern Genossen Scherrer, der St. Galler Stadtrat durch sein Mitglied Zweifel, die sozialdemokratische Partei durch ihren Sekretär Fährdrich, der Schweizer Arbeiterinnenbund durch die Genossen Lang und Lorenz, der Arbeiterinnenverband durch Genossin Finner, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch die Genossen Cohen und Sabath-Werlin, der französische Arbeiterbund durch Lesèvre-Paris, die Humanitaria Mailand durch Professor Casaffi und außerdem 16 schweizerische Arbeiterunions. Genosse Schneberger erinnert Johann daran, daß der Gewerkschaftsbund sein 25- oder 30jähriges Jubiläum feiert, je nach der Auffassung und durchgehend in kurzen Zügen dessen Geschichte. Daraufhin entbot die Genossen Scherrer, Cohen, Müdigkeit namens der Arbeiterinnen St. Gallens, Lesèvre und Casaffi sowie des demokratischen Stadtrates Zweifel ihre Grüße.

Recht schnell wurden die ersten materiellen Punkte der Tagesordnung erledigt. Der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Suggler, verzichtete auf die mündliche Berichterstattung und verwies auf den vorliegenden gedruckten Bericht. Es wurde jedoch keinerlei Diskussion beliebt.

Präsident Greulich teilt hier mit, daß heute das Internationale sozialistische Bureau in Zürich Sitzung hält und wird auf seinen Vorschlag an dasselbe ein Begrüßungstelegramm abgefaßt, in dem der Kongreß dem in Zürich versammelten Internationalen sozialistischen Bureau seinen Brudergruß entbietet. Auch an die in Oelsberg tagende Delegiertenversammlung des Schalenmacherverbandes ging ein Begrüßungstelegramm ab.

Greulich referierte hierauf über die

Interessengemeinschaft der Eisenbahner, der Staats- und Gemeinbedarfer und der Arbeiter in Privatbetrieben.

Der Referent fasste seine Ausführungen in folgende Thesen zusammen:

1. In Arbeitszeit und Löhnung stehen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten unter dem gleichen kapitalistischen System wie die in Privatbetrieben. Die gewöhnliche Handarbeit erhält da wie dort ungenügenden, oft Hungerlohn. Auch die „bessergestellten“ Arbeiter, Angestellten und Unterbeamten erhalten nur Befehlslohn, die mehr oder weniger zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung hinreichen, aber doch nur ein Leben von der Hand in den Mund ermöglichen.

2. Unter dem Kapitalismus — der auch den Staat regiert, solange die Arbeiterklasse nicht ihrer Zahl gemäß vertreten ist — herrscht ein Mangel der Solidarität für alle Lohnarbeiter, zu den auch die Unterbeamten und Lehrer gehören. Solange noch eine große Masse Arbeiter Hungerlöhne erhält, solange bleiben auch die Besoldungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf das Notdürftigste beschränkt.

3. Das einzige Mittel, die Arbeitszeit zeitgemäß zu verkürzen und den Lohn entsprechend zu erhöhen, ist der gewerkschaftliche Kampf. Die Arbeiter in Privatbetrieben sind darin die Pioniere. Ihren gewerkschaftlichen Kämpfen ist zu verdanken, wenn die Fortschritte dann — trotz dem Widerstande kapitalistischer gestimmter Behörden — auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zugute kamen.

4. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen nach öffentlichem Recht (Gesetz oder Verordnung) meist in Anstellung auf längere Dauer. Das Mittel des Streiks kann nur in Fällen äußerster Aussetzung zur Anwendung kommen. Da ein Tarifvertragsverhältnis nicht besteht, können sie auch nicht die Freiheit eines Sympathiestreiks ausüben.

5. Ist es schon Dankbarkeitspflicht der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiter in Privatbetrieben ihr volles Interesse zuzuwenden, so noch mehr eine Pflicht der Selbsthilfe. Bei der stets steigenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse werden schon nach kurzer Zeit alle Lohnverbesserungen ungenügend zur Vorsehung der Lebensnotdurft. Ist sich nach wenigen Jahren die Lage aller verschlechtert. Es bedarf also immer neuer Kämpfe zum Schutze vor Verelendung. Diese Kämpfe werden nach dem herrschenden Solidaritätsgesetz auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geführt.

6. Daraus ergibt sich eine Solidaritätspflicht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber den Arbeitern in Privatbetrieben und ihren gewerkschaftlichen Kämpfen. Diese Solidaritätspflicht wird erfüllt:

a) durch Anerkennung des Standpunktes der kämpfenden Arbeiterklasse und Beitritt der Verbände der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Schweizer Gewerkschaftsbund;

b) durch öffentliche Sympathiebezeugungen und ausgiebige materielle Hilfe bei allen gewerkschaftlichen Kämpfen.

Die Thesen wurden nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsitzung referierte Gewerkschaftssekretär Suggler über die

Allgemeine Situation der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Einleitend erörterte er den Gedanken der Solidarität und gegenseitigen Hilfe. Sodann konstatierte er, daß heute dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund 75 000 Mitglieder angehören, 13 Proz. der 500 000 organisationsfähigen Arbeiter, so daß 87 Proz. unorganisiert sind. In den verschiedenen Verbänden sind die Verhältnisse natürlich sehr verschieden; in den einen sind 90 Proz., in anderen nur wenige Prozente der Berufsangehörigen organisiert. Es gilt, einen möglichst großen Prozentsatz der Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Dazu drängen auch die Unternehmerorganisationen, die herrschende Forderung und die Notwendigkeit der weiteren fortschrittlichen Entwicklung. Der Referent besprach auch die mancherlei Hindernisse, die bestehen und zu überwinden sind und zog damit in Vergleich die vielerlei Vorteile, die in Deutschland der Arbeiterbewegung zugute kommen: einheitliche Sprache, einheitliche Auffassung, große Verbände usw. Suggler befürwortet auch die Pflege der Bildungs- und Unterrichtskurse zur Heranbildung der nötigen geistigen Kräfte für die Gewerkschaftsbewegung. Schließlich hob er auch noch die Schwierigkeiten hervor, die in der Schweiz die Behörden den Arbeitern in ihren Lohnkämpfen bereiten. Allgemein meinte er noch, kann sich die schweizerische Gewerkschaftsbewegung in der gewerkschaftlichen Internationale noch zeigen lassen, da sie nicht in der letzten Linie steht.

Daran knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, in der sich die allseitige Einigkeit über die Förderung der Bildungsbestrebungen ergab.

Der Bauarbeiterverband stellte dazu den Antrag, im Hinblick auf die die gesamte schweizerische Gewerkschaftsbewegung schwer schädigenden Quereintritten der italienischen Syndikalisten in der Schweiz ein italienisches Gewerkschaftsblatt herauszugeben. Der Antrag wurde dem Bundeskomitee überwiesen in dem Sinne, ihm möglichst zu entsprechen.

Diskussionslose Zustimmung fand der Appell des Freireisendenverbands: die Organisationsbestrebungen der Freireisenden durch Aufklärung der Unorganisierten in den Freireisendegeschäften und ihre Veranlassung zum Beitritt in die Organisation zu unterstützen.

Die Verhandlungen des zweiten Tages begannen mit der Behandlung des Antrages der Arbeiterunion Zürich betreffend die

Solidaritätsaktionen,

welcher lautet

„In Anbetracht der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Kämpfe durch die Haltung des organisierten Unternehmertums immer scharfer und darum auch Solidaritätsaktionen der Arbeiterklasse immer notwendiger werden, fordert der Schweizerische Gewerkschaftskongreß die dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Organisationen auf, Solidaritätsaktionen in bezug auf die finanzielle Unterstützung des normalen Streiks gleichzustellen und auch darauf hinzuwirken, daß neu abzuschließende Tarifverträge keine Bestimmungen enthalten, wonach die Beteiligung an Solidaritätsaktionen die Tarifgültigkeit aufhebt.“

Der Antrag wurde nach lebhafter Diskussion aus formellen wie materiellen Gründen einstimmig abgelehnt, worauf Greulich die Riffer 4 seiner gestern angenommenen Thesen zurückzieht.

Es folgt das Referat des Genossen Dr. Studer über die

Revison des Fabrikgesetzes,

wobei er sich in der Hauptsache darauf beschränkt, über die bisherigen Beratungen der bundesrätlichen Vorlage in der nationalrätlichen Kommission zu berichten. Es ist gelungen, die von den Unternehmern am meisten bekämpften Neuerungen des Besetzungswurfs aufrechtzuerhalten, so namentlich den Rehnstundentag gegenüber der 50 Stundemwoche, das Verbot der Ruhen, der Lohnkautio usw. Die Gründe, mit denen die Unternehmer argumentieren, sind alte Lehenshüter. Tatsache ist, daß die Arbeiterklasse die Entwicklung der Industrie nicht gehemmt, sondern gefördert haben, wie auch Tatsache ist, daß die ausländische Arbeiterklasse die schweizerische hinausgeworfen ist. Er forderte schließlich die Vertreter der Verbände auf, alles Tatsachenmaterial, das sie aus der Praxis der Durchführung des Fabrikgesetzes besitzen, ihm zugänglich zu machen zur Verwertung in den Beratungen der Revisionsvorlage und ferner den Gewerkschaftsbund, in Verbindung mit den anderen Arbeiterorganisationen und unter Mitwirkung des schweizerischen Arbeitersekretariats die Agitation zu betreiben, um Garantien für die Durchführung

tripolitaniſchen Hügellandes. Die Gärten in der Umgebung der Stadt machen bisweilen den Eindruck von Oasen. Aus sandigem Boden wachsen Dattelpalmen empor und sattgrüne, saftige Kaktusgewächse. Hier schon beginnt das Reich des Wüstenschiffs, und keine Kamelkarawanen von Wasserträgern bringen das belebende und befruchtende Kafi zu den Anpflanzungen, in denen zahlreiche europäische Gemüserarten und Früchte für den Bedarf der Stadt gebaut werden. Das Wasser wird in kleinen Fässern, etwa von der Art unserer Eßigfässer transportiert und bleibt trotz der großen Hitze darin frisch und kühl. Jedes Kamel trägt zwei solcher Fässer und außerdem noch seinen Reiter, meist einen schwarzen Sohn der Wüste, der sein weißes Gewand malerisch um den dunkelglänzenden Leib zu drapieren weiß.

Die Stadt Tripolis wird auf reichlich 40 000 Einwohner geschätzt. Vielleicht sind ihrer auch noch mehr: fest steht jedenfalls, daß mehr als ein Viertel der Bewohner nicht dem Islam angehört. Denn etwa 8000 Juden und 3000 Christen sind in der Hauptstadt ansässig. Die letzteren sind zum allergrößten Teile Maroniten und Italiener; die Juden haben fast den ganzen Handel in der Hand und bewohnen das Stadtviertel Harra ganz für sich. Allgemeine Verkehrssprache ist Arabisch; Türkisch wird nur mit den Behörden gesprochen; die jüdischen Kaufleute verstehen auch meist Italienisch. Der Handel ist an sich recht bedeutend, nimmt aber doch schon seit längerer Zeit nicht mehr zu, und die Ein- und Ausfuhr dürfte je 8 Millionen Mark betragen. Darin ist allerdings der Gesamtumsatz des Landes eingeschlossen; da aber die Ein- und Ausfuhr fast völlig über die Stadt Tripolis geht, so sind deren Handelsziffern identisch mit denen des ganzen Landes. Der Karawanenhandel, der sich über Marokko bis tief ins Innere Afrikas erstreckt, wird nämlich mehr und mehr durch die Bestrebungen Englands und Frankreichs beeinträchtigt, die dahin gehen, die Güterdurchfuhr nach den eigenen Kolonialgebieten abzulenkten. So wird Tripolis als Durchfuhrort allmählich wohl gewiß völlig seine Bedeutung verlieren, und der Warenverkehr wird sich späterhin auf den Bedarf des eigenen Landes beschränken.

Das Land, um dessentwillen sich die Italiener jetzt in ein großes koloniales Abenteuer stürzen wollen, ist zweifellos das geringwertigste unter den nordafrikanischen Küstenstaaten. Weitauß der größte Teil der Landschaft Tripolis, Barqa und Fessan hat unfruchtbaren Sandboden oder besteht aus felsigen Hügelland; nirgendwo bringt die Sahara so weit nordwärts wie in Tripolis und in der Syrtengewässer erstreckt sie sich fast bis zum Meer. Trotzdem bleibt noch ein Teil des Landes an Größe übertreffendes anbaufähiges Gebiet übrig, das für den Anbau von Getreide, für die Zucht von Obst, Gemüse und Blumen geeignet ist. Aber nur der geringste Teil dieses Gebietes ist in der Tat landwirtschaftlich ausgenutzt. Dabei ist das Klima keineswegs so ungeeignet für die Landwirtschaft, wie man früher glaubte, und weit weniger heiß und trocken, als man vermutete. Der kälteste Monat ist der Dezember, dessen Wärme etwa der unserer Mat entspricht; der Sommer ist allerdings sehr heiß und so gut wie

der Revision des Fabrikgesetzes zu schaffen. In einer Resolution, die nach kurzer Diskussion Annahme fand, wird an den schon früher aufgestellten Forderungen der Arbeiterklasse an die Revision des Fabrikgesetzes festgehalten.

In der Nachmittagsitzung referierte zunächst Genosse Suggler, Präsident des Textilarbeiterverbandes, über

„Partei und Gewerkschaften“.

Es sei vorausgeschickt, daß der Vortrag schriftlich ausgearbeitet wurde und vom Gewerkschaftsbund als Broschüre herausgegeben werden soll. Der Referent schilderte die Entstehung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, ihre besonderen und gemeinsamen Aufgaben und er lehnte sich dabei auch an auf die im Entwurf vorliegende Resolution über die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, die er zur Annahme empfahl. Die vorgeschlagene Vereinbarung geht von dem Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und der Gewerkschaften aus, betont die Arbeitsteilung der beiden Arbeiterorganisationen, aber auch die gemeinsamen Aufgaben, so daß sie beide in ihren Erfolgen und Niederlagen von einander abhängig sind, weshalb sie bei ihren Aktionen innerhalb ihrer Grenzen aufeinander Rücksicht nehmen müssen, um einen möglichst großen Fortschritt der gesamten Arbeiterklasse im Klassenkampf zu erzielen. Jedes Mitglied der Partei soll seiner Gewerkschaft angehören und umgekehrt jeder sozialdemokratisch gestimmte Berufsangehörige politisch organisiert sein. Schließlich wird gesagt: „Um die politische und gewerkschaftliche Einheit des Handelns der Arbeiter in der Schweiz zu fördern, wird die sozialdemokratische Partei mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, als Vertreter der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsorganisationen, ständige Beziehungen aufrechterhalten. Ebenso ist die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen und politischen Vereine eines Ortes in einer Arbeiterunion auf das Dringlichste zu empfehlen.“

Die darüber gepflogene lebhafte Diskussion, in der manche Differenzen zwischen Gewerkschaften und lokaler politischer Partei und verschiedene Auffassungen zum Ausdruck gelangten, drehten sich in der Hauptsache um die Frage der Gleichberechtigung der ausländischen mit den schweizerischen Genossen in der Partei, die vom Gewerkschaftsbund zur Bedingung der Annahme der vorgeschlagenen Vereinbarung mit der Partei gemacht werden sollte, in welchem Sinne die Züricher Arbeiterunion einen Antrag stellte. In namentlicher Abstimmung wurde er mit 30 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Dem vorgeschlagenen Uebereinkommen selbst aber zugestimmt.

Die Konsumvereine und der Jenaer Parteitag.

Genosse Sorlich schreibt uns:

Der Resolutionsfabrikant an Dr. Müller, Hamburg.

In der Nr. 38 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 23. d. M. veröffentlicht Herr Dr. Müller, Hamburg, einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Konsumvereine und der sozialdemokratische Parteitag in Jena.“

Soweit sich der gelachte Herr Doktor mit dem „in den weitesten Kreisen unbekanntem Herrn aus Adlershof“ beschäftigt, nötigt er mich zu folgenden Ausführungen:

Der Herr Doktor, den die von mir verfaßte Resolution sehr in Harnisch gebracht zu haben scheint, teilt seinen Lesern vollkommen richtig mit, daß dieselbe zum erstenmal am 15. August d. J. im „Vorwärts“ auslachte, und zwar innerhalb des Berichtes über die Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins von Telow-Beesdom. Dr. Müller fügt hinzu: Mitteilungen über die Begründung enthält der Bericht nicht.

Auch nachdem die Resolution an die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins überwiesen worden, vermißt der mit Recht gepannt aufhorchende Herr Dr. Müller in dem am 22. August d. J. im „Vorwärts“ erschienenen Bericht über diese Versammlung wiederum jedes Wort der Begründung.

Wörtlich fährt dann Herr Müller in seinem Artikel fort: „Obwohl nun der Redner in beiden Versammlungen zum Parteitage delegiert worden war, wurde nicht er, sondern Herr Göhre mit der Vertretung der Resolution auf dem Parteitage betraut“ usw.

Der Hamburger Konsumgenossenschaftsgewaltige will mit diesen Ausführungen den Anschein erwecken, als sei die Resolution in beiden vorgenannten Generalversammlungen durch den unbekanntem Adlershofer so nichtsagend begründet worden, daß man seine Ausführungen zur Wiedergabe in der Presse nicht für geeignet hielt.

völlig regenlos. Immerhin gibt es im Jahre noch 75 Regentage. Am heikelsten ist es in der Oase Dschokra, die im Innern von Tripolis liegt. Dort herrscht eine Jahresmitteltemperatur von 30 Grad. Trotzdem kommt dort zuweilen auch Schnee vor, und das Thermometer sinkt bis unter den Gefrierpunkt, wie in vielen Gegenden der Sahara während der Wintermonate. Mit dem vorwiegend steppen- und wüstenbedeutenden Charakter des Landes hängt auch der Mangel an irgendwie bedeutenden Flüssen zusammen. Nur im Küstengebiet und an den Abhängen der Gebirge bilden sich, außerdem noch gespeist von Quellen, während der Regenzeit Bäche, die teils nach dem Meere eilen, teils nach kurzem Lauf wieder versanden. Die heftigsten Regengüsse kommen auf den Hochebenen des Innern vor, und zwar wenn der Winter einsetzt. Das ist dort die einzige Zeit im Jahre, während der sich Gewitter entladen. Alles in allem ist das Klima nicht ungeeignet; die Italiener, die an Hitze gewöhnt sind, würden in Tripolis sehr gut leben können. Ist das Land doch geeignet, bei rationeller Bewirtschaftung hohe Erträge zu liefern. In den gebirgigen Gegenden wächst Mais, Weizen und Gerste in vorzüglicher Qualität; die nördlichen Ebenen des Landes eignen sich für die Viehzucht in hohem Maße, und das tripolitaniſche Fettschwanzschaf ist wegen der Feinheit seiner Wolle berühmt. Außerdem gibt es Rindvieh, Büffel, Kamele und Pferde, diese allerdings nur in wenig ansprechender Beschaffenheit. Alle Arten von Südfrüchten, Datteln, Oliven, Johannisbrot, Safran, Wein, Semmelblätter und vieles andere bringt das Land hervor; die von den Griechen betriebene Schwammfischerei an der Küste ist allerdings stark zurückgegangen. Der Einfuhrhandel bringt meist minderwertige Rawafakturen ins Land; die Ausfuhr umfaßt neben den schon erwähnten Landesprodukten Eisenblech, Straußenfedern, Gummi und Gold, alles Waren, die mit den Karawanen aus der Wüste und dem Sudan ankommen.

Die Karthager waren bereits die Herren dieses Landes, das von den Griechen nach den drei bedeutendsten Städten Oea, Sabrata und Leptis seinen heute noch üblichen Namen als Land der drei Städte“ erhalten hat. Nach dem zweiten punischen Kriege verließen die neuen Herren, die Römer, das Land an die Könige von Numidien, unter deren Herrschaft es in höchster Blüte gestanden haben mag. Das beweisen die wunderbaren Schätze, die man in unseren Tagen bei den Ausgrabungen der alten Städte, wie z. B. von Chadaones, ans Licht gefördert hat. Im Jahre 46 v. Chr. wurde das Gebiet als tripolitaniſche Provinz mit der römischen Provinz Afrika vereinigt. Im Jahre 64 eroberten die Araber Tripolis und führten den Islam ein. Von da ab bildete Tripolis ein Chalifat, das im Laufe der Jahrhunderte den verschiedensten Herren gehörte. 1510 eroberten die Spanier die Stadt Tripolis, die dann bis 1551 den Johannitern gehörte. In diesem Jahre wurde Tripolis von dem türkischen Seeräuber Dragut erobert und zur türkischen Provinz gemacht. Nach mancherlei wechselvollen Schicksalen kam Tripolis, wo sich bis 1835 eine able Seeräuberwirtschaft breit machte, endlich als Wilajet unter die direkte Herrschaft der Pforte.

Tripolis.

Italiens Anschlag auf Tripolis hat dieses nordafrikanische Küstenland mit einem Schlag in den Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses gerückt. Seit die Engländer Ägypten besetzt haben, seit Frankreich die Hand auf Tunis und Marokko gelegt hat, war Tripolis mit Barqa und Fessan das einzige türksche Land in Afrika, das tatsächlich noch unter direkter Herrschaft der Pforte stand.

Die Stadt Tripolis, die ihren Namen mit dem ganzen Wilajet gemein hat, bietet schon von der Seeseite aus das Bild unberührter Orient. Ueber die flachen Dächer der weißen Häuser, die von glühender afrikanischer Sonne bestrahlt werden, ragen die Kuppeln der Moscheen und der schlanken spitzulaufenden Minarets. Auch zwei Kreuze ragen gegen den blauen Himmel, beherbergt die Stadt doch auch eine griechische und eine katholische Kirche, mit der ein französischer Missionar verbunden ist. Der Hafen zeigt stets ein lebhaftes Treiben; Barken und Ruderboote schaukeln zwischen den Seeschiffen, die meist Italiens Flagge tragen. Ganz nahe dem Hafen, hoch gelegen und über Mauern und Lagerhäuser hinausragend, blickt das Regierungsgebäude nach der Seeseite. Es ist ein reichgegliedertes Bau, der aber mit seinen zahlreichen samudlosen Fenstern noch etwas karamenhaftes an sich hat. Der Lärm und das bunne Gewirr des Orients umfassen den Fremden, der mit der landesüblichen zweirädrigen Droschke durch die zwar holprigen, aber ziemlich reinlichen Straßen der Stadt in sein Hotel fährt. Wo er auch hinsieht, hat er den Eindruck eines regen geschäftlichen Lebens. Unter den Kolonaden der Kafare sitzen die Händler und Kaufleute, hauptsächlich Juden; auf den Hauptstraßen im Gewirr von Ausrufern und Maulthierreitern. Daß man sich im Reiche des Islam befindet, zeigen, wenn man Glück hat, religiöse Umzüge; Karabuts, die Dervische des nördlichen Afrika, ziehen hinter der grünen Fahne des Propheten laut betend und riesige Trommeln schlagend einher. Die Bauwerke der Stadt zeigen die Spuren der verschiedenen Kulturperioden, die dieses Land in mehr als zwei Jahrtausenden erlebt hat, und neben dem Triumphbogen des Mark Aurel, dessen prächtige weiße Marmorstatuen noch heute zum Teil wohl erhalten sind, sieht man Waulstelen im Stil der Pharaonen, der Mithras, der Kraber und Türken. Dazwischen Einzelheiten im Charakter der Renaissance, kurz, das echte Abbild der orientalischen Stadt, um deren Besitz sich der Reiche nach die verschiedensten Völker des Mittelmeeres geirrt haben.

In die Neede hinaus sind Batterien gebaut, den nicht sonderlich guten Hafen zu schützen. Vielleicht werden sie schneller als man glaubt hat, zu zeigen haben, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen sind. Man hat von diesen freiliegenden Befestigungen aus einen reizvollen Blick über die Stadt, die dahinter liegenden Palmengärten und die am Horizont in sanftgewölbten Linien sich erhebenden Berge des

Er will weiter glauben machen, daß Kain in Jena plötzlich der vorgeschobene Unbekannte wieder beiseite gestellt wurde und nun der eigentliche Akteur, der Genosse Böhrer, auf dem Plan erschien.

Ich kenne nun weder den Genossen Böhrer näher, noch habe ich die Ehre, den grundgescheiten Hamburger Doktor zu sehen zu haben, ich kann es mir deshalb erlauben, auf diese seine gewagten Annahmen einzugehen.

Es ist festzustellen, daß die reichhaltigen Tagesordnungen beider Generalversammlungen mir die Pflicht auferlegten, mich möglichst kurz zu fassen. Ich tat das um so freudiger, weil sich dadurch eine Beschlusfassung über andere wichtige Anträge am selben Tage noch ermöglichte. Diese Selbstverständlichkeit hinderte mich daran, meine Resolution so auffallend lang zu begründen, daß die Wiedergabe meiner Beweisführungen den Berichtspartnern noch notwendig erschiene und damit Herrn Dr. Müller zugänglich machte.

Wenn trotzdem die Resolution von beiden Instanzen einstimmig angenommen wurde, so mußte der Inhalt derselben doch so klar und überzeugend sein, daß die zu mehreren hundert Anwesenden, die sicher in ihrer überwiegenden Mehrheit auch Konsumvereinsmitglieder sind, um die Bedeutung der Ausführungen erfassen zu können, eben auf eine ausführliche Begründung verzichten konnten.

Die fast einstimmige Annahme durch die Vertreter von mehr denn 100 000 politisch organisierten Arbeitern macht mich, den „Resolutionsfabrikanten“, sogar so stolz, daß ich dem gelehrten Herrn Doktor die Wortwahl, „hohes Maß von Taktlosigkeit“, „anmaßliche Selbstüberhebung“ und „Unfähigkeit“, mit mitleidigem Lächeln verzeihe.

Wenn auch in Jena die Resolution für diesmal zurückgezogen wurde, sie ist deshalb nicht aus der Welt geschafft. Vorläufig hat sie erreicht, daß sich neben Heinrich Kaufmann Herr Dr. Müller stellt. Und wenn Müller auch überzeugungsgetrieben festhält — „Und wenn, was uns allerdings als ausgeschlossen erscheint, der sozialdemokratische Parteitag ihre Resolution angenommen hätte, so wäre dadurch an dem jetzigen Zustande der Dinge nicht das geringste geändert worden. Das mögen sich die Resolutionsfabrikanten gesagt sein lassen“ —, so verkennt er die wirklichen Verhältnisse gründlich. Die beiden Leuchten aus Hamburg mögen daran denken, daß seit Kopenhagen und Magdeburg nicht nur die Massen, sondern auch der Geist der politisch organisierten Arbeiter in die Konsumgenossenschaften eingiebt, und der wird ändern, was ihm nützlich und notwendig erscheint, trotz Heinrich Kaufmann und Dr. Müller.

A. Horlich, Adlershof.

Aus Industrie und Handel.

Manneemannröhrenwerke.

Das letzte Geschäftsjahr erbrachte der Gesellschaft 9 1/2 Millionen Mark Reingewinn, aus dem 17 1/2 Prozent Dividenden ausgeschüttet werden. Die Verwaltung sagt in ihrem Bericht:

Das Berichtsjahr ist ein Kampf- und Waujahr gewesen. Auf dem Rohrenmarkt hat der nach Auslösung der Syndikate einsetzende harte Wettbewerb in unverminderter Schärfe durch die ganze Vertriebszeit hindurch angehalten, und er besteht auch heute noch fort. Dabei verdienen hervorgehoben zu werden, daß die Röhrenwerke selbst durch die allseitig festgestellte ausgezeichnete Beschäftigung nicht veranlaßt wurden, von den verlustbringenden Preisen abzugehen, aber deren Unrentabilität sie fortgesetzt klagen. Der mäßigen Verschlechterung des durchschnittlichen Verkaufspreises steht ein sehr erheblicher Mehrumsatz gegenüber, der erzielt worden ist, trotzdem von den umfangreichen Neuanlagen ein großer Teil noch nicht mitarbeiten konnte und trotz der vielen Störungen, die besonders im ersten halben Jahre an einem Teil der bereits in Betrieb genommenen Neuanlagen stattfanden. Das Ergebnis der österreichischen Manneemannröhren-Werke, G. m. b. H., bleibt hinter dem des Vorjahres zurück, und zwar, weil die österreichischen Werke wegen ihres hohen Anteils an syndizierten Rohren durch die in Deutschland herrschenden schlechten Preise stärker in Mitleidenschaft gezogen worden sind wie die deutschen Betriebe, bei denen die Sonderabnahme nur einen geringen Teil bildet. Das Ergebnis der britisch Manneemann Tube Co. ist dagegen recht günstig gewesen. Die Gesellschaft hat auf die Preference-Shares eine Dividende von 6 Proz. verteilt und auf rückständige Dividenden eine Nachzahlung von 2 Proz. geleistet. Im Geschäftsjahre 1910/11 hat die Gesellschaft noch besser gearbeitet; das Ergebnis, das noch nicht genau feststeht, wird dem nächsten Abschluß zugute kommen. Die Herstellung der Societä Lubi Manneemann hat in dem laufenden Geschäftsjahre gute Fortschritte gemacht. Wenn auch das am 30. September d. J. zu Ende gehende Geschäftsjahr einen weiteren Verlust aufweisen werde, so könnten die Herstellungsschwierigkeiten heute als überwunden angesehen werden. Das Vorkaufshverhältnis der Gesellschaft ist im Dezember vorigen Jahres in Betrieb genommen worden und hat vom ersten Tage an einwandfrei gearbeitet. Eine neue Verkaufsniederlassung wurde in Mexiko ins Leben gerufen; für andere Länder sind die Vorbereitungen im Gange. Nach dem Rufer der ersten deutschen Verkaufsgesellschaft, der Manneemannröhrenlager G. m. b. H., in Berlin, die auch in diesem Jahre eine günstige Dividende (10 Proz. wie im Vorjahr) verteilt und deren Anteile, so weit sie sich in Händen Dritter befinden, im Laufe des Berichtsjahres erworben sind, wurde in Frankfurt a. M. unter der Firma „Manneemannröhrenlager G. m. b. H.“ vorm. G. von Rodentzien Nachf.“ ebenfalls eine eigene Verkaufsgesellschaft gegründet, an der die Vorbesitzer beteiligt sind. Bei den Eisenwerken Reichholz G. m. b. H. haben sich in der Herstellung Schwierigkeiten ergeben, an deren Beseitigung noch gearbeitet wird. Weiter günstig entwickelt hat sich die Maschinenfabrik Ehrig G. m. b. H. Die Berechnungsrechnung erhöhte sich von 14 689 663 M. auf 17 900 000 M. Der Zugang entfällt auf die Vollzahlung der neuen Aktien der Societä Lubi Manneemann, Mailand, im Betrage von 2 1/2 Millionen Lire, und der Kapitalerhöhung der österreichischen Manneemannröhren-Werke, G. m. b. H. Das Aktienkapital der Societä Lubi Manneemann beträgt nunmehr 7 500 000 Lire und das Gesellschaftskapital der österreichischen Manneemannröhren-Werke G. m. b. H. 16 000 000 Kronen. An dem Zugang sind ferner beteiligt: die Manneemannröhren-Lager G. m. b. H., Berlin, und die Manneemannröhren-Lager G. m. b. H., vorm. G. v. Rodentzien Nachf., Frankfurt a. M.

Der Bericht gibt ein ganz anschauliches Bild von der Internationalität des Kapitals und er läßt die Begehrlichkeit der Dividendenjäger erkennen, die immer über unkommoden Preise klagen, mag die Ausschüttung auch noch so glänzend sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung Englands seit 1896.

Der jüngst erschienene statistische Bericht über das Vereinigte Königreich gibt eine Uebersicht über die letzten 15 Jahre, aus der eine gewaltige Zunahme des Reichtums Englands hervorgeht. Das gesamte der Einkommensteuer unterliegende Einkommen (über 100 M. Sterl. im einzelnen) ist von rund 488 Millionen Pfd. Sterl. (zu 20,40 M.) im Jahre 1896/97 auf 687 Millionen 1909/10, also um 199 Millionen = 41 Proz. gestiegen. Das Einkommen aus Landbesitz und Häusern war 1909/10 = 100, das Kapitalanlagen 43, aus Geschäftsbetrieb, Berufsarbeit und Anstellungen 419 Millionen. Die Klänge des behauten Landes verringerte sich in der Berichtszeit von 82 662 auf 82 140 Millionen Acres (zu 0,4 Hektar), also um 1 1/2 Proz. Der Viehbestand entwickelte sich wie folgt:

	landwirtschaftl. Pferde	Mindvieh	Schafe	Schweine
1896	1,552,5	6,493,6	26,705,8	2,878,8
1910	1,645,4	7,037,8	27,102,9	2,849,9

Der Ertrag der Pferdeerzucht stieg um die Hälfte, ihr Wert von 7 auf 11,4 Millionen Pf. Sterl. Eine mächtige Zunahme, nicht der Ausdehnung, aber des Wertes weisen die Eisenbahnen auf. Es betragen:

	Linien	Passagiere	Betriebsausgaben	Reineinnahmen
1896	84 200	960,889	50,192,4	89 927
1910	87 600	1,306,7	76,569,7	47 855,9

Die Zahl der aufgegebenen Briefe stieg von 1896 20 Millionen (48 auf den Kopf der Bevölkerung) auf 3047 1/2 Millionen (68), die der Postkarten gar von 336 1/2 auf 871 Millionen.

Die Reicheinnahmen stiegen in den 14 Jahren von rund 112,2 auf 203,9 Mill. Pf. Davon entfielen auf das Heer 1896 18,3, 1910 27,4, auf die Flotte 22,2 bezw. 40,4 Mill. Pf. Bemerkenswert ist, wie bei dieser gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung die Zahl der in der Produktion tätigen Personen fast unverändert geblieben ist. In der Textilindustrie, der wichtigsten, zählte man 1896 1 077 700 und 1910 1 087 200 Beschäftigte. Dabei hat die Zahl der weiblichen auf Kosten der männlichen noch weiter zugenommen. Es gab 1896 412 890 männliche, 664 800 weibliche, 1910 407 400 männliche, 679 900 weibliche Beschäftigte.

Von der berausenden Vermehrung des englischen Reichthums ist wenig oder nichts auf die Arbeiterklasse entfallen.

Soziales.

Invalidentrentenprellerei.

Wie oft werden Arbeiter um ihr sauer erworbenes Recht auf Invalidentrente durch Unkenntnis von Ärzten geprellt, die eine Erwerbsunfähigkeit nicht zu erkennen in der Lage sind, aber eine nicht vorhandene Erwerbsfähigkeit selbst bei solchen Arbeitern medizinisch „konstruieren“, die infolge ihrer Gebrechen dem Tode nahe sind! Das illustriert wieder folgender Fall.

Invalidentrente erhält nach dem Gesetz derjenige, „der 26 Wochen dauernd erwerbsunfähig krank und nicht mehr imstande ist, durch seine Fähigkeiten und Leistungen ein Drittel desjenigen Lohnes zu verdienen, was er selbst oder andere, ihm gleichwertige Personen mit gleicher geistiger und körperlicher Ausbildung am selben Orte zu verdienen pflegen“.

Der Arbeiter A in R. stellte bei der Landesversicherungsanstalt Brandenburg den Antrag auf Bewilligung der Invalidentrente. Indessen auf Grund ärztlicher Untersuchungen wurde er abgewiesen. Wegen des Ablehnungsbescheides legte er beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam Berufung ein. Er bezog sich auf seinen Kassenarzt Dr. R., der ihn Jahre hindurch behandelt hat und der bestätigt wird, daß er — A — dauernd völlig erwerbsunfähig sei. Das Schiedsgericht ließ den Rentenbewerber noch von seinem Vertrauensarzt Sanitätsrat Dr. Köhler untersuchen. Auf Grund einer einmaligen, am 17. August d. J. vorgenommenen Untersuchung kam Herr Dr. Köhler zu folgendem Ergebnis: „Nach diesem Befunde leidet der 49-jährige, mittelgroße, ziemlich kräftige und leidlich genährte Mann an mäßiger Lungenerweiterung mit chronischem Bronchialkatarrh, an geringer Herzerweiterung, an beginnender Schlagaderverhärtung, Lebervergrößerung und an Anlage zum doppelten Leistenbruch.“ ... „Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß ein Arbeiter mit den genannten Organveränderungen und Leiden sowie mit den dadurch bedingten Beschwerden, schwere Arbeiten und Arbeiten, die auch bei ungünstiger Witterung Mosenhalt im Freien verlangen, nicht leisten kann. Dagegen ist er nach ärztlicher Auffassung zu leichten, namentlich zu Sandarbeiten, auch zu Diensten als Pförtner befähigt und so imstande, mindestens ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Im Sinne des Gesetzes kann der v. A. daher noch nicht als erwerbsunfähig angesehen werden.“

Auch vorübergehende Erwerbsunfähigkeit lag nach Ansicht des Herrn Vertrauensarztes noch nicht vor. So Herr Sanitätsrat Dr. Köhler am 17. August 1911. Der Rentenbewerber protestierte gegen diese Begutachtung, behauptete, daß er herzleidend sei und ersuchte, ein ärztliches Gutachten von seinem ihn seit Jahren behandelnden Arzt Dr. R. einzufordern. Der Termin zur Verhandlung war auf den 6. September d. J. festgesetzt. Indessen, dazu sollte es nicht mehr kommen. A ist am 2. September d. J. verstorben. A, der von dem ihn behandelnden Arzt auf Grund der jahrelangen ärztlichen Behandlung und Beobachtung als Invalide bezeichnet wird, der mit einem Fuße bereits den Grabesrand streifte, wurde am 17. August nach einer einmaligen Untersuchung noch nicht als erwerbsunfähig im Sinne des Invalidentversicherungsgesetzes bezeichnet. 14 Tage später lag er bereits auf der Totenbahre.

Solche empörenden Fälle stehen leider nicht vereinzelt da. Es dürfte solcher Prellerei um wohlverdiente Rechte durch Fahrlässigkeit von Ärzten und Versicherungsangestellten etwas Einhalt geboten werden, wenn die Hinterbliebenen, eventuell mit Unterstützung der Gewerkschaften, gegen die Ärzte und die für die Bescheide der Versicherungsanstalten verantwortlichen Beamten auf Schadenersatz klagen. Eine zum Schadenersatz verpflichtende Fahrlässigkeit ersten Ranges liegt vor, wenn Ärzte oder Versicherungsanstalten in Fällen wie der vorliegende, das Vorliegen der Erwerbsunfähigkeit verkennen. Soll denn die sogenannte Sozialgesetzgebung nur dazu dienen, aus dem Geld der Arbeiter hohe Honorare und Gehälter an Ärzte und Beamte für schlechte Arbeiten zu zahlen?

Das Feuerbestattungsgesetz

ist in der am 25. d. M. ausgegebenen Nummer der Preussischen Gesetzsammlung veröffentlicht. Es tritt demnach mit dem 10. Oktober in Kraft. Nach dem Gesetz dürfen Gemeinde- und Gemeindeverbände mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde landespolizeilich genehmigte Feuerbestattungsanlagen errichten. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist unter anderem dann zu verweigern, wenn der Antrag auf Errichtung des Krematoriums nicht von mindestens Zweidrittelmehrheit beschlossen ist. Die Behörden müssen so bemessen werden, daß sie die Kosten der Einrichtung einschließlich Vergütung und Tilgung, der Erhaltung und Verwaltung der Anlage decken. Zur Vornahme der Feuerbestattung ist mindestens 24 Stunden vorher die Genehmigung der Ortspolizeibehörde einzuholen. Dem Antrage auf Genehmigung ist die amtliche Sterbendeckung, die amtärztliche Bescheinigung über die Todesursache, der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat sowie die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeortes oder des letzten Wohnortes des Verstorbenen beizufügen, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen, daß insbesondere ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt, nicht vorliegt. Auch die amtärztliche Bescheinigung muß die Erklärung enthalten, daß ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt, sich nicht ergeben hat. Der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung angeordnet hat, ist durch eine letztwillige Verfügung des Verstorbenen oder durch die Beurkundung einer mündlichen Erklärung des Verstorbenen vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegelb berechtigten Person beizubringen. Solche Anordnungen können Personen nur nach vollendetem sechzehnten Lebensjahr treffen. Für jüngere Personen tritt der Antrag des Inhabers des elterlichen Gewalt die Stelle der Anordnung.

Die Möglichkeit der Feuerbestattung ist also reichlich mit Schwierigkeiten gespickt. Aufmerksam möchten wir darauf machen, daß die letztwillige Verfügung am zweckmäßigsten die Form eines Testaments hat. Es genügt also eine mit Ort, Datum und Unterschrift versehene, eigenhändige Schrift, etwa dahingehend: „Berlin, den 11. Oktober 1911. Hiermit ordne ich die Feuerbestattung meiner Leiche an. Adolf Hoffmann.“ Die Unterschrift (Adolf Hoffmann) muß als Unterschrift, also nicht neben sondern unter die Anordnung (als besondere Zeile) gesetzt werden. Es mag sein, daß in der Praxis eine weniger strenge Form anerkannt werden wird, aber vorichtig handelt, wer sich darauf nicht verläßt, vielmehr die für Testamente vorgeschriebene, oben angegebene Form wählt.

Gerichts-Zeitung.

Gültigkeit von Provinzial-Polizeiverordnungen für den Besuch von Kinematographentheatern durch Kinder unter 16 Jahren.

Kürzlich hat das Kammergericht die Berliner Polizeiverordnung, welche den Besuch von Kinos durch Kinder beschränkt, unter besonderer Hervorhebung der Verhältnisse der „Millionenstadt“ für gültig erachtet. Zehi hat es solche Verordnungen auch für gültig erklärt, wenn sie für ganze Provinzen und damit auch für die kleinsten Orte erlassen werden. Es handelte sich um die Anwendung der unter dem 20. Januar 1911 für die Provinz Sachsen erlassenen Verordnung des Oberpräsidenten. Sie bestimmt unter anderem: Personen unter 16 Jahren dürfen während der öffentlichen Vorstellungen in den Kinematographentheatern nur in Begleitung ihrer Eltern, Vormünder oder sonstiger Personen, denen ein Aufsichtsbrecht zusteht, und zwar auch dann nur vor 9 Uhr abends gebudelt werden. Nur wenn die Vorstellungen aus Grund des vorgelegten Spielplans von der Polizeibehörde ausdrücklich als Kindervorstellungen genehmigt werden und als Kindervorstellungen an den Vorführungsräumen kenntlich gemacht sind, dürfen Personen unter 16 Jahren allein zugelassen werden.

Das Kammergericht verwarf die Revision des zu Geldstrafe verurteilten Kinematographenbesizers und führte aus: Ihre Grundzüge finden solche Verordnungen in § 6d des Polizeiverwaltungsgesetzes, monoch zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften die Ordnung und Gesechlichkeit beim Zusammensein einer größeren Zahl von Personen geböre. Sie habe sich zu halten im Rahmen des § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts, der der Polizei die Aufgabe zuweist, Anhalten zu treffen für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit. Die Voraussetzungen seien hier gegeben. Wenn der Senat in der Berliner Sache die Verhältnisse der Millionenstadt besonders betont habe, so nur, weil es sich um die Berliner Verordnung handelte. Das schließt nicht aus die Gültigkeit von Provinzverordnungen. Auch die hier vorliegende für die Provinz Sachsen erachtete der Senat für gültig. Ganz abgesehen davon, daß die Verhältnisse in großen Fabriksstädten, wie Halle und Magdeburg, ganz ähnlich seien wie in Berlin, sei auch der gleiche Schuß der Kinder notwendig in kleineren Orten. Dort seien die Kinder nicht so weit fortgeschritten, wie in den größeren Städten, und könnten auch durch weniger gepfifferte Vorstellungen, als sie in Berlin und anderen großen Städten üblich seien, aufgeregt und geschädigt werden. Die Ausdehnung des Alters bis zu 16 Jahren sei auch unbedenklich. Auch das seien noch Kinder.

Der Rufer und die Korsettbüste.

Zu welchen Erzeissen die Dunkelmänner fähig sind, wenn sie ihre „heilighen Rechte“ verteidigen zu müssen meinen, das zeigt ein Vorkall, mit dem sich auf Antrag eines Berliner Korsettbindlers die Deutscher Staatsanwaltschaft zu beschäftigen hat. Der betreffende Händler hat in seinem Geschäft in der Leipziger Straße eine lebensgroße Wachsfigur ausgestellt, die mit Korsett und Unterrock bescheidet, die Fabrikate der Firma besser demonstrieren soll und für den Normalmenschen sicher nichts Auffälliges hat. Anfang dieses Monats erhielt nun der Geschäftsinhaber ein anonymes Schreiben aus Deutchen, das folgendermaßen lautet:

„In Ihrem Schaufenster befindet sich ein Schaustück, welches gegen die sozialen Beziehungen ist. Das Unwesen der Nacktkultur in ihren verschiedenen Darstellungen ist doch zur Genüge bekannt und geübelt worden. Wenn ältere Personen an diesen Ausstellungen nichts Anstößiges finden, so doch die heranwachsende Jugend. Wie ich selbst beobachtet und gehört habe, nehmen diese Kleinen Anstoß daran. Wer aber einen von diesen Kleinen kränkt, dem wäre es besser, daß ihm ein Mühlstein an den Hals gebängt und er ins Meer geworfen würde.“ (Markus Kap. 9, 41.) „Wehe der Welt, wegen der Aergernisse.“ (Matth. 18, 7.) Wenn Sie unansändige Sachen in Ihrem Laden zur Schau stellen, wird Ihnen dies wohl niemand verwehren können. Doch rate ich Ihnen, dies auch nicht zu tun, da diese Gezeigerten in Zukunft Ihren Laden nicht mehr betreten werden. Ich bitte Sie daher, dieses Schaustück bald zu entfernen, der Sieg der Ueberschwengung wird nicht ausbleiben. Falls dies nicht bis zum 15. geschehen ist, sehe ich mich gezwungen, anders vorzugehen. Auf Indiscretion von meiner Seite können Sie rechnen.“

Der Geschäftsinhaber ignorierte dieses Elaborat eines Sittlichkeitsfanatikers, und die Folge davon war, daß die große Spiegelstraße in der dem Endtermin folgenden Nacht zerstückelt wurde. Anscheinend hatte der Rufer es mit Unterstützung einiger Gleichgesinnter darauf abgesehen, die ansäßige Wachsbüste mit Gewalt den Blicken der sündigen Menschheit zu entziehen, dies Vorhaben wurde aber durch Dazwischenkunft einiger Wächter vereitelt. Der geschädigte Geschäftsmann erstattete nunmehr sofort Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, die aber bis jetzt den Rufer noch nicht fassen konnte.

Briefkasten der Redaktion.

G. M. 3. Wenn die Dame zur Sprechzeit in der Anstalt war und nicht vorgefallen wurde, soll sie sich beschwerdend an die Deputation für die städtische Irrenpflege wenden. — C. D. 45. Ihre Sammler hat das Recht, die Ausgabe zu verweigern. Macht sie von diesem Recht keinen Gebrauch, so muß sie selbstverständlich den Verkehr zugeden. — M. D. 20. Für das Quartal Januar-März 1911 ist die Steuer zu Unrecht eingekollert. Reklameren Sie sofort. — G. G. 777. 1 und 2. Rein. — 2. T. 1 und 2. Die Eltern des Verstorbenen erben zur Hälfte, ausgenommen die Haushaltungsgegenstände. 3. Ebenfalls, falls die Eltern verstorben sind, lebt ein Teil der Eltern, 1/2. — Wette. Werten entscheiden wir nicht. — Hibel, R. 7. Ja. — H. J. 52. Das ist zulässig. Geben Sie zu einem Notar. — Zeilstritt 1906. 1. Der Eigentumsvorbehalt ist zulässig. 2. Rein. 3 und 4. Die Mietungshäute und das sonstige Eigentum der Frau halten nicht. 5. Wegen der nicht gebodten Beträge ja. — C. 2. 100. Ja, sofern es sich um eine Schenkung von Todeswegen handelt. — Kopenick 30. 1. In den einzelnen Bundesstaaten verschieden. 2. Rein. 3. Nur dann, wenn die deutsche Reichszugehörigkeit nicht verloren gegangen ist. — H. G. 23. Die Nähmaschine kann ohne Zahlung herausgegeben werden, wenn sie zum Erwerb benötigt wird. Andernfalls ist der angemessene Betrag vorher zu zahlen. — R. 70. 14,75 M. monatlich. — R. P. 127. Rein. — H. R. 52. Ja, soweit es sich um im Sinne des Gesetzes — um erhebliche Sachen handelt. — G. R. 444. 1. Rein. 2. Offenbacher Frauenhilfe. Adresse für Berlin: B. Ring, Platanenstr. 64. — Genz 72. Der alte Vertrag ist rechtsverbindlich. — C. D. 55. 1. Rund 13 Millionen. 2. Betragen Sie einen Lotterielöcherer. — Zi. 4. Amtsgericht Schneberg-Berlin, Graunwaldstr. — C. G. 15. Sie können Bekämpfer einlegen. — J. P. 50. Eine Verpflichtung zur Stellung der Frage hat der Einnahmende nicht. Sprechen Sie mit demselben. — C. D. 100. 1. und 3. Rein. 2. Soweit ersichtlich, zweifellos. Dem Anwalt steht das Recht zu, sich durch einen Referendar vertreten zu lassen. — H. R. 46. Der Schlichter ist berechtigt, den Gläubiger, auch wenn er in Begleitung des Gerichtsvollziehers erscheint, aus seiner Wohnung zu weisen. — Abonnetent Waltershausen. Wir halten den Betrag mangels ehemännlicher Genehmigung für rechtsunwirksam. Die Bestellung liegt u. E. nicht im Rahmen der sogenannten Schlichtergewalt. — Parid. Wenn der Gläubiger deutscher Reichszugehöriger ist: deutsches Konsulat — Wollin. Für die beiden Monate Juni und Juli beantragen Sie die Befreiung von der Gemeindevollstreckung. — G. 3. 1. Rein. 2. Art dann, wenn eine Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft vorausgegangen und nach Rechtstrakt des auf diese Klage ergebenden Urteils ein Jahr erfolglos verstrichen ist. — H. R. 26. Riddorf. In der Regel nicht. Die Möglichkeit der Befreiung besteht. — B. G. 4. Anzustagen bei Herrn Geh. Rat Dr. Paul Schubert, W. 62.

Beitrag 13. — S. 24. Tragen Sie Ihr Anliegen einem Krat vor. — G. S. 100. Zu melden an die Igl. Anstaltungskommission in Posen. — W. R. 25. Sehen Sie sich mit der Zentralkommission der Krankenlaffen, Engländer 15 in Verbindung. — W. S. 47. Näheres zu erfahren durch den Herrn Direktor Dr. Bogie, Weidenburger Str. 4a. — R. 40. Privat-

gesellschaften wollen wir grundsätzlich nicht nach. — G. R. Tegel. Bestimmter Verwendungszweck nicht bekannt. — G. S. 33. Zu erfahren durch Genossen J. Sassenbach, Engländer 15. — G. S. 47. Dieser Schiffsahrtsweg ist noch lange nicht beendet. — Grunewald. Mit Staatsbahn, Direktion Halle. — R. W. 100. 1. Zwischen Zentralfriedhof und der

Anstalt Herzberge. 2. Regierungsbezirk Bromberg, Kreis Bittowa. — G. W. 17. 1. Verbandsbureau Groß-Berlin, Lindenstr. 69, vorn IV. 2. Von 9-1 und 4-7 Uhr. 3. Wahlvereinsbuch. — Prt. 500. Rezepte für Seifenfabrikation können wir unmöglich im Briefkasten geben. — S. 26. Reiter, Radweiser von Geschäften lehnen wir grundsätzlich ab.

Todes-Anzeigen

Am 23. September starb unser treuer Freund und Mitarbeiter im Verbandsvorstand, der Verbandschriftführer Kollege

Theodor Karl.

Der Verbandsvorstand verliert in ihm einen tüchtigen Mitarbeiter und braven Freund und Kollegen und wird ihm ein ehrendes Andenken dauernd bewahren.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.
Der Verbandsvorstand.

Unserem Sohne und Bruder
Bruno Joachim
zum 30. Biegejahre die herzlichsten Glückwünsche.
Mutter und Geschwister.

Dem Jubelpaar
Hermann Dummert u. Frau
zu ihrem heutigen Silber-
jeste herzlichste Glückwünsche!
Schwiegersohn u. Tochter.

Achtung! Vereinszimmer, bis 100
Besucher, gute Musik,
frei!
Richard Dahinter,
Frankfurter Allee 20/21.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69 (Laden).

Sieben erschien:
**Die Sozialdemokratie im
Urteile ihrer Gegner**
von
Dr. Aug. Erdmann.
Preis gebd. 2 M.



WESTMANN

Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Strasse)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstrasse)

offeriert für die letzten September-Tage:

500 Plüschmäntel in besten Qualitäten (Velour du Nord, Mohair, Wolplüsch, Original engl. Seel). Feinste Fassons
5 Serien: 26.- 39.- 58.- 80.- 106.-
sonst zum Teil: 39.- 58.- 85.- 140.- 150.-

600 Ulster (Wickelmäntel) aus Flaussch- u. Velourstoffen. Aparte Neuheiten
4 Serien: 18.- 27.- 39.- 52.-
sonst zum Teil: 27.- 40.- 58.- 78.-

375 Kostüme Original engl. u. gute deutsche Stoffe, blau Kammgarn usw.
6 Serien: 18.- 28.- 45.- 72.- 86.- 100.-
sonst zum Teil: 27.- 42.- 66.- 104.- 129.- 150.-

150 Kostümröcke letzte Neuheiten zum Ausgehen 20.- sonst bis 60.-
Pelz-Konfektion: Persischer-, Orenburger-, Nerzmaul-lackette und -Stein diese Woche noch zu Sommerpreisen!

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 24. September verstarb
unser Genosse, der Wahlkämpfer

Theodor Karl

Meher Straße 25.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 27. September,
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem
St. Bartholomäus-Kirchhofe in
Weihensee, Falkenberger Straße
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Kollege

Richard Werner

nach langem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 27. September, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Hummel-
burger Gemeinde-Friedhof aus
statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
25/11 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband
der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Am Sonntag, 23. September,
verstarb unser Mitglied, Kollege

Theodor Karl.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 27. September,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Bartholomäus-
Kirchhofes in Weihensee, Falken-
berger Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
146/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Ber-
gelder

Hermann Altmack

Wischerstraße 3, im Alter von
62 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 28. September,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des Sehlmanns-Kirchhofes in
Rieder-Schönhausen-Kordens aus
statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Brau-
kassier

Ferdinand Suter

am 22. d. Mts. im Alter von
67 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 27. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Heinen Jakob-Kirchhofes,
Rigsdorf, Hermannstraße, aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter

Karl Wernecke

am 25. d. Mts. im Alter von
84 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 28. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Heinen Jakob-Kirchhofes,
Rieder-Schönhausen-Kordens, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Gemeinde- u.
Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns unser
Kollege

Reinhold Schütze

(Eldt. Gaswerke, 12. Rev.-Ans.)
entzissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am
Donnerstag, den 28. September,
nachmittags 4 Uhr, auf dem
Heinrichs-Kirchhof in Weihensee statt.
21/5 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nach-
richt, daß unser guter, hoffnungs-
voller Sohn, der Schriftsetzer

Paul Jäger

im 20. Lebensjahre verstorben ist.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Familie Bötcher
Gustav Jäger
Friedrichsstraße 3.
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 28. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt. 57742

Am Sonntag, den 23. d. Mts.,
verstarb meine liebe Frau und
gute Mutter

Marie Gabbe geb. Schricks.

Dies zeigen liebstebrüder an
Aldert Gabbe u. Sohn.
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 27. September,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

Hugo Wobig.

Um stillen Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 28. September,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Heinen Jakob-Kirchhofes,
Rigsdorf (Hermann-
straße), aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
25/11 Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Für die herzliche Teilnahme und
vielen Blumenpenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes
und Vaters sagen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten
sowie meiner wertigen Rundschau
innigsten Dank. 57752
Frau Bm. Wilh. Senfleben
und Söhne,
Hedermänder Straße 1.

Unentbehrlich im Haushalt

ist
Dr. Thompson's
SEIFENPULVER
1 1/2 Pfund-Paket 15 Pfg.

Persil



Nur ein Paket
Persil genügt, auch für ein ziemlich
großes Quantum Wäsche.
Kein weiterer Zusatz von Seife u. Waschlauge nötig;
spart Zeit, Arbeit und Geld und gibt blendend weiße
Wäsche bei nur einmaligem 1/4-1/2 stündigem Kochen.
Erdtlich nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkels Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

Stegdecken

in sauberster Ausführung empfiehlt sich
am besten zu kaufen nur direkt in
der Fabrik
Bernhard Strohmandel.
Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Ecke
Seydelstr.
(Zweiggeschäft:) W., Joachimsthaler Straße 25/26.
Reparaturen u. Aufarbeitungen billig. Illustrierten Preisatlas grat. u. franco

Wichtig für Möbelkäufer

Selten günstige Kaufgelegenheit
von Wohnungs-Einrichtungen
Herrenzimmer v. 388 | Schlafzimmer v. 285
Speisezimmer v. 422 | Wohnzimmer v. 210
Bunte Küchen v. M. 54 Einz. Möbelstücke enorm billig
Solide, gediegene, geschmackvolle Ausführung.
Zahlungsvereinfachung gestattet. Preise sonst viel höher.
Selbiger, Möbel-Kaufhaus
Brunnenstrasse 22.
Fabrikgebäude parterre l. u. II. Etage neben Kaufhaus Jandorf.

Achtung! Schneiderzwangsinnung, Achtung!

Heute
finden die
Vertreterwahlen zur Schneider-
zwangsinnung für den
Standesamtsbezirk 6 nachm. 5 Uhr
und für die
Standesamtsbezirke 7 u. 8 abends 7 Uhr
im Evangelischen Vereinshaus, Dronienstr. 106, statt.
Kein Gegner der Zwangsinnung veräuere,
sich an dieser Wahl zu beteiligen und gebe jeder die Hilfe der
Zwangsgegner

ab. Wegen der Legitimation verweisen wir auf die von der Innung zu-
geordnete Mitteilung wegen der Wahl. 164/4*

Auf zur Wahl!

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands,
Filiale Berlin I. Sebastianstr. 37. Tel.: Amt IV 9737.

Ohne jede Anzahlung

verkaufte
ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 121/8*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.
Die Ursache der Darmkrankheiten bei Fleischliebenden bilden
sehr oft die durch ungewöhnliche Mischernährung verursachten Darm-
gärungen, welche am leichtesten durch die Ernährung mit „Kufeke“
und Kuhmilch verhindert werden. „Kufeke“ macht die Kuhmilch
feinstofflicher gerinnbar und dadurch leichter verdaulich, erhöht auch
deren Nährwert.

Die Kaufman Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen
bunte Küchen
bei Kassapreisen auf

Teilzahlung

im Möbelhaus

Carl Barthel

Inh.: Joachim Hochmuth.
Amt 7
7500 O. 34, Zorndorfer Str. 54 Amt 7
7500
Riesen-Lager in separaten Räumen von
Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

VERA

Joseffi

VERA

Beste 3 Pfg.-Cigarette.

DASS SICH

UNSERE WARE UND UNSERE PREISE

DIE WAGE HALTEN,

DASS SIE

ALSO BEI UNS

DEN VOLLEN WERT IHRES GELDES

BERKOMMEN,

DAS IST DAS GEHEIMNIS

UNSERES SICH SO GEWALTIG VERGRÖßERNDEN KUNDENKREISES

C. & A. Brenninkmeyer

KÖNIG STR. 33

AM ALEXANDERPLATZ

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre. S. und SW.: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Gadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15.
 5. Wahlkreis: Leo Just, Immanuelstr. 12 (Hof).
 6. Wahlkreis (Noah): Karl Rinder, Salzweberstr. 8.
 Wedding: J. Dönitz, Nazarethkirchstraße 49.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
 Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Grefenlagerer Str. 27.
 Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
 Alt-Glienice: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
 Baumschulenweg: D. Hornig, Parienthalerstr. 13, I.
 Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Bröse, Hohenstr. 74, part.
 Bohndorf und Falkenberg: Wolsch Lauf, Bohndorf, Genossenschaftshaus "Paradies".
 Charlottenburg: Gustav Scharberg, Seidenheimerstraße 1.
 Eichwalde: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
 Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
 Friederichsdorf-Petershagen: E. Hölzbarth, Petershagen.
 Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernier, Wittenstr. 5 in Segglin.
 Friedrichshagen: Ernst Beckmann, Köpenicker Straße 18.
 Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal: Vielleide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
 Karlshorst: Richard Käfer, Ködelstr. 9, II.
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
 Köpenick: Emil Richter, Kirchstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Laden).
 Mahlsdorf, Kaulsdorf: P. Seyberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
 Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
 Marienfelde: Emil Weinert, Dorfstr. 14.
 Neuenhagen: Johann Häßler, Bolterstraße.
 Nieder-Schöneweide: Gebri, Weiserstr. 6.
 Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhoffstr. 17 II.
 Pankow-Niederschönhausen: Rigmann, Wäldenstr. 30.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gurth, Weisingerstr. 56, Laden.
 Rixdorf: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Rohr, Steglitzstraße 29/29.
 Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
 Schöneberg: Wilhelm Baumann, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
 Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitestr. 64.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riehn, Borsigwalde, Rühnstraße 10.
 Teltow: Wilhelm Sonow, Teltow, Berliner Str. 16.
 Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.
 Treptow: Rob. Gramenz, Nießholstraße 412, Laden.
 Weißensee: St. Fuhrmann, Sebanstr. 105, parterre.
 Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 26.
 Zehlendorf, Miersdorf: Ernst Hättig, Zehlendorf, Dorfstr. 15.
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Enorm billig 1000 Uister
 von 24 Mark
 Ad. Kuntze, Friedrichstr. 208
 Gegründet 1882. (824b*)

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend
 (E. H. No. 118).
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Bureau der Kasse am Donnerstag, den 28. d. M. wegen Umzugs geschlossen bleibt. Vom Freitag, den 29. ab befindet sich dasselbe
 Mulackstr. 25, vorn parterre. 38/4*
 Der Vorstand. J. H.: Heinrich Wehse.

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt Str. 115 (2. Haus von der Andrasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schiefer etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genus äußerst niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Frack-Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Draßg.
 Loc. Eleg. Frack, Gehrod 1,50, Topf 1,00, Weste 50/51.

Die dunkelste Ecke wird taghell, wenn Sie auf Ihrer Lampe **Urania-Salonoel** brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte **Urania-Salonoel** (der Name ist gesetzlich geschützt) zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name **Urania-Salonoel** bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische **Sicherheits-Petroleum** zu erhalten. 215/5*

Urania-Salonoel bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Meppich
 „Vorwärts“-Leser 5% Extra-Rabatt.
Thomas
 Berlin, Oranienstr. 160, Rosenthaler str. 54.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
 10-5. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Buchhandlung Vorwärts
 SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden)
 In neuer Auflage ist erschienen:
Referenten-Führer
 Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit notwendigen Wissens. Von Eduard David. 4. durchgesehene Auflage. Preis 1.50 Mark.

Moderne Wohnungen mit bequemen Verbindungen am Königl. Schlosspark
 Pankow-Nieder-Schönhausen per 1. 10. 11 und 1. 4. 12.
 3 Zimmer 600-650 Mk.,
 2 360-450 Mk.
 Für 10 Mk. direkt zu erreichen mit der Siemensbahn ab Mittelstraße, mit der Linie 49 und mit der Stettiner Vorortbahn, Station Pankow-Heinersdorf. Außerdem mit Zugang durch den Schlosspark mit den Linien 47, 47a und 57. Näheres im Bau-Bureau Nieder-Schönhausen, Schloß-Allee 40. Amt Pankow Nr. 200. 121/17*

Die Notstandsaktion Berlins.

Nach der Teuerungsdiskussion des vorigen Donnerstags in der Stadtverordnetenversammlung war die seit einem Jahr eingesetzte gemischte Deputation zur Beratung von Maßnahmen zur Milderung der bestehenden Fleischteuerung beauftragt worden, zu untersuchen, ob und wie weit gegenüber der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel Abhilfe geschaffen werden könne.

Ueber die Lage auf dem Fleischmarkt gab der Deputation der Direktor des Viehhofes, Goltz, eingehende Auskunft, die aber keineswegs tröstlich lautete. Der Mangel an Futtermitteln läßt die Rindviehzucht immer mehr zurückgehen, und wenn die Schweinezucht in den letzten Jahren bedeutend gestiegen sei, so beruhe das nur darauf, daß billige russische Gerste verfüttert wird, im letzten Jahre drei Millionen Tonnen, das ist soviel wie die ganze einheimische Gerstenernte.

Ueber die Möglichkeit, durch die Eigenproduktion, Berlins Fleischversorgung in die Hand zu nehmen, gab der Direktor der Riefelsfelder, Schröder, ein ausführliches Gutachten ab. Die eigene Fleischproduktion könne noch erheblich gesteigert werden, sei aber nur dann rentabel, wenn sie unter sorgfältigster Wertung aller Abfälle erfolge.

Genosse Burm fragte an, welche Stellung die Sachverständigen dazu nehmen, daß Berlin durch eigene Ausschachtung und Verkauf von Fleisch auf die Teuerung einwirkt, wie weit die Eigenproduktion zu steigern sei und welche Maßnahmen zum Vertrieb von Seefischen getroffen wären? Der Direktor des Viehhofes, Goltz, sprach sich sehr abfällig über die Rentabilität und Möglichkeit kommunaler Fleischversorgung aus.

Stadtverordneter Cassel äußerte seine grundsätzlichen Bedenken dagegen, daß die Gemeinde Fleischhandel treibe, da dies ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit sei, worauf ihm Burm entgegenkam, daß damit jeder Staats- und Gemeindebetrieb dem Privatinteresse nachgeben müsse, während das Wohl der Gesamtheit das Gegenteil verlange.

Stadttrat Jacoby gab eine Uebersicht über den Preis von Kartoffeln und Gemüse und kam zu dem Schluss, daß es auch hier nicht möglich sei, durch Eingreifen der Gemeinde eine Verbilligung herbeizuführen, obwohl, wie er nachwies, die Preise für Gemüse um das Doppelte und Dreifache gestiegen sind.

Das Gesamtresultat der Beratung der Deputation ist also ein sehr unbefriedigendes. Die Sachverständigen der Stadt erklären, daß weder Fleischproduktion noch Fleischhandel von der Gemeinde in nützlichender Weise betrieben werden kann, daß auch der Kartoffelbezug nicht durchzuführen sei und also nur der Vertrieb von Seefischen in Aussicht genommen werden könne.

gehende Fürsorge wenigstens versucht werden muß. Freilich — darüber ist sich ja die Bevölkerung klar — die Beseitigung des Notstandes, soweit er durch die Hölle und Grenzsperrn herbeigeführt ist, kann nur durch die Reichsgesetzgebung erfolgen und deshalb ist es die erste Aufgabe, die Väter und Väterinnen der künftlichen Ausbesserung des Volkes, die Junfer und ihre Helfershelfer, Zentrum wie Nationalliberale, im kommenden Wahlkampfe aus dem Felde zu schlagen! Die Hilfslosigkeit der Gemeinden kann nur ein neuer Ansporn sein, die politischen Schlussfolgerungen aus der herrschenden Notlage zu ziehen.

Partei-Angelegenheiten.

Berlin. Am Donnerstag, den 28. September, abends 8 Uhr, im Lokal Perle: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag zu Jena. Referent Genosse Berger. Vereinsangelegenheit. Berichtedienst. Die Bezirksleitung.

Josien. Am Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, bei Kurzer: Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

Spandau. Die für morgen Donnerstag, den 28. September, in der Brauerei Pichelsdorf angesetzte öffentliche Versammlung ist umständehalber verschoben worden. Der Tag, wann dieselbe stattfindet, wird noch bekanntgegeben.

Berliner Nachrichten.

„Wann wird denn nun die Milch teuer?“

Wo alles verteuert wird, darf auch die Milch ihren bisherigen Preis nicht behalten. Das leuchtet ohne weiteres ein — meinen die Milchhändler, die jetzt drauf und dran sind, auch für die Milch den Preis zu erhöhen.

Am Montag waren sie in Kellers Neuer Philharmonie (Skopienstraße) versammelt, um sich über die gegenwärtige Geschäftslage auszusprechen und dann eine Erhöhung des Milchverkaufspreises zu beschließen. Der Jubrang war so gewaltig, daß der große Saal und seine Galerie sich bis auf den Flur hinaus füllte und die Besucher dichtgedrängt bis auf den Flur hinaus standen. Einberufen der Versammlung war die Vereinigung der Milchhändlervereine und Großhändler von Groß-Berlin. Der Referent suchte darzulegen, daß eine Erhöhung des Milchpreises sich nicht länger vermeiden lasse. Sie werde den Milchhändlern aufgezwingen durch die Schwierigkeit, in die sie hauptsächlich durch die gegenwärtige Milchknappheit geraten seien. Die Diskussion wurde zeitweise sehr hitzig. Scharf kamen in ihr die Gegensätze zum Ausdruck, die zwischen Milchpächtern und Milchhändlern bestehen. Viele Milchhändler beziehen ihre Milch nicht direkt von Produzenten, sondern sind angewiesen auf Milchpächter, denen sie als Abnehmer gegenüberstehen. Sie klagen, von den Milchpächtern werde ihnen die Milch verteuert, so daß die Milchhändler nun gleichfalls zu einer Erhöhung des Milchpreises genötigt seien. Unter den Versammelten herrschte nahezu Einigkeit darüber, daß die Milchhändler den Verkaufspreis der Milch höher ansetzen müssen. Nur darüber machte man sich einige Sorge, wie die konsumierende Bevölkerung sich zu der Preiserhöhung stellen werde. Der Konsument ist begreiflicherweise niemals davon erbaut, daß er mehr zahlen soll. Die Milchhändler fürchten, daß von der Bevölkerung ihnen selber die Verteuierung zur Last gelegt werden könnte, wobei dann gegen sie als die vermeintlich Schuldigen die allgemeine Entrüstung sich wenden würde. Unbequem ist auch, daß die Preissteigerungen in der Regel den Verbrauch herabdrücken. Diese Wirkung ergibt sich teils aus der für weite Kreise der Bevölkerung bestehenden Unmöglichkeit, bei erhöhten Preisen den früheren Verbrauch aufrecht zu erhalten, zum Teil auch aus einer gewissen Einschränkung, die der Preissteigerung als Protest und Abwehr entgegengestellt wird. Ein Redner tröstete freilich, die Notwendigkeit der Preiserhöhung werde wohl von jedem Einsichtigen begriffen werden. Das Publikum rechne schon lange mit der Wahrscheinlichkeit der Erhöhung auch des Milchpreises, ja, man frage geradezu schon: „Wann wird denn nun die Milch teuer?“ Ganz so gleichmütig wird ja wohl die Bevölkerung, denken wir uns, den Preisanschlag denn doch nicht hinnehmen. Der in der Versammlung nahezu einstimmig gefasste Beschluß, vom 1. Oktober ab den Preis der Milch im Ladenverkauf auf 24 Pfennig und bei Hauslieferung auf 26 Pfennig zu erhöhen, wird bei unseren Hausfrauen schwerlich ein Gefühl der Befriedigung auslösen. Die Begründung des Beschlusses sagt, leicht sei es den Milchhändlern nicht geworden, man sehe aber keinen anderen Ausweg und rechne auf die Einsicht der Konsumenten. Es wird richtig sein, daß so mancher kleine Milchhändler die ihm selber aufgezwungene Erhöhung des Einkaufspreises nicht allein tragen kann. Aber den Konsumenten, der jeden Groschen und jeden Scherf dreimal in der Hand umdreht, ehe er ihn auszugeben wagt, kann keine Einsicht in etwaige Notwendigkeiten über das Bittere der Lebensmittelverteuierung hinwegtäuschen.

Zu der von den Milchhändlern beschlossenen Preissteigerung steht in einem Gegensatz der am Vormittag desselben Tages gefasste Beschluß der „Interessengemeinschaft Märklischer Milchproduzenten“ (herborgegangen aus der „Milchzentrale“), ihrerseits den Milchpreis nicht weiter hinaufzusehen. Erklärt wurde diese unerwartete und bei den Milchproduzenten ganz ungewöhnliche Bescheidenheit damit, daß der Preis in letzter Zeit von vielen Produzenten ohnehin schon sehr beträchtlich erhöht worden sei, weil infolge der Futtermittelknappheit dieses Sommers und der dadurch verursachten Milchknappheit viele Milchpächter einander bei den Milchproduzenten zu überbieten suchten. Eben diese Ueberbietung wird von den Milchhändlern beklagt, weil auf sie selber die Preiserhöhung abgewälzt worden sei. Die jetzt von ihnen beschlossene Abwälzung auf das konsumierende Publikum sei, so wurde in der Milchhändlerversammlung erklärt, nur die schließliche Folge davon, daß die Milchproduzenten immer höhere Preise genommen haben.

Die Schieferklasse im Ausschuß.

Gestern trat der Ausschuß zur Vorberatung der sozialdemokratischen Anträge zusammen, die aus Anlaß der Jagowischen Schieferlasse im Stadtverordnetenkollegium gestellt sind. In der ausgedehnten Debatte waren fast alle Redner dahin einig, daß im Interesse der Sicherheit der Bürger und der Schuttmannschaften eine Aktion der Gemeindevorparlamenten gegen die bekannten Schieferlasse erforderlich sei. Auch der Oberbürgermeister bedauerte ihren Erlaß. Einen Entschluß darüber, welche Schritte am zweckmäßigsten zu ergreifen seien, vertagte die Kommission. In der nächsten Sitzung soll der Wortlaut der Erlasse vorgelegt und eine Einigung über die von verschiedenen Seiten, im wesentlichen nur in redaktioneller Hinsicht von einander abweichenden Anträge erzielt werden.

Der Schulkostenstreit Nixdorf gegen Berlin.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Bezirksauschuss zu Berlin wurden die Forderungen für die Jahrgänge 1908 bis 1906

und 1908 erledigt. Für die Jahrgänge 1908 bis 1901 schwebte das Verwaltungsstreitverfahren in erster Instanz, für 1902 bis 1906 und 1908 das Beschlußverfahren. Entschieden wurde wie folgt: für das Jahr 1898 zahlt Berlin an Nixdorf 40 442 M. (im Beschlußverfahren waren Nixdorf zugesprochen 52 680 M., verlangt hatte es ursprünglich 80 000 M.); für 1899 erhält Nixdorf 86 208 M. (im Beschlußverfahren waren ihm zugesprochen 81 668 M., die ursprüngliche Forderung betrug 88 000 M.); für 1900 soll Berlin 80 713 M. zahlen, nachdem Nixdorf zuvor im Beschlußverfahren abgewiesen war, verlangt hatte es 77 716 M.; für 1901 soll Nixdorf 83 142 M. erhalten, nach dem früheren Beschluß 49 919 M., verlangt hatte es 89 885 M. Im Beschlußverfahren wurden Nixdorf zugesprochen für 1902 43 840 M., verlangt hatte es 142 199 M., für 1903 42 004 M., verlangt waren 155 870 M., für 1904 und 1905 ist Nixdorf mit seinen Forderungen in Höhe von 145 000 M. bzw. 215 000 M. abgewiesen worden, für 1908 soll es 44 770 M. von den geforderten 242 330 M. erhalten. Die Jahrgänge 1906 und 1907 sind seinerzeit im Beschlußverfahren als verfrüht zurückgewiesen worden, da Berlin den ablehnenden Beschluß nicht durch Justellungsurkunde zugestellt hat. Die Angelegenheit wird, da von Berlin Berufung eingelegt wird, noch das Oberverwaltungsgericht beschäftigen. Der ganze Streit zeigt, wie notwendig die Einbeziehung der Schulkassen in die Kompetenz des Zweckverbandes ist.

Umzugstermine, nach dem Gesetz vom 30. Juni 1884 und der Bekanntmachung vom 28. März 1870. Am Sonntag, den 1. Oktober d. J. ruht nach dem qu. Gesetze die Umzugspflicht. Es sind zu räumen: 1. Keine, aus höchstens 2 Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen am 2. Oktober d. J.; 2. mittlere, aus 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehende Wohnungen bis 8. Oktober, mittags 12 Uhr; 3. große, mehr als 4 Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis 4. Oktober, mittags 12 Uhr. Jedoch haben die Inhaber der Wohnungen, welche aus 3 Wohnzimmern und Zubehör bestehen, 1 Wohnzimmer, und die Mieter von Wohnungen von mehr als 3 Wohnzimmern und Zubehör 2 Wohnzimmer schon am 2. Oktober vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung zu stellen. Diese Bestimmungen betreffen nicht die Räumung von Geschäftsräumen. Diese richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Mietvertrages.

Die Flugwoche in Johannisthal bot am Montag und Dienstag wieder ganz vorzügliche Leistungen. An beiden Tagen war der Betrieb wieder ein lebhafter, so daß häufig mehr als ein Dutzend Apparate gleichzeitig in der Luft schwebten. Auch der Pariseval stieg an diesen Tagen wiederholt auf, so daß das von den Fliegern umschwärmte Luftschiff zur Belebung des Bildes wesentlich beitrug. Am Dienstag wurden nicht nur wie an den beiden vorhergehenden Tagen von Subelat, Pietzcker, Fräulein Weese, Hoffmann, Witte, Rahnt usw. Dauerflüge absolviert, die sich bei den ersten fünf Genannten über die gesamte Flugzeit von 2 Stunden 25 Minuten erstreckten, sondern auch prächtige Höhenflüge. Die treffliche Kumpferpilotin Fräulein Weese stellte sogar einen Weltrekord im Damenhöhenflug auf, indem sie 825 Meter Höhe erreichte und stundenlang in dieser Höhe kreiste und Schleißen flog. Der Albatrosspilot Pietzcker flog in Höhen von 1000 bis 1200 Meter und der Wrightpilot Witte dürfte es gar auf annähernd 2000 Meter gebracht haben.

Leider ist die Organisation der Veranstaltung diesmal eine so mangelhafte, daß vom Publikum mit Sicherheit weder die Person des Fliegers noch die von ihm erreichte Flugdauer oder Flughöhe festgestellt werden kann. Wir sollten meinen, daß das Organisations-talent der Flugleitung doch dazu ausreichen sollte, die Flugapparate auch mit der im Katalog angegebenen Fliegernummer zu versehen und dafür zu sorgen, daß, wie bei den früheren Flugwochen, an der Tafel sowohl Flugzeit wie Flughöhe abzulesen sind!

Auch einige Unfälle, glücklicherweise ohne ernsthafte Bedeutung, waren am dritten Tage zu verzeichnen. Sorrisen und Caspar särgten mit ihren Apparaten ab, wobei die Apparate schwer beschädigt wurden, die Flieger jedoch keinen Schaden nahmen. Caspar war schon vor dem Start das Mißgeschick widerfahren, daß ihm sein prächtiger Reusendländer in den rotierenden Propeller lief. Der Hund wurde getötet, aber auch der Propeller ging in Stücke. Hoffentlich bleibt es während der Flugwoche bei diesem einen Opfer.

Ein langer Monat. Vor uns liegt ein Orieftsonnert, das auf einem Berliner Postamt abgestempelt ist — die Nummer des Postamtes nennen wir aus besonderen Gründen absichtlich nicht — und auf dem Aufgabestempel steht: 84. 9. 12—1 R. Demnach wäre der Brief am 84. September aufgegeben worden. Wieviel Tage mag wohl auf dem betreffenden Postamt der September haben?

In der Lichtenrader Bombengeschichte, die im Juli vorigen Jahres großes Aufsehen erregte, ist jetzt eine neue Verhaftung erfolgt. Wie noch erinnertlich ist, wurde damals der Landwirt Otto Kraatz zu Lichtenrade bei der Explosion einer Bombenliste, die ein Stück Gasrohr, eine Wechbüchse und einen Revolver enthielt, schwer verletzt, nachdem Erpresser ihn durch zwei Briefe aufgefordert hatten, auf einem bestimmten Grundstück 3000 M. niederzulegen. Im Verdacht der Täterschaft standen eine Zeitlang zwei Brüder Rademeyer. Das Verfahren gegen sie mußte aber eingestellt werden. Jetzt ist in dieser Angelegenheit eine neue Verhaftung erfolgt. Kriminalkommissar Vöberg, der diesen Bombenanschlag bearbeitet, setzte sich mit einem Lichtenrader Wanne in Verbindung, durch dessen Hände viele Handschriften gehen. Diese wurden nun mit den Handschriften der Erpresserbriefe verglichen, und die Maßregel wies endlich auf eine bestimmte Spur. Nach dem Urteil des Sachverständigen Dr. Schneiders und anderer Schriftsachverständigen sollen die Erpresserbriefe von dem Schuhmacher Theodor Kempen herrühren, der zu Lichtenrade in der Waldhofsstraße wohnt. Die Aufschrift des zweiten Briefes rührt von einer Frauenhand her. Die Sachverständigen stimmen darin überein, daß Frau Kempen sie geschrieben hat. Die Eheleute bestreiten entschieden, mit der Sache etwas zu tun haben. Die Kriminalpolizei übergab ihr Material der Staatsanwaltschaft; auf Grund der Vorarbeiten lud der Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. Rahme, Kempen aus Lichtenrade vor und behielt ihn nach dem Verhör im Untersuchungsgefängnis.

Eine dunkle Kriminalaffäre, die schon seit Jahren die Behörden beschäftigt, hat soeben zu einer neuen Maßnahme geführt. Vor dreizehn Jahren verschwand von seiner Schiffsstelle in der Dranienstraße 201 der Lederarbeiter Albert Giesow, der bis zum Tode seines Vaters in dessen Haus in der Briger Str. 11 gewohnt hatte. Die Erben dieses Hauses, die Müller, Mag und Paul Giesow wurden beschuldigt, Albert beseitigt zu haben, um sein Erbe von 5000 M. nicht anzuhäufeln zu brauchen. Die Leiche sollte auf dem Grundstück begraben worden sein. Im Jahre 1901 leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen ein, die aber zu keinem Ergebnis führten. Mag Giesow, dem die Hauptschuld beigelegt wurde, ist unterdessen gestorben. Auf Grund neuer Anzeigen hat die Staatsanwaltschaft jetzt abermals eine Nachprüfung angeordnet. Gestern in den ersten Nachmittagsstunden begann ein Kommando vom Garde-Bionierbataillon, sechs Mann und ein Unteroffizier, auf dem Grundstück Briger Str. 11 mit den Nachgrabungen. Die werden geraume Zeit in Anspruch nehmen. Die Nachforschungen sollen jetzt bis zum letzten Ende durchgeführt werden.

Vor den Augen ihres kleinen Bruders totgefahren wurde Montagabend die 6 Jahre alte Tochter Babeth des Schneidemeisters Weder

auf der Brunnenstr. 103. Die Kleine wollte aus dem Brunnen vor dem Hause Brunnenstr. 4 trinken, während ihr achtjähriger Bruder pumpt. Bei der Rasse glitt sie aus und fiel auf den Straßenrand, als gerade ein Omnibus der Linie 23 vom Rosenfelder Platz her gefahren kam. Ein Hinterrad ging ihr über den Leib. Man brachte die Verunglückte nach dem Lazaruskrankenhaus, als sie aber dort ankam, war sie schon tot.

Explosion in der Kummelsburger Anilinfabrik.

Eine gewaltige Explosion erfolgte gestern nachmittag in der Anilinfabrik der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in der Hauptstraße 9/10 zu Borschagen-Kummelsburg. Es explodierte ein großer Oelbehälter, der im dritten Stock aufgestellt war. Die Wirkung der Explosion war sehr verheerend. Der Kessel durchschlug die Decke nach dem Obergeschoß und das Dach und stürzte dann krachend wieder in das Gebäude zurück. Fünf Arbeiter kamen dabei zu Schaden. Drei von den Verunglückten, die Arbeiter Bachmann, Rieß und Geiseler wurden so schwer verletzt, daß sie nach dem Kummelsburger Krankenhaus bzw. nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden mußten. Zwei Arbeiter kamen mit leichteren Wunden davon. Die Kummelsburger Feuerwehr war bald zur Stelle, brauchte aber nur kurze Zeit in Tätigkeit zu treten, da Feuer weiter nicht entstanden war.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 54 Jahre alte Arbeiter Julius Färing aus der Jablonstr. 24. Färing verlor gestern nachmittag 1 1/2 Uhr an der Straßenkreuzung Bernauer- Ecke Strelitzer Straße auf einer in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 22 zu springen. Hierbei geriet er unter den Anhängewagen und zog sich einen Beckenbruch zu. Er wurde sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, starb jedoch bald an den erlittenen Verletzungen.

Der Brand eines Kesselhauses alarmierte Montagabend die Berliner Feuerwehr nach der Anklamer Str. 33. Bei Anbruch der Dämmerung standen in dem auf dem Hofe befindlichen Kesselhaus der Dampfmaschinenfabrik und Reibsteinfabrik von Reinhold Haberer Späne, Brennholz, Holzreste und das Dach in Flammen. Der Brandmeister ließ sofort mit einer Schlauchleitung Wasser geben und beseitigte dadurch die Gefahr innerhalb einer halben Stunde. Das Kesselhaus ist fast vollständig zerstört, doch tritt bei der Firma keine Betriebsstörung ein, da die Maschinen intakt geblieben sind. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Zwergengeduld. Im Zuge Lohmühlenstraße, Treptow (Wau einer neuen Straße) spielten dieser Tage Kinder mit einer Lore. Als Kinder über die Schienen hinweg nach den Wiesen der anderen Seite der Straße gehen wollten, wurde ein Kind von einer Lore erfasst und verunglückte schwer. Die beiden Herren, welche den Vorgang bemerkten und das verunglückte Kind in die elterliche Wohnung brachten, werden ersucht, ihre Adressen bei Krüger, Graefstr. 3, Quergeb. 3 Zr., abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Im Zeichen der Teuerung. Die am Donnerstag, den 29. September, stattfindende Stadtverordnetenversammlung hat sich mit zwei Anträgen um Maßnahmen wegen der Lebensmittelteuerung zu beschäftigen. Die Neue bürgerliche Fraktion beantragt: „Angesichts der bereits eingetretenen und noch mehr zu erwartenden Verteuerung der Lebensmittel halten wir Maßnahmen seitens der städtischen Körperschaften für dringend geboten. Wir empfehlen, zunächst eine gemischte Kommission einzusetzen, die über die zu ergreifenden Abwehrmaßnahmen zu beraten und Vorschläge zu machen hat.“

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, unverzüglich Schritte zu tun zur Verringerung der verhängnisvollen Lebensmittelteuerung durch Eingaben an die zuständigen Stellen um Aufhebung der die Rohstoffe verteuernden Maßnahmen als auch durch städtische Einrichtungen zur Versorgung Rigdorfs mit Lebensmitteln aller Art.“

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Einer sozialdemokratischen Anregung folgend hatte der Magistrat eine Uebersicht über die Zunahme der Ausgaben infolge der Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse in den Jahren 1905 bis 1910 zusammenstellen lassen. Das Ergebnis war, daß an laufenden Unterstügungen im Armenetat im Jahre 1905 insgesamt 105,00 M. pro Kopf gezahlt wurde, im Jahre 1910 jedoch 126,75 M. An laufenden Pflegegeldern für die in Siechen- und Pflegeanstalten untergebrachten Erwachsenen wurden 1905 pro Kopf 248,41 M. und 1910 277,28 M. gezahlt; für außerhalb in Pflege gegebene Kinder einschließlich der in Anstalten im Jahre 1905 117,85 M. und 1910 162,18 M. Zur Unterbringung Armer in gemieteten Wohnungen wurden 1905 pro Wohnung und Jahr 235 M. gezahlt, 1910 295 M. Das ist die Wirkung, die der Potentillendruck durch seine Lebensmittelteuerung auf die Kommunen auslöst. — Die wirklichen Betriebsausgaben für die Untergrundbahn sind um 46 507 M. zu gering veranschlagt worden, die sich allerdings durch Mehreinnahmen decken sollen, so daß der Betrag nachbewilligt werden mußte. — Der Umgestaltung der Anstalten und Erweiterung einer Mädchenmittelschule wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß Kinder, die aufgenommen werden aus der Gemeinde- oder einer höheren Schule, erst einer Prüfung unterzogen werden. Ebenfalls kann über Kinder, die sitzen bleiben, nur auf Beschluß einer Lehrkonferenz entschieden werden. Die Klassenfrequenz der Mittelschule soll in der Regel nicht mehr als 40 Kinder, höchstens jedoch 45 betragen. Auswärtige Schüler können aufgenommen werden, wenn bei Beginn des Semesters sich herausstellt, daß noch Platz vorhanden. Damit durch Einrichtung dieser Schule die Gemeindefinanzlage nicht ganz so einer Armenschule herabsinkt, wurde folgende Resolution angenommen: „Der Magistrat wird ersucht, Schritte zu unternehmen, die dahin zielen, daß recht bald eine Revision des Lehrplanes der Volksschulen und eine Umgestaltung unseres siebenstufigen Volksschulsystems in ein achtstufiges erfolgt.“ Damit wurde der gesamten Vorlage zugestimmt.

Im März 1909 wurde der Beschluß gefaßt, eine obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen vorzubereiten, im Dezember 1910 hatte auch der Magistrat die Berechtigung eines derartigen Verlangens anerkannt. Nach der geltenden Rechtslage soll es jedoch nicht möglich sein, eine derartige allgemeine Schule zu errichten. Um nun die kaufmännische sowie hauswirtschaftliche Fortbildung der schulfähigen Mädchen zu ermöglichen, soll mit der Viktoria-Fortbildung- und Fachschule in Berlin, Kurfürstenstr. 100, ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach bereits vom 1. Oktober d. J. bei dieser Schule ein Kursus für hauswirtschaftliche Ausbildung eingerichtet wird. Der Vorstand der Schule verpflichtet sich, entlassene ehemalige Schülerinnen der Stadt Schöneberg, die zurzeit ihren Wohnsitz in Schöneberg haben, bis zum Beginn von 22 Schülerinnen für einen Kursus aufzunehmen. Die Anmeldung erfolgt bei dem Vorstand der Schule. Dieser ist verpflichtet, dem Magistrat von jeder Aufnahme unverzüglich Mitteilung zu machen. — Die Schülerinnen werden unterrichtet im ersten Halbjahr vier Stunden in Kochen und Hausarbeit, je drei Stunden in Nähmaschinen, Handnähen und Ausbessern, Schneidern, Wäßen, Deutsches, eine Stunde in hauswirtschaftlichem Rechnen und hauswirtschaftlicher Buchführung und zwei Stunden Turnen. Insgesamt 22 Stunden wöchentlich. Im zweiten Halbjahr: vier Stunden Kochen, drei Stunden Hausarbeit, je zwei Stunden Ausbessern mit Hand und Maschine und Wäßen, Deutsches, Rechnen und hauswirtschaftliche Buchführung, Gesundheits- und Nahrungsmittel-

lehre, Turnen, für Schneidern und Wäschnähen sind ebenfalls je drei Stunden angelegt. Der Unterricht wird mit Ausnahme des Unterrichts in Hausarbeit (2. Halbjahr) nur an Nachmittagen abgehalten. Die Schule erhält von der Stadt insgesamt 3700 Mark, für Heizung, Kochmaterial, allgemeine Unkosten werden außerdem 1000 M. vergütet. Die Stadt Schöneberg erhebt für den Besuch eines jeden Kurses ein Schulgeld von je 10 M. für das erste und zweite Halbjahr. 25 Prozent der Schülerinnen können unter der Bedingung regelmäßigen Besuchs der Klasse freigestellt erhalten. Nehmen nicht mehr als 10 Schülerinnen an dem Unterricht teil, so wird der Besuch der Stadt auf 2900 M., bei nicht mehr als 24 Schülerinnen auf 3300 M. begrenzt. Wird der Vertrag nicht 8 Wochen vor Ablauf des Endtermins erstmalig bis 15. August 1912 schriftlich gekündigt, so gilt derselbe stets für weitere 8 Jahre.

Für die kaufmännische Mädchenfortbildungsschule ist mit dem Letzereverein ein Vertrag vereinbart. Es wird versuchsweise vom 1. Oktober d. J. ab eine Klasse zur Ausbildung zukünftiger Verkäuferinnen und am 1. April 1912 eine Klasse zur Ausbildung zukünftiger Buchhalterinnen eingerichtet. Die Zahl der Schülerinnen für eine Klasse beträgt 35 und zu den Befragungen ist ebenfalls ein Vertreter hinzuzuziehen. Die Verkäuferinnenklasse erhält Unterricht: 4 Stunden Englisch, je 3 Stunden Deutsch, Rechnen, je 2 Stunden Schreiben, Geographie und Warenkunde, Anstandslehre, Gesamtbildung, Buchführung, Turnen, spezielle Kenntnisse für Verkäuferinnen. Die Stadt gewährt 2500 M. Zuschuß und an fälligen Ausgaben 400 M. Der Letzereverein ist berechtigt, für elf Monate 33 M., pro Monat 3 M. von den Schülerinnen zu erheben und ist verpflichtet, gemäß den Vorschlägen der Stadt bis zu 25 Proz. freigestellt zu gewähren. Das Abmündungsverhältnis ist daselbe wie bei der hauswirtschaftlichen Schule. Ferner wurde beschlossen, daß der Magistrat ersucht wird, unbeschadet der Verträge mit dem Letzereverein und der Viktoria-Fortbildungsschule Vorbereitungen für die Einrichtung einer Mädchen-Fortbildungsschule in eigener Verwaltung zu treffen. — Der Betriebsbahnhof der Untergrundbahn muß zur Unterbringung neuer Motorwagen wesentlich erweitert werden, hierzu wurden 18 000 M. bewilligt. In den Ausschuss für Verpachtung von Land sind die Genossen Ost und Hoffmann delegiert.

Auf zur Erbschaft! Heute, Mittwoch, den 27. d. M., findet von vormittag 9 Uhr bis abends 8 Uhr die Erbschaftswahl im ersten Bezirk im „Kollendorferhof“, Völkowstr. 2, statt. Den sogenannten Liberalen ist im Kampfe gegen die sozialdemokratische Partei aus Mangel an einwandfreien Woffen auch diesmal kein Mittel zu schief. Die Arbeiterklasse muß alles daran setzen, den von den Liberalen bisher innegehabten Bezirk zu erobern. Die Parteigenossen treffen sich zur Wahlarbeit im Restaurant Milde, Kollendorferstraße 16. Es muß gelingen, den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Albin Roth, Gewerkschaftssekretär, zum Siege zu verhelfen.

Steglich.

Eine ganze Nacht ohne ärztliche Hilfe? Uns liegt folgende Meldung vor: Der Arbeiter Karl Gansch, Schildhornstr. 102 wohnt, hatte nach Feierabend noch auf dem Grundstück des Westfers Weseler in Groß-Vichtorf zu tun. Er stürzte vom Wagen herunter und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Man schaffte den Verunglückten in den Pöckelstall, wo er die ganze Nacht hindurch ohne jegliche Hilfe verbrachten mußte. Am nächsten Morgen wurde G. nach der nahe gelegenen Regelbahn getragen, wo er ebenfalls hilflos liegen mußte. Die auf telephonischem Wege benachrichtigte Ehefrau traf dann ein und sorgte dafür, daß ihr verunglückter Mann nach Steglich transportiert wurde, und erst auf Veranlassung der Frau erhielt G. ärztliche Hilfe in Steglich. Aber nun war es bereits zu spät. Der Arzt konnte bei dem Verunglückten leider nur noch den Tod feststellen. In der betreffenden Angelegenheit ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Die Frauenschule abermals verlagert. Als seinerzeit der Antrag des Gemeindevorstandes zur Beratung stand, hier eine Frauenschule zu errichten, konnte man auf Grund der Ausführungen in der Gemeindevortretung zu der Ansicht gelangen, daß ein dringendes Bedürfnis vorhanden sei, für die Töchter wohlhabender Eltern eine derartige Anstalt zu errichten. Durch eine Umfrage bei den in Betracht kommenden Eltern wurde die Bedürfnisfrage scheinbar bestätigt. Um so überraschender war das Ergebnis der zum April d. J. zu bewirkenden Anmeldungen. Soweit wir unterrichtet sind, waren nur zwei Anmeldungen eingegangen, für den mit der Frauenschule zu verbindenden Kindergarten gar keine. Die Eröffnung der Anstalt mußte deshalb im April unterbleiben. Man hoffte, daß sich das Interesse für das geplante Institut heben werde und gedachte im Oktober mit dem Unterricht zu beginnen. Aber auch diese Hoffnung war trügerisch, da bis jetzt erst sechs Anmeldungen für die Frauenschule und eine für den Kindergarten vorliegen. Das Kuratorium für die höheren Lehranstalten hat deshalb beschlossen, die Eröffnung der Frauenschule erst dann in Angriff zu nehmen, wenn ein wirkliches Bedürfnis hierzu vorliegt und der Fortbestand der Veranstaltung nach Zahl und Art der Anmeldungen nicht mehr in Frage gestellt ist. Diese Feststellung des Mangels eines wirklichen Bedürfnisses für eine derartige Anstalt berechtigt zu der Annahme, daß entweder die damals Befragten nicht wußten, was eine Frauenschule ist, und deswegen bejahend antworteten, oder daß die Zahl der Zustimmungen viel kleiner gewesen sein muß als angegeben wurde, also auch damals schon kein wirkliches Bedürfnis zu erkennen war. Daß trotzdem ein solcher Antrag gestellt und von der bürgerlichen Mehrheit angenommen wurde, kann nur aus der Eiferfüchtelei der Vorortie erklärt werden, dem Nachbar um eine Rasenlänge voraus zu sein in der Errichtung höherer Lehranstalten, die ja ausgesprochenemassen in dem Bestreben geschaffen werden, steuerfähige Einwohner heranzuziehen, die nicht nur den Gemeindefinanz auf die Beine helfen, sondern auch das Ansehen des Ortes heben und — die Nachfrage nach leerstehenden Wohnungen vermehren sollen.

Wannsee.

Ueber die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen sprach in der am Sonnabend im „Fürstlichenhof“ abgehaltenen Volksversammlung Genossin Marie Judacz-Rigdorf. Die gut besuchte Versammlung folgte den vortrefflichen Ausführungen der Referentin mit größter Aufmerksamkeit. Am Schluß meldeten sich sieben Besucher zur Renaufnahme in den Wahlverein; auch konnten neue Leser für den „Vorwärts“ gewonnen werden.

Johannisthal.

Hungerknot und Kriegsstehe lautete das Thema, das Genosse Udo in einer imponenten, von über 300 Männern und Frauen besuchten öffentlichen Versammlung in Senflehens Festhallen, Friedenstraße 45, behandelte. Das Referat wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Genosse Schmidt forderte hierauf zum Anschluß an die gewerkschaftliche wie politische Organisation sowie zum Abonnement auf den „Vorwärts“ auf. Des weiteren teilte Redner noch mit, daß für diejenigen, die innerlich längst mit der Kirche gebrochen und aus derselben auszutreten gewillt sind, bei folgenden Genossen Auskunft erteilt wird: Bieler, Kaiser-Wilhelmstr. 6, Schmidt, Moosstr. 9 und Steuer in der Verkaufshalle des Konsums, Dismardstr. 6. Zum Schluß nahm die Versammlung noch folgende Resolution an:

„Die am 21. September in Senflehens Festhallen tagende Volksversammlung erwartet von der Gemeindevortretung zur Verringerung des außerordentlichen Kostandes Bereitwilligkeit von Mitteln zur Beschaffung von Lebensmitteln und Abgabe derselben an die Bevölkerung zum Selbstkostenpreise. Ferner sieht die Versammlung der Gründung eines Wochenmarktes entgegen, um die hier meistens höheren Lebensmittelpreise den Groß-Berliner Verhältnissen anzupassen.“ Diese Resolution soll der Gemeindevortretung zugestellt werden.

Sohen-Schönhausen.

„Arbeitervertreter“.

Das Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften: „Die Einigkeit“, veröffentlicht unter obiger Ueberschrift die Zuschrift eines E. N., es handelt sich um einen ehemaligen sozialdemokratischen Spandauer Stadtverordneten, der seit einem halben Jahre sein Domizil am hiesigen Ort aufgeschlagen hat — in welchem die Tätigkeit unserer in der Gemeindevortretung sitzenden Genossen als arbeiterfeindlich dargestellt wird. Da die in dem Artikel aufgestellten, von der Kenntnis der wirklichen Vorgänge im hiesigen Gemeindepalast gerade nicht getriebenen Behauptungen doch hier und da zu falschen Auffassungen über die Tätigkeit unserer Genossen Veranlassung geben könnten, wollen wir in Kürze auf die Darlegungen eingehen. Wie der ehemalige Stadtverordnete und Sozialdemokrat über die Beteiligung der Sozialdemokratie am Parlamentarismus überhaupt denkt, kann uns gleichgültig sein.

Junak stellt dieser E. N. die Behauptung auf, unsere Genossen hätten, als im Frühjahr 1911 die Einwohner der bisherigen Ortsgemeinde Sohen-Schönhausen plötzlich von der Eingemeindung in die Dorfgemeinde überträgt worden seien, der bisherigen „Gutherrschafft“, der Hausenerwerbs- und Baugesellschaft, etwa zwei Millionen Mark Extraprofit in die Tasche schießen lassen, wodurch für die bisherigen Gutinsassen die Fortsetzung der Kommunalsteuerzuschläge von 80 auf 125 Proz. in die Höhe geschmetzelt seien.

Wahrheit ist, daß der Eingemeindungsvertrag vom Landrat stipuliert worden ist mit der Verpflichtung, der Hausenerwerbs- und Baugesellschaft als der Inhaberin des Gutes für die Uebernahme des Wasserwerks, der Pumpstation mit familiärem Zubehör sowie der im Gutbezirk bestehenden Kanalisation 1 700 000 M. als Wfindung zu zahlen. Unwahr ist, daß unsere Genossen den Eingemeindungsvertrag ohne Kritik und Monitis angenommen hätten. Wohl haben sie die Eingemeindung mit aller Energie mit betreiben helfen, und zwar um mit den bisherigen elenden Zuständen am Ort so schnell wie möglich aufzuräumen. Die für die Eingemeindung eingesezte Eingemeindungskommission hat nach Möglichkeit die Härte des Vertrages zu beseitigen gesucht, ein Beginnen, das nach der Nachbefragung, die ein preussischer Landrat hat, allerdings nicht von großem Erfolg begleitet war. Den erhöhten Kommunalsteuern stehen aber, was E. N. auch wissen mußte, so immense kulturelle Vorteile gegenüber, daß dieselben doch nicht außer acht gelassen werden können.

Im März dieses Jahres wurden auf Antrag unseres Genossen Thiele die Gehälter sämtlicher Unterbeamten erhöht. Die Bürgerlichen stellten hierauf den Antrag, auch das Gehalt des Gemeindevorstehers um 1000 M. aufzubessern. Nach der Darstellung E. N. ist das Gehalt des Vorstehers um 1800 M. erhöht worden und zwar, ohne den Widerspruch unserer Genossen zu finden. Es sind also 800 M. Unterschied zwischen der wirklichen und der angegebenen Zulage des jetzigen Anarchozialisten. Dagegen habe, so behauptet E. N., die Sozialdemokratie bei der Festsetzung der Löhne der Gemeindegewerkschaften es an der nötigen Fürsorge fehlen lassen. Ueber die nötige Verkürzung der Arbeitszeit, über Erholungsurlaub, darüber, daß bei der gegenwärtigen Teuerung ein Maximalwochenlohn von 80 M. ein Hungerlohn sei, hätten die sozialdemokratischen Vertreter kein Wort verloren.

Außer E. N., dem Kontrolleur unserer Genossen in der Gemeindevortretung, hat also niemand so vernünftige Gedanken gehabt. Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Die Gemeindegewerkschaft wurden von der Gutgesellschaft übernommen mit einem Lohn bis zum Höchstbetrage von 24 M. wöchentlich. In der Eingemeindung, der auch Genosse Thiele angehörte, lag ein Antrag vor, den Lohn auf 25 M. zu erhöhen. Genosse Thiele plädierte dafür, daß den Arbeitern mindestens 30 M. gewährt werden müßte. Ihm wurde entgegengehalten, daß die Arbeiter ja gar nicht mehr verlangten. Nach heftiger Debatte, in welcher unser Genosse energisch seinen Standpunkt verteidigte, kamen die Lohnsätze zustande, die von E. N. zum Gegenstand der Kritik unserer Genossen gemacht werden. Also ein wesentlich anderes Bild. Gemerkt werden muß, daß auf Drängen unseres Genossen Ueberstunden mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit und den Erholungsurlaub soll gesprochen werden, sobald der gesamte Betrieb geregelt ist, vorläufig, so betonte der Gemeindevorsteher, ließe sich eine Änderung nicht durchführen. Unsere Vertreter gaben sich mit dem Versprechen des Gemeindevorstehers zufrieden, werden aber nicht unterlassen, denselben baldigt um die Einführung desselben zu ersuchen. Eine weitere Unterlassungsfinde unserer Genossen soll darin bestehen, daß sie der Absicht, einen in Berlin wohnenden Arbeiter, der der Gemeinde 15 M. Kurkosten schuldet, zu verklagen, nicht widersprochen haben. Wie uns versichert wird, hat unser Redner Bedenken geäußert, daß sich der Mann in einer augenblicklichen Kollage befinden könne. Der Gemeindevorsteher meinte jedoch, daß die vom Berliner Magistrat eingeforderte Auskunft dahin laute, daß der Bekant zahlen könne. Unsere Genossen hätten, der Meinung sind auch wir, nicht nötig gehabt, der Klage zuzustimmen, schon des geringen Objekts wegen.

Endlich erhebt der strenge Kritiker noch den Vorwurf gegen unsere Genossen, sie hätten eine alte Weibsfrau, die Zuckerkassen auswürfeln läßt, von der ihr auferlegten Lustbarkeitssteuer nicht zu befreien gesucht, wie unsere Genossen überhaupt mit seinem Wort ihre grundsätzliche Gegnerchaft gegen diese indirekte Steuer zum Ausdruck gebracht hätten. Der ehemalige sozialdemokratische Stadtverordnete weiß natürlich nicht, daß unsere Genossen im Jahre 1910, als sich die Vertretung mit der Lustbarkeitssteuer beschäftigte, entschieden gegen diese Steuer Stellung genommen hatten, daß sie aber gegen ihren Willen beschlossen wurde. Auch hat Genosse Thiele die Frage an den Gemeindevorsteher gerichtet, was das Freihalten von Weibchen mit der Lustbarkeitssteuer zu tun habe, worauf ihm geantwortet wurde, daß jedes öffentliche Würfelspiel, also auch das Auswürfeln von Zuckerkassen, der Steuer unterliege.

Der anarchosozialistische E. N. zimmert sich jedoch nach seiner Logik etwas zurecht, um die Arbeit unserer Genossen in der Gemeinde im Kreise derer, die die Faust in der Tasche halten, aber rein gar nichts für die kulturelle Entwicklung sowie für die Umgestaltung der Menschheit zu tun vermögen, zu diskreditieren. Was die Arbeiterchaft von diesem anarchosozialistischen Tugendhelden hält, kommt in der immer mehr erhaltenden sozialistischen Bewegung zum berechten Ausdruck. Nicht deshalb haben wir uns gegen das Phantasieprodukt des E. N. gewandt, um Teufel noch einmal extra totzuschlagen, sondern um unsere Genossen in der Gemeindevortretung vor unwarhen Behauptungen zu schützen.

Kallberge-Rüdersdorf.

Mit der Bahnanangelegenheit beschäftigte sich die letzte Gemeindevortretung. Der Antrag der Gemeinde Woltersdorf, mit derselben eine Straßenbahn von Kallberge bezw. Woltersdorf nach Bahnhof Rahndorf zu bauen und von dem in Aussicht genommenen Straßenbahnprojekt Kallberge-Schöneiche abzusehen, wurde mit 13 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Aufnahme eines Darlehens im Betrage von 400 000 M. von der Kur- und Neumärkischen Kitzschloß-Darlehenskasse zu Berlin, das mit 4 Proz. verzinst und mit 1 Proz. amortisiert werden muß, wurde genehmigt. Von der Summe sollen 275 000 M. zum Bahnbau und der übrige Teil zum Bau des Wasserwerks verwendet werden. Der Bahnbaukommission wurde die Genehmigung erteilt, die zum Bahnbau erforderlichen Arbeiten und Bieferungen usw. zu vergeben resp. ausführen zu lassen. Der Gemeinde dürfen dadurch jedoch keine dauernden Kosten auferlegt werden. In diesen Fällen muß eine vorherige Zustimmung seitens der Gemeindevortretung erfolgen. Die Gemeinde Klein-Schönebed will zum Bahnbau 100 000 M. beisteuern, jedoch soll dann die Bahn normalpurg angelegt und eventl. eine Konkurrenzlinie, die von Rahndorf über Pflaumenau und Kallberge nach Dorf Rüdersdorf führt, errichtet werden. Es sollen mit dem Gemeindevorsteher von Klein-Schönebed Unterhandlungen hierüber angebahnt werden. — Einstimmig wurde Johann

Der Abschluss eines Vertrages mit dem Justizrat, wonach ein zweites Amtsgerichtsgebäude in der Kirchstraße erbaut werden soll, genehmigt.

Neuenhagen (Stbahn).

In dem bisher für uns gesperrt gewesenen Lokal Sobolowia, Doltstraße, erläuterten die Genossen Köhler und Köppling am Sonntag in öffentlicher Versammlung Bericht über ihre Tätigkeit in der Gemeindevertretung. Die Versammlung gab durch rege Diskussion ihr volles Einverständnis mit der Haltung und dem Wirken unserer Genossen kund. Beim Punkt „Feuertöschwesen“ wurden die beleidigenden Ausdrücke des hiesigen Amtsvorstehers kritisiert, welche dieser bei zwei Bränden hilfsbereiten Genossen gegenüber gebraucht hatte. Die Kampfesstimmung der Versammlung läßt guten Erfolg bei den kommenden Neuwahlen erwarten. Der Gesangsverein „Freie Sänger“ half das gemütliche Beisammensein nach der Versammlung verschönern.

Wittenau-Vorsitzwalde.

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung sprach Genosse Piel über „Monarchie und Republik“. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Versammlung beschloß, eine Zeitungsbeschwerdekommission zu wählen; dieselbe besteht aus den Genossen Müller, Krause, Deutscher, Lehmann I und Bretschneider. Als Obmann der Kommission fungiert Genosse Lehmann I. Der Vorsitzende gab bekannt, daß am 30. September eine Volksversammlung stattfindet, in welcher Genosse Unger über „Religion“ sprechen wird. Der Bericht vom Parteitag soll am 8. Oktober in Wittenau gegeben werden. Die Parteitageprotokolle sollen an die Mitglieder für 20 Pf. abgegeben werden. Vorstellungen sind an den Genossen Kienast sowie an sämtliche Gruppenführer zu machen. Mitgeteilt wurde, daß die Gemeindevertretung ihre nächste Sitzung am Donnerstag, den 28. d. M., ab-

hält; in derselben soll über die Abänderung der Arbeitsordnung für die Gemeindegebäude sowie über die Einsetzung eines Verwaltungsrats für das Verbandskrankenhaus Beschluß gefaßt werden.

Notwales.

Gewerkschaftskartellung. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß sich die Zahlstelle Romawes-Potsdam des Bäcker- und Konditorenverbandes mit 15 Mitgliedern dem hiesigen Kartell angeschlossen hat. — Eine Beschwerde über die Arbeitsverhältnisse bei der Klärstation wird an die zuständige Organisation, den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, verwiesen. — Die Wahlen der Delegierten zur Ortskrankenkasse finden am 20. November im Lokal „Deutsche Festhalle“, Inhaber Wolfram, Wilhelmstraße, statt. Die Gewerkschaften werden ersucht, schon jetzt in ihren Versammlungen für eine starke Wahlbeteiligung zu agitieren und bis zur nächsten Kartellung geeignete Kandidaten, wenn möglich, die bisherigen Delegierten in Vorschlag zu bringen. — Für den Tabalarbeiterstreik in Templin wurde, wenn es sich nach dem noch nicht eingelaufenen Bescheid der Gauleitung des Tabalarbeiterverbandes notwendig macht, eine Unterstützung bewilligt. Die Festsetzung der Höhe derselben ist dem Kartellausschuß überlassen. — Auf die Veranstaltungen des Bildungsausschusses wurde besonders hingewiesen; es sei erforderlich, daß alle Gewerkschaftsmitglieder dieselben zahlreicher wie im Vorjahre besuchen. — Der Vorsitzende erstattete dann Bericht von einer Auskutschung mit dem Potsdamer Kartellausschuß. Letzterer war an das hiesige Kartell herangetreten, um eine Aussprache darüber herbeizuführen, ob es nicht möglich wäre, die Auskutschsachen gemeinsam zu regeln. Die Erteilung von Auskutschungen in allen Fragen des gewerblichen Rechts und der Sozialgesetzgebung findet jetzt zweimal im Monat durch den Genossen Vöhring-Versin statt. Die Kosten belaufen sich im Jahre auf 180 Mark. Nach der Vereinigung mit Potsdam würden

sich die Kosten bei wöchentlich zweimaliger Auskutsch auf 350 M. und bei einmaliger Auskutsch auf 250 M. pro Jahr stellen. Den Delegierten wurde anheimgestellt, diese Angelegenheit in ihren Gewerkschaften debattieren zu lassen und in der nächsten Kartellung über die Stellung ihrer Mandatgeber zu berichten. — Da der erste Vorsitzende, Genosse Engel, sein Arbeitsfeld nach Berlin verlegt und er infolgedessen aus dem Kartell ausscheidet, ist die Wahl eines ersten Vorsitzenden vorzunehmen. Auf Wunsch der Delegierten erklärte sich Genosse Engel bereit, die Geschäfte des Kartells bis zur Neuwahl des Auskutsches im nächsten Jahre zu führen. — Die Arbeiter-Samariterkolonne richtet am 31. Oktober einen neuen Kursus zur Ausbildung im Samariterdienst ein; die Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, sich zahlreich zu dem Kursus zu melden. — Die Errichtung eines Kaufmannsgerichts am hiesigen Orte ist gefestigt, nachdem sich eine Zusammenkunft von Interessenten für die Notwendigkeit eines solchen ausgesprochen hat. — Einige Beschwerden über die Praktiken der Händler auf dem Wochenmarkt, die Schieberei der Schillingen am Schützenhaus, sowie der Wunsch nach Errichtung von Bedürfnisanstalten, werden den Kartellausschuß veranlassen, mit der sozialdemokratischen Gemeindevertreterfraktion Rücksprache zu nehmen.

Marktpreise von Berlin am 25. Septbr. 1911, nach Ermittlung des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes. (Kleinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen weiße, 35,00—50,00. Wint. 34,00—50,00. Kartoffeln 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,20—2,00. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Karfen 1,20—2,40. Wale 1,60—2,80. Rander 1,50—3,60. Dichte 1,20 bis 2,80. Barische 0,80—2,00. Schote 1,40—3,00. Fleie 0,80—1,60. 60 Stück Rische 2,50—30,00.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 27. Sept. 1911:

Anfang 6 1/2 Uhr.

Deutsches. Faust. 2 Teil.

Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Oberhaus. Die weiße Dame.

R. Schauspiels. Penelope.

Haberland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Tausendfüßler 48/49.

Lebende Tierbilder von nach und fern.

Neues kgl. Operntheater. Othello.

Kammerspiele. Egges und sein Ring.

Leffing. Glaube und Heimat.

Neues Schauspielhaus. Josephine.

Neues Operetten. Die schöne Helena.

Berliner. Bummelstudenten.

Zustielhaus. Der Großfürst.

Schiller. O. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.

Schiller. Charlotteburg. Der Probekandidat.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Moral.

Steinod. Der Leibgarbist.

Neues. Die Frau Grell. Hierauf: König Oedipus.

Westen. Die Dame in Rot.

Komische Oper. Die lustige Susanne.

Westen. Ein Walzer aus Chopin.

Thalia. Polnische Wirtshaus.

Königgrätzer Straße. Große Wiesen.

Trianon. Ihr Alibi.

Duisen. Die Nacht der Liebe.

Capino. Der selige Holschinsky.

Apollon. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Wägen. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Herrnfeld. Das Kind der Firma.

Perrusfeld. Das Kind der Firma.

Schmerzlose Behandlung.

Urania. Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr.

Lebende Tierbilder von nah und fern.

Das Programm der Hörsaalvorträge im 4. Qu. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

2000. LOUISCHER GARTEN.

Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mark. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Vom abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Herrnfeld Theater.

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma.

mit Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen. Vorher:

Schmerzlose Behandlung.

Anfang 8 Uhr.

Vorberl. 11—9 Uhr (Theaterkasse).

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Ihr Alibi.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.

2. Etage.

In lauschiger Nacht.

Burleske mit Gesang in 1 Akt.

Nanni Pohlmann. Monny Solms.

Minni Neumann. Rudolf. Präcliosa.

der meist. „Sherlock Holmes“.

Anf. wochent. 8. Sonntag 6 Uhr.

Ein Dialog nach dem bekannten Bild von F. v. Regnier.

Neues Theater.

Anf. 8 Uhr. Schauspiel Hansi Nisse.

Die Frau Grell. Hierauf: König Oedipus. Vorberl. 10-2.

Neues kgl. Operntheater.

8 Uhr: 1. Halb. Christian u. Wagner.

Othello. (Hörm.-Vorberl.)

Theater des Westens.

8 Uhr: Die Dame in Rot.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, den 27. September, 8 Uhr:

Moral.

Donnerstag: Jubel.

Freitag: Nabal und Siebe.

Sonabend: Moral.

Belle-Alliance-Theater.

Heute bis inkl. Freitag 8 1/2 Uhr: Zaza.

Sonabend 3 1/2 Uhr: Jbbjengie. Klaffter-Schülerdarstellung.

Duisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Nacht der Liebe.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Anfang 8 Uhr.

Die Peitsche.

Schauspiel in 4 Akten von R. v. Hoffstein.

Donnerstag: Das Küchlein von Heilbronn.

Neue Volksbühne

Die Kunst dem Volke!

Heute Mittwoch im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Str. 88: Des Pastors Rieke. Komödie von Erich Schalkhjer.

Jeden Sonntag Vorstellungen im Deutschen Theater Kammerspielhaus Schiller-Theater O. Schiller-Th. Charlottenburg Kleinen Theater* Neuen Volks-Theater Theater in der Königgrätzer Str. Metropol-Theater* Neuen Operetten-Theater* Trianon-Theater Theater der Hochschule in Charlottenburg. 150/4

Konzerte, Kunst- und Lese-Abende Gesellige Veranstaltungen Gesellschaftsreisen.

Eintrittsgeld 1 Mark. Jede Vorstellung 1 Mark (in den mit * bezeichneten Theatern 1,20 Mark).

Man verlange Prospekte, die in den Zahlstellen des Vereins, in den Warenhäusern Tietz, Alexander-Platz, Frankfurter Allee, Leipziger Straße (an der Theaterkasse) und in der Geschäftsstelle des Vereins: Köpenicker Str. 88 unentgeltlich zu haben sind.

Telephonische Auskunft Amt IV 10292, 11138.

CLOU BERLINER KONZERTHAUS Mauerstraße 82 X Zimmerstraße 90/91. Gastspiel von Johann Strauß aus Wien mit seiner Kapelle und dem Musikkorps des G.-F.-Reg., Oberm. Dippel. Anfang 8 Uhr.

SPORTPALAST Potsdamer Str. 72. Allabendlich: Hurra! Parade! Gr. militärische Revue in 6 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnellauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw. Zirkus 200 Mitwirkende. 2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung. Freitag, den 29. September: Berliner Vereinstag. Halbe Preise für Mitglieder aller Vereine. Auf vielseitigen Wunsch: Sonntag, den 1. Oktober: Populärer Nachmittag. Eintritt bis 5 Uhr 30 Pf. Nachm. u. abends Vorstellungen. Grösster Eispalast der Welt!

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern. Das Programm der Hörsaalvorträge im 4. Qu. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

Herrnfeld Theater. Noch nie dagewesener Lacherfolg! Das Kind der Firma. mit Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung. Anfang 8 Uhr. Vorberl. 11—9 Uhr (Theaterkasse).

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. 2. Etage. In lauschiger Nacht. Burleske mit Gesang in 1 Akt. Nanni Pohlmann. Monny Solms. Minni Neumann. Rudolf. Präcliosa. der meist. „Sherlock Holmes“. Anf. wochent. 8. Sonntag 6 Uhr.

Metropol-Theater. Die Nacht von Berlin! Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Wuff von W. Dolkänder. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schult. Anfang 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

Ausstellung Nordland Kurfürstendamm 151 (frühere Rollschubbahn — nahe Ringbahnhof Halensee). Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 11 Uhr nachts. Vorführungen von 4 Uhr ab. 125 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel. Original-Häuten u. Zelte, Hausindustrie. Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf. Eintrittspreis in die Vorführungshalle 30 Pf.

Apollon Theater. Letzte Tage! Ab 8 Uhr: 10 große Novitäten, u. a. Die G'schawige. Ein Dialog nach dem bekannten Bild von F. v. Regnier.

Zirkus A. Schumann. Mittwoch, den 27. September, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. 9 1/2 Uhr: Aufführung der großen Feerie nach Motiven aus 1001 Nacht: 1000 Jahre auf dem Meeresgrund in 5 Bildern.

Zirkus Moulter Rixdorf, Mainzer Straße am Hermannplatz. Heute Mittwoch 4 Uhr: Schüler- und Familien-Vorstellung. Abends 8 1/2 Uhr: Großes Elite-Programm.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Marietta Oily (Kleines Theater) Guido Herzfeld (Deutsches Theater) in ihrem Skotch „In einer Nacht!“ Soma Balogh d. Sänger m. d. doppel. Kehle und das große Variété-Programm.

Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Berlin N., Baumstraße 16. Uriel Acosta. Schauspiel in 5 Akten von R. Gutzkow. Anf. 8 1/2 Uhr. Untree 30 Pf. bis 1 ER. Ehren- und Vorzugskarten gültig! Morgen: Uriel Acosta.

Admiralspalast Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Geöffnet v. 10 Uhr vorm. Nachmittags: Kunstlaufproduktionen, u. a.: Apachenläufe. Einöshof-Konzert. Allabendlich: Das prunkvolle Eisballett Montreal Die Stadt auf Schlittschuhen. Neu: Push-Ball-Spiel Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts. Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenpreise.

Germania-Prachtsäle N., Chausseest. 110. Carl Richter. Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitag. — Vorzugskarten gelten. — Jeden Donnerstag: Gr. Militär-Treichoungert.

Zirkus Busch. Heute Anfang 7 1/2 Uhr. Die größte und letzte Attraktion aus Karl Hagenbecks Tierpark in Stellingen: Die beiden Menschen-Affen „Max und Moritz“. (Kurzes Gastspiel.) Herr Burkhardt-Fohtst, Schuhr. Paul Conchas „Aero Star“ (zum 1. Male auf dem Kontinent). 4 Original Perez: Otto Viola & Bro, amerik. Exzentriks. Fr. Anna Stennis, Schulleiterin. Herr Ernst Schumann, Freiheitsdresuren, usw. Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.

Boigt-Theater Gesundbrunnen Badstraße 58. Mittwoch, den 27. September 1911: Die zwei Waisen. Schauspiel in 7 Bildern von G. Ehrenberg. Kasseneröffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

PASSAGE :: PANOPTIKUM Das größte Schauabstimmement des Kontinents. Lobend der Mann mit der eisernen Zunge. Ein Fakir ohne Norven. A.G.A. die schwobende Jungfrau. Alles ohne Extra-Entree.

Folies Caprice. Täglich 9 1/2 Uhr: Robi Krach. Sunter Teil. Nr. 14.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger Maysol, Britten, Seidel, Horst, Schröder, Schubert Grüning A. u. R. Schröder. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr Allabendlich der neue Berliner Poffen-Schlager Der selige Holschinsky. Sonntag 3 1/2 Uhr: Wapa Ritsche.

Germania-Prachtsäle N., Chausseest. 110. Carl Richter. Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitag. — Vorzugskarten gelten. — Jeden Donnerstag: Gr. Militär-Treichoungert. Für den Jubel der Inszenate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Gesprächsamt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 28. September 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die amerikanische Malerorganisation“, Referent: Kollege Ambrose Haas aus New York.
2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheit.

130/1

Schreiben Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1289. Charlottenstr. 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der

Klempner

in den Andreas-Gewerken, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Klingler über: „Die Ursachen der Teuerung.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Die Kollegen der Selbstmetallbranche werden hiermit besonders eingeladen.

Die Kollegen von folgenden Firmen werden ersucht, bestimmt zu erscheinen: Baisch & Blohm, Volte & Wegener, Dennicke-Friedman, Düringer-Süden, Conrad-Galense, Förster, Reichenberger Straße, Gärtner, Busselstraße, Padel & Picht, Landberger Straße, Jahn, Braunerstraße, Koppe-Richtenberg, Markus, Karlstraße, Müller, Reichenberger Straße, Raabe, Chausseestraße und Springer.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Regel Besuch wird erwartet.

Donnerstag, d. 28. September, abends Punkt 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der

Drahtarbeiter und -Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvertreter und der Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! Da in dieser Versammlung der Tätigkeitsbericht der Agitationskommission gegeben wird, ist es Pflicht, doch jeder Kollege erscheint. Deshalb agitiert in den Werkstätten für guten Besuch, keiner darf fehlen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Protokolle der 10. ordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes erschienen und zum Preise von 20 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben sind.

Desgleichen sind noch Jubiläumnummern „500 000“ zum Preise von 50 Pf. im Bureau zu haben.

Achtung! Erwerbslose (Kranke).

Wegen Quartalschluß bleibt das Bureau am Sonnabend, den 30. September, den ganzen Tag geschlossen und erhalten die kranken Kollegen schon am Freitag, den 29. September für diesen Tag ihre Unterstützung.

Nach werden die kranken Kollegen ersucht, bis zum 29. September ihre Unterstützung abzugeben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen, welche sich in Krankenhäusern und Heilanstalten befinden und ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.

129/12

Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 27. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 68/69:

Mitglieder-Versammlung der Sektion I (Sandsteinarbeiter).

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl des stellvertretenden Sektionsleiters. 2. Antrag der Garnitoren Kollegen betreffend Einführung eines Affordiarisches für Sandsteinarbeiter nach Leipziger Muster. 3. Verschiedenes. 172/19

Zu dieser Versammlung sind sämtliche zurzeit in Kunststein beschäftigten Kollegen (Steinmetzen und Schleifer) ganz besonders eingeladen. Um pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Stellmacher.

Donnerstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12:

Branchen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Branchenkonferenz und Wahl der Delegierten. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 80/8

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

Orts-Krankenkasse für Pankow.

Folgender Nachtrag hat die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten und tritt mit dem heutigen Tage in Kraft:

Fünfter Nachtrag

zu den Satzungen der Ortskrankenkasse für Pankow vom 5. Oktober 1903 vom 19. Januar 1904

Beschlossen in der Generalversammlung vom 24. April 1911.

§ 5. Seite 7. Die beiden letzten Absätze von „Kellere Personen“ bis „Generalversammlung“ werden gestrichen.

§ 19. Absatz 2. Die Worte „den Geburtsort bis Austritt aus der Beschäftigung“ werden gestrichen und dafür folgende Bestimmungen eingeschaltet:

Geburtsdatum und Geburtsort, die Wohnung und die Beschäftigung des Anzumeldenden, den Zeitpunkt des Eintritts in die Beschäftigung des Betreffenden und den täglichen Arbeitsverdienst, welchen derselbe vorwiegend ausübt, erzieht wird. Gedet die anzumeldende Person bereits der Ortskrankenkasse Pankow an, so ist die Mitgliedsnummer auf der Anmeldung mit anzugeben, worhingegen die anzumeldende Person Mitglied einer anderen Kasse, so ist der Name dieser Kasse anzugeben. In beiden Fällen muß der Anmeldebogen das Mitgliedsbuch oder die Mitgliedskarte beigelegt werden.

Die Anmeldung muß enthalten: Den Vor- und Namen, Geburtsdatum und Geburtsort, die Wohnung des Anzumeldenden, den Zeitpunkt des Austritts aus der Beschäftigung und den Zeitpunkt des Eintritts in dieselbe.

Die Meldungen müssen mit der Unterschrift (Vor- und Namen) sowie der genauen Angabe der Wohnung und Betriebsart des Arbeitgebers versehen sein.

§ 13 Absatz 3 erhält folgende Fassung: Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Krankheitstag die Hälfte des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tageslohns als Krankengeld.

§ 14 Absatz 1 wird zwischen die Worte „auf“ und „Verfügung“ die Worte „Anordnung des Arztes und“ gefügt.

§ 17 Absatz 2 die Worte von „oder“ bis „Arbeitsfähigkeit“ werden gestrichen.

§ 18 Absatz 1 wird gestrichen. § 21 Absatz 1b Satz 12 Satz 20 Satz und Satz 6 Satz 10 Satz zu streichen.

§ 28 Absatz 1 wird gestrichen und dafür die Worte gefügt: Für jedes Stufenmitglied wird eine Mitgliedskarte ausgestellt.

§ 28 Absatz 2 Satz daselbe „daselbe“ zu streichen.

§ 28 Absatz 3 soll nunmehr lauten: Den freiwilligen Mitgliedern sind geleistete Eintrittsgelder und Beiträge auf der Mitgliedskarte von der Kassenverwaltung zu quittieren.

§ 28 Absatz 4 die Worte hinter „zu“ zu streichen und dafür zu setzen: Die Mitgliedskarte beim Ausscheiden aus der Beschäftigung einzuhändigen.

§ 28 Absatz 5 Satz „ein besonderes Quittungsbuch“ zu streichen „eine besondere Quittungskarte“.

§ 51 Absatz 3 die Worte „auf“ bis „ab“ zu streichen.

§ 59 Absatz 2 wird gestrichen. § 61 Absatz 1 die Worte „demselben auszustellenden“ werden gestrichen.

§ 66. Hinter „Neue Vorortzeitung“ ist einzuschalten „Die Pankower Tageszeitung“.

Vorstehender Nachtrag tritt eine Woche nach erfolgter Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde mit dem Tage der Veröffentlichung durch den Vorstand in Kraft. 278/20

Pankow, den 27. September 1911 Otto Rißmann, Vorsitzender.

Beinleiden.

Dr. med. Fackelmanns Spezialinstitut Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6. Mittwochs u. Sonntags 9-12.

Bereinszimmer,

ungeniert, Gelang-, Rustorein, passend zu Vertikalisierungen etc. Brunnenstr. 151, 2. Hof, Kantine.

Inseratenteil verantw.: Th. Meißner, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Weshalb gehen so viele Hausfrauen in die Reik-Läden?

Weil jede Hausfrau gute Lebensmittel kaufen will und weil man in den Reik-Läden alle Lebensmittel gut und billig bekommt mit höchstem Rabatt.

Reik in Rixdorf

Wenn man für 50 Mark Reik-Rabattmarken in die Reik-Rabattkarte eingeklebt hat, erhält man in jedem Reik-Laden sofort 5 Mark in bar als Rabatt ausbezahlt. Rabattkarten und Preislisten gibt es in allen Reik-Läden umsonst.



Ein neuer Zuschneide-Frei-Kursus im Schnittzeichnen, Zuschneiden u. Nähen d. gesamt. Damen- u. Kind-Garderob. sowie Wäsche beginnt am Montag, d. 2. Oktober. Anmeldekarten, Prospekte grat. u. fr. Berliner Zuschneide-Akademie Dir. Krämer Oranienburger Str. 92, I., III. u. IV. Et. Eckhaus, am Hackeschen Markt, Nähe Bahnhof Börse u. Zirkus Busch.

Reste

Damentuche schwarz und farbig per Meter von 3 Mark an
Kostüme neueste engl. Muster per Meter von 2 Mark an
Seidenplüsch Val du Nord 80 cm breit per Meter . . . 4 Mark
Engl. Seal 120 cm breit per Meter . . . 10 Mark
Astrachan 120-130 cm breit per Meter . . . 5 Mark
Samt und Seide etc. etc. zu sehr billigen Preisen.
C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Volksgarten-Theater.

Säle für Vereine und Gewerkschaften noch einige Sonnabende frei bei günstigen Bedingungen.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, reich, schnell. Zusteln von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börse)

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 28. September, abends 8 Uhr:

Versammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 11.

Hochwichtige Tagesordnung.

Das Erscheinen aller Berufsgenossen ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin III.

Freitag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Bölow, am Prenzlauer Tor (Extra-Eingang Prenzlauer Allee):

Öffentliche Versammlung aller Wäsearbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Die Tarifforderungen der Wäsearbeiterschaft und was bieten uns die Wäsefabrikanten?
2. Stellungnahme zu weiteren Entschlüssen.

Alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Heimarbeitern folgen der Fabrikanten sind ganz besonders verpflichtet, zu erscheinen:

D. Arndt, G. Behrendt, Berliner Wäsefabrik (vorm. Gebr. Ritter), Gebr. Borchardt, G. Buchholz u. Co., G. Dufour, S. Dammann u. Sohn, Cohn u. Eckburg, Cohn u. Samuel, Gassen u. Lachmann, J. Eisenberg, S. Eymann u. Co., J. Fonthelm, H. K. Freyer, Frey u. Vogt, J. Gotthelm, G. Grünbaum, J. Jacobs, Josef Jacobi Nachfolger, S. Jadd, van Laad, Schmidt u. Giffelgig, Otto Lenz, Philippsohn u. Reichner, Wiant u. Jöllner, Salomon Roske, Müller u. Sühmann, War. Rich, Rose u. Stern, G. Sternberg jun., U. Sternberg, L. Wittmann, Wolf u. Glasersfeld, Wolfstahl u. Wolf.

Kolleginnen, erscheint alle vollzählig!

Montag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Luna-Sälen“, Neue Königstraße 7 (großer Saal):

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Antworten der Firmen W. Blume, J. u. W. Gausler, H. Nürnberg, Fr. M. Simon, G. Salinger und Wohl u. Heymann.
2. Wie stellen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen hierzu? Beschlussfassung.

Alle Beschäftigten dieser Betriebe müssen vollzählig erscheinen. Die Ortsverwaltung.

252/11

Spreegold-Margarine

Vom Guten Das Beste

Überall erhältlich.

Margarine Werke Berolina Berlin-Lichtenberg, Herzbergstr. 55-56



Aus aller Welt.

Die Katastrophe von Toulon.

Das entsetzliche Unglück im Hafen von Toulon hat in der gesamten Presse des In- und Auslandes das lebhafteste Mitgefühl mit der Trauer des französischen Volkes erweckt. Noch läßt sich die Zahl der Toten nicht genau feststellen, doch ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der Tod von über 400 Matrosen und Seeleuten zu beklagen ist. Die Ursache der furchterlichen Katastrophe konnte bisher nicht ermittelt werden; in Regierungskreisen schiebt man das Unglück auf eine Selbstentzündung des Pulvers. Außer den Mannschaften der Liberté sind auch viele Matrosen anderer Kriegsschiffe bei der Hilfeleistung verunglückt. Man berechnet die Zahl dieser Toten auf etwa 100. Sehr groß ist auch die Zahl der Verwundeten, so wurden allein in das Marine Lazarett 114 schwer Verwundete eingeliefert.

Die Rettungaktion.

Wald nach dem Ausbruch des Feuers auf der „Liberté“ eilten in Booten Rettungsmannschaften von den übrigen Kriegsschiffen herbei, um ihren Kameraden in der Gefahr beizustehen. Der Obermannant Sollier, Führer eines Rettungsbootes, gibt über die Explosionskatastrophe folgenden Bericht: Als wir uns auf unserem Schiffe gegen 1/8 Uhr morgens der „Liberté“ näherten, schlugen bereits aus allen Seiten des Kreuzers helle Flammen heraus und wir hörten genau das Jammern und Stöhnen der Verunglückten. Wir riefen ihnen zu: Wir kommen, wir kommen, und bringen Euch Hilfe! Aber mit jedem Meter, mit dem wir uns der „Liberté“ näherten, wurde für uns die Gefahr größer. Der Kreuzer war schon ein einziges Flammenmeer

und wir hörten, wie sich eine Explosion im Innern des Schiffes vollzog. Im letzten Augenblick gelang es uns, unser Boot zu wenden. Im selben Augenblick erfolgte noch eine schwere Explosion. Es war uns als ob unser Schiff in einen Wirbelwind geraten war. Mehrere Minuten lang drehte es sich rasch um sich selbst. Als wir wieder zur Bestimmung gekommen waren, war alles von einem dichten schweren Rauch belagert. Überall sahen wir im Wasser Verunglückte herumtreiben. Es spielten sich unbeschreibliche Szenen im Wasser ab. Schwer Verwundete Matrosen machten noch den Versuch, schwimmend das Ufer zu erreichen, doch hatten sie nicht mehr die Kraft ihren Vorsatz auszuführen. Wir nahmen 16 Leute an Bord, von denen 10 den schweren Verwundungen erlagen, bevor wir das Land erreicht hatten.

An Bord des Unglücksschiffes.

Furchtbare Szenen spielten sich nach der Explosion an Bord des halb gesunkenen Kriegsschiffes ab. Admiral Aubert begab sich vorzüglich selbst in einer Schaluppe an den Ort des Unfalls, um persönlich die Rettungsarbeiten zu leiten. Als er nur noch wenige

Meter vom Schiffe entfernt war, hörte er, wie aus dem Innenraum verzweifelte Hilferufe und Klopfen gegen die Panzerplatten erschallten. Der Admiral ließ sofort Sauerstoffapparate und Eisensägen heranziehen, um das Rettungswerk beginnen zu können. Als man in das Innere des „Liberté“ eingedrungen war, fand man hier ein unbeschreibliches Bild vor. Überall lagen stöhnende Verwundete, die mit dem Tode rangen und neben ihnen schon tote Matrosen. In einem Zimmer fand man einen Obermaat, der schon 3 Stunden ununterbrochen um Hilfe schrie und dem ein Eisenblock auf den rechten Fuß gefallen war, durch den dieser vollständig zerquetscht wurde. Da auch die Hebelkräne durch die Explosion nicht mehr intakt waren, so konnte der Unglückliche erst aus seiner Lage befreit werden, nachdem ihm das Bein bei vollem Bewußtsein abgenommen worden war. Der Mann starb unter entsetzlichen Schmerzen auf dem Wege in das Krankenhaus.

Verschiedene Leichen sind vollständig verkohlt aus dem Innern des Schiffes geborgen worden. Viele Matrosen wurden durch die umherfliegenden Granatsplitter vollständig zerrissen, so daß es unmöglich war, ihre Identität festzustellen. Die noch Ueberlebenden haben völlig den Kopf verloren und können nur geringe Einzelheiten über die Katastrophe geben. Ein Offizier hatte knapp Zeit, aus dem Boot zu springen und eine Hofe anzuziehen. Er stürzte sich ins Wasser und wurde von den Rettungsmannschaften geborgen. Er hatte vollständig das Gedächtnis verloren.

Pfarrherrliche Duldsamkeit.

In einem thüringischen Kreisblatte, dem „Regenröder Kreis-Anzeiger“, finden wir folgenden interessanten Beitrag zu dem Thema: Christliche Nächstenliebe: Wer die Straße von der Rinkemühle nach Drogwitz heraufsteigt, kommt dicht vor dem Dorfe einen alten Straßenarbeiter bei emsiger Arbeit beobachtet: Wilhelm Königer, genannt Schmetzheiner. Der Alte war eine populäre Erscheinung, die wandelnde Zeitung des Ortes, beliebt im Dorfe und bei den Touristen. Schon im 10. Lebensjahre verdiente er seinen Unterhalt mit seiner Hände Arbeit und hat seitdem 68 Jahre lang unermüdblich für seine Familie geschafft. Das einzige, was man an ihm hätte tadeln können, war: er trank gern, wie viele alte Arbeiter, seinen Schnaps. In die Kirche ging der Greis die letzte Zeit nicht mehr. Wozu auch? Er war halb taub, dazu hinderte ihn ein körperliches Leiden. Als er in voriger Woche des Mittags von der Arbeit heimkehrte, verschied er plötzlich am Schlag. Der Kriegerverein von Drogwitz, dem er angehörte, erwies ihm die letzten Ehren. Mit fliegender Fahne, Musik und Gewehrrektion voraus, trug man die Leiche zu Grabe. Der Pfarrer hielt seine Rede. Und was sagte er? Er schalt den Verstorbenen einen Trunkenbold, der von Stufe zu Stufe gesunken und im Schmutz geendet sei, einen abtrünnigen Sohn der Kirche usw., ein recht netter Trost für die Hinterbliebenen des Toten, die aus der Umgegend zusammengekommen waren. Die Leidtragenden ohne Ausnahme, vor allem die Mitglieder des Kriegervereins, waren empört. Auch wir haben bis jetzt immer geglaubt, eine Grabrede habe den Hauptzweck, den Hinterbliebenen und Freunden des Toten Trost zu spenden, und

nicht: ihn, den Verewinten, zu beschimpfen; sie kann ihn weder in den Himmel hineinbeten, noch ihm einen ungnädigen Gott beschaffen. Die hier gehaltene Rede kann nur den Erfolg haben: den Menschen die Religion auszutreiben und die Kirche vollends leerzupredigen.

Der Pfarrer soll nur so beibehalten; die Früchte seines christlichen Wirkens werden ihn bei der kommenden Wahl in Erstaunen setzen!

Kleine Notizen.

Im Streit erstickt. Während eines Streites wurde in Neuenhuppen der 20jährige Landwirt Kluth von dem bei ihm beschäftigten Koppelknecht Hollenbach erstickt. Der Täter behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben. Die Ursache der blutigen Tat liegt in einem Streite, den die beiden beim gemeinsamen Billardspiel hatten.

Wunderliche. Ein großes, aber nutzloses Opfer für seine Schwester brachte ein junger Mann in Stodport (England), der für seine Schwester Edith Stuart, die mit ihren Haaren in eine Maschine gekommen und vollständig skaliert worden war, seine eigene Kopfhaut hergab, damit seine Schwester geheilt werden konnte. Er unterzog sich der schwierigen Operation, der Heilungsprozess machte bei der Schwester auch günstige Fortschritte, dann trat ein Rückfall ein, dem die Schwester erlag.

Witterungsübersicht vom 26. September 1911.

Stationen	Barometer-stand um Mitternacht	Windrichtung	Windstärke	Witterung	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-stand um Mitternacht	Windrichtung	Windstärke	Witterung	Temperatur in Grad C.
Swinemünde	767,5	SW	3	Dunst	15	Dapruntha	764,5			2 bedeckt	9
Danzburg	768,0	SO	2	Dunst	11	Petersburg	766,0	NO	1	bedeckt	10
Berlin	767,5			2 bedeckt	13	Seiffen	765,5	NO	2	halb bed.	13
Frankfurt a. M.	768,5			1 Nebel	11	Werdern	766,5	SO	3	bedeckt	10
München	770,5			1 wolkenl.	8	Paris	767,5			1 bedeckt	13
Wien	768,5			2 bedeckt	15						

Wetterprognose für Mittwoch, den 27. September 1911. Etwas mürmer, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 25. 9.		am 26. 9.		Wasserstand	am 25. 9.		am 26. 9.	
	am	seit am 1)	am	seit am 1)		am	seit am 1)	am	seit am 1)
Remel, Mühl	48	+1	48	+1	Saale, Großk.	80	-10	80	-10
Regel, Zisterburg	54	-2	54	-2	Saale, Spandau	75	+2	75	+2
Reichel, Thurn	52	0	52	0	Matthensm.	38	+2	38	+2
Dber, Raibor	95	+7	95	+7	Spre, Spremberg	76	0	76	0
Kroffen	14	+4	14	+4	Bestom	89	+1	89	+1
Frankfurt	23	-2	23	-2	Weser, Minden	67	-4	67	-4
Barthe, Schrumm	40	-3	40	-3	Weser, Minden	137	-3	137	-3
Landberg	66	+1	66	+1	Rhein, Maguilanskan	334	+18	334	+18
Rehe, Vordamm	39	+1	39	+1	Raub	104	-2	104	-2
Elbe, Leimert	72	-7	72	-7	Röln	61	0	61	0
Dresden	200	-3	200	-3	Redar, Heilbrom	41	+27	41	+27
Harz	5	-1	5	-1	Rain, Wertheim	85	+1	85	+1
Ragdeburg	4	+2	4	+2	Roel, Dier	12	+4	12	+4

1) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterbezel.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Enorm billiger Verkauf:

Soweit Vorrat!

5 Waggon Glas, Porzellan, Wirtschaftsartikel

Tafelgeschirr (Steingut) Posten-Form weise mit Goldrand

Speiseteller tief oder flach	18 Pf.
Stulenteller	14 Pf.
Kompotteller	12 Pf.
Bratenplatten oval	20 Pf. bis 1 ³⁵
Bratenplatten rund	55 Pf.
Kartoffelschüssel mit Deckel	1 ³⁵ 1 ⁷⁵
Terrinen oval	1 ⁷⁵ 2 ¹⁵
Saucieren	85 Pf.

Waschgarnituren

Eller 5 tellig	1 ⁹⁵	Strassburg 6tell.	2 ⁴⁵
Jena 5 tellig	2 ⁶⁵	Wien 5 tellig	2 ⁹⁰
Königsberg 5 tell.	3 ⁹⁵	Komet 5 tellig	5 ²⁵
Jena Gold 5 tellig	4 ³⁵	Komet Gold-6tell.	9 ⁷⁵
Elmer weise mit Trichter und Bügel	2 ⁷⁰	Elmer creme mit Gold, mit Trichter und Bügel	3 ⁶⁰

Küchengearnituren

	Holland	Deft	Porzellan Brüssel	Porzellan Golddekor
Tonne	50	55	85	85
Tönnchen	23	23	28	28
Flasche	50	55	85	85
Mesten	1 ²⁰	1 ⁴⁵	1 ⁸⁵	1 ⁸⁵
Satz Töpfe	2 ²⁵	2 ⁵⁵	2 ⁷⁵	2 ⁷⁵

Wirtschafts-Artikel

Wirtschaftswagen	95 Pf. 1 ⁷⁵ 2 ²⁵	Brotschneidemaschinen	2 ⁸⁵ 4 ⁷⁵	Wäschetrockner mit 10 Stößen	95 Pf.	Wasserkessel	1 ²⁵ 1 ⁴⁵ 1 ⁶⁵
Kaffeemühlen	90 Pf. 1 ¹⁰	Petroleum-Heizöfen 30" 975 60"	14 ⁵⁰	Waschwannen Zink	7 ²⁵ 9 ²⁵ 11 ⁰⁰	Toilettenelmer m. Bügel	90 Pf. 1 ⁶⁰ 1 ⁸⁰
Messerputzmaschinen	3 ⁰⁰ 5 ²⁵	Waschmaschinen „Matador“	27 ⁰⁰ 31 ⁸⁰	Waschzuber Zink	7 ²⁵ 9 ⁵⁰ 11 ⁰⁰	Waschgarnituren 5 Teile, weise oder creme	6 ²⁵
Reibemaschinen	95 Pf. 1 ¹⁰	Wäschemangeln 16 ⁵⁰ 18 ⁵⁰ Elmer-6tell.	36 ⁵⁰	Waschtöpfe verzinkt mit Sieb u. Deck.	1 ⁹⁰ 2 ⁷⁵ 3 ¹⁰ 3 ³⁵	Waschwannen prima 40 45 50 55 cm oval	1 ⁸⁰ 1 ⁷⁵ 2 ²⁵ 2 ⁷⁵
Fleischhackmaschinen	1 ⁹⁰ 2 ⁴⁵ 2 ⁸⁰	Wäscheleinen „Hant“ 33 2 ⁷⁵ 33 3 ⁷⁵ 33 4 ⁷⁵		Schmortöpfe	35 50 60 70 85 Pf. 1 ⁰⁰	Mülleimer	90 Pf. 1 ⁸⁵ 2 ³⁵
Gasplatten vernickelt, mit Erhitzer	4 ²⁵	Wringmaschinen 33 9 ⁵⁰ 33 10 ⁵⁰ 42 11 ⁵⁰		Kasserollen	25 35 45 55 65 Pf.	Elmer grau und blau	6 ⁵ 7 ⁵ 7 ⁷⁵

Beleuchtungs-Artikel

Gas-Zuglampen Messing, mit Petroleum	11 ⁵⁰	Streichholzsparer Tagesverbr. ca. 1 Pf. Pehr.	1 ³⁰
Herrenzimmerkrone 4 Röhrlig, Schmiedelisen, Grastein-Hängelicht	32 ⁰⁰	Gasherddanzünder	25 Pf.
Speisezimmerkrone 4 Röhrlig, mit Zug, Grastein-Hängelicht	47 ⁵⁰	Glühstrümpfe	3 Stück 50 Pf.
Ampeln moderner Stabbehang, mit Grasteinbrönne	10 ⁵⁰ 13 ⁵⁰	Gaszylinder	Dutzend 65 Pf.
		Küchenlampen	45, 75, 95 Pf.
		Tischlampen 14" Messingfuß u. Glaszylinder	1 ⁹⁰ 2 ⁸⁵

Bürstenwaren

Rosshaar-Kehrbesen	1 ⁸⁵ 2 ¹⁰ 2 ³⁵	Teppich-Handbesen Wurzel	40, 55, 70 Pf.
Rosshaar-Handfeger	95, 1 ¹⁰ 1 ²⁵	Teppich-Handbesen Wurzel	40, 55, 70 Pf.
Borst.-Kehrbesen	90, 1 ¹⁵ 1 ³⁵		
Borst.-Handfeger	38, 50, 60 Pf.		
Teppichbesen Wurzel	1 ²⁵ 1 ⁴⁵		
Teppich-Handbesen Wurzel	40, 55, 70 Pf.		
Teppich-Kehrmaschinen	7 ⁷⁵ 9 ⁵⁰		
Bohnerbesen gepolstert	8 ⁰⁰ 9 ⁷⁵		
Bohnerschrubber	3 ²⁵ 4 ²⁵ 5 ²⁵		
Bohnerwachs	Dose 45, 70 Pf.		
Bohnertücher	60 Pf.		
Metal-Topfreiniger	15 Pf.		

(Abzahlungsgeschäfte)

Credit-Haus Bellealliance, Berliner Credit-Haus, Credit-Haus Moabit, Lubascher & Spandau

Wilhelm Peters Nachf., Rixdorf

Sinalco (Bilzbrause)

Franz Abraham

Si-Si

F. Falk!

Blottner's Großbäckerei

Arnold Bausner's Landrotfabrik

Engel's Landrot

W. Engel

Feronia

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Carl Kappler

Kaempf, Bäckerei, Köpenick

Landrot-Großbäckerei

Rich. Liebenow

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäckerei 'Nordstern'

Peter's Großbäckerei

Conrad Richter

Max Sander, Dunkerstr. 23

Ernst Troitz, Reichenbergerstr. 111

C. Vogt, Weißensee

Heinrich Wittler

Arkons-Bad, Anklamer-Str. 34

Bad Friedrichshagen, Landsh. Allee 113

Hohenstaufen-Bad, Gölitzstr. 46a

Jungrunnen-Bad, Baumshuldenweg, Kiefernstr. 177/78

Köh'n's Samariter-Bad, Frankf. Allee, 22, Rigaerstr. 39

Bad Ostend, Ost-Bad, Pallasdenstr. 75

Silesia-Bad, Spandauer Bad, Neundorfer Str. 96

Bandagen, Gummiw., R. Banks, Stralauer Str. 36

Wende, A., Reiche, A., Beerdig.-Anst., Sargm.

Beleucht.-Gegenst., Bunzel, R., Kronen-Grossmann

Beleucht.-Gegenst., Bunzel, R., Kronen-Grossmann

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Butter, Eier, Käse, Butterhandlung, J. F. Assmann

Berufskleidung, A. Jarecki, Spandau, Rixdorf

Wilh. Scholem, Kottbuserdamm 94, Keller

Bettfedern u. Betten, Bettfedern von selbstgesch. Glas

Bierbrauereien, Bierh., W. Adelung & A. Hoffmann

Bergbrauerei, Feinstes Doppelbier, Berliner Bock-Brauerei

Brauerei Königstadt, feinste Qualitätsbiere

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier

Brauerei Tivoli, Brauerei Weibensee, C. Enders

Groterjans, Malzbier, Schöck-Allee 110, T. III, 5063

C. Habels Brauerei, Hohenstaufen-Bad

Goldbier, ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Die Fabrikate der 'Sarotti', Chocoladen u. Cacao-Industrie

Fordern Sie Kakao und Schokolade, Wesenberg

Alb. Kasulke, Klein, Wilh., Klemmer W., Spandau

Blumen und Kränze, Oskar Albertus, Möllnerstr. 41

Damenkonfektion, Hugo Ahronfeld, Or. Frankf.-St. 117, Badst. 32

Bouillon-Würfel, Nährmittel-Gesellschaft 'Krone'

Butter, Eier, Käse, Butterhandlung, J. F. Assmann

Oska Beck, Dresdenerstr. 97, Bismarckstr. 11

Buntrock, W., Dänker, Otto, 11 Filialen

Carl Franke Nachf., Fried. Göseke, 7 Filialen

F. Hagen 22, Verkaufsstellen, 15 Detail-Geschäfte

Georg Lemke, Butterhandlung, Ober-Schöneweide

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen, Schulz, Arthur, Rixdorf

A. Talman, Uhly & Wolfram, Vereingte Pommersche Meiereien

Georg Wunder, Fruchtsirup, Zum Stern, Adalbertstr. 12

Bücher, Gesunde, Prospekte, letztere gratis

Die Fabrikate der 'Sarotti', Chocoladen u. Cacao-Industrie

Fordern Sie Kakao und Schokolade, Wesenberg

Alb. Kasulke, Klein, Wilh., Klemmer W., Spandau

Blumen und Kränze, Oskar Albertus, Möllnerstr. 41

Damenkonfektion, Hugo Ahronfeld, Or. Frankf.-St. 117, Badst. 32

Max Arnsdorff, Oranienstr. 178 u. Rixd., Bergstr. 9

Carl Brinitzer, Schönw.-Allee 84, Cohn, Geschw., Rixdorf

Giesnow & Co., Holz & Ascher, O. Frankfurter Allee 68

Moses, Landsbergerstr. 58, Mästel, Kostime, Röcke

Pappelbaum, A. Selowsky, Wagner, P., A. Kieper, Nowawes

Westmann, 1. Geschäft: Mohrenstr. 37a, 2. Geschäft: Gr. Frankf.-Str. 115

Wolff, Schönhäuser Allee 127a, Paul Zutermann, Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, Adler-Drogerie, Angermann, Königsbergerstr. 13

August Holtz, Hoffmann, R., Ober-Schöneweide

Georg Lemke, Butterhandlung, Ober-Schöneweide

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen, Schulz, Arthur, Rixdorf

A. Talman, Uhly & Wolfram, Vereingte Pommersche Meiereien

Georg Wunder, Fruchtsirup, Zum Stern, Adalbertstr. 12

Bücher, Gesunde, Prospekte, letztere gratis

Die Fabrikate der 'Sarotti', Chocoladen u. Cacao-Industrie

Fordern Sie Kakao und Schokolade, Wesenberg

Alb. Kasulke, Klein, Wilh., Klemmer W., Spandau

Blumen und Kränze, Oskar Albertus, Möllnerstr. 41

Damenkonfektion, Hugo Ahronfeld, Or. Frankf.-St. 117, Badst. 32

Max Arnsdorff, Oranienstr. 178 u. Rixd., Bergstr. 9

Carl Brinitzer, Schönw.-Allee 84, Cohn, Geschw., Rixdorf

Unterstehende Geschäfte, empfehlen sich bei Einkäufen

J. C. Schütze Nachf., 21, Heine, Schupke, Wieleftr. 12/13

Georg Stasinowski, Eck. Gartenstr., Rob. Stindt Nachf., Werkhof, Köpenick

Fahrräder, Nähmaschinen, Baum, Emil, Schöneberg

Brennabor, Daedrich, F. R., Bergstr. 159

Fahrrad-Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauser-Str. 11

Klinik d. Westens, Größtes Fahrradhaus Berlins

Ernst Machnow, Größtes Fahrradhaus Berlins

Carl Müller, Carl Müller, Rixdorf

H. BERGMANN, über 40 Filialen in Groß-Berlin

Cöpenicker-Groß-Dampfwäscherei, O. Partenheimer, 7000 m. Trinkl.

Dampfwascherei E. Friedrich, Dampfwascherei MERKUR

Dampfwascherei 'Nordstern', Dampfwascherei 'Nordstern'

Gebr. Erbguth, O. Naeve, Färberei u. chem. Wäscherei

Taubert, J., Fischhandlungen, Otto Arendt, Tegel

C. Dittmann, Kahl, Winkler & Barthold, Fleischer u. Wurstw.

S. Basch, Jos. Beier, W. Becker, H. Berger, H. Ritterkühn

Brenneke, C., G. Brucklacher, Otto Döring, Willy Erpel, F. Fehrmann

Arno Fischer, Großgörschen-Str. 6, Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwaren

Wurst, Speck, Schinken, Anton Fehlau, Gonthardt, Stadtbahn-Ecke

Feine Fleisch- u. Wurstwaren, Lebensmittel-Großhandlung

Pleisch- u. Wurst-Centrale, Brunnenstraße 78

Gerhardt, Gerhardt, H. Gerndt, Springer, 7, Eng. Samsar

Ernst Machnow, Größtes Fahrradhaus Berlins

Carl Müller, Carl Müller, Rixdorf

H. BERGMANN, über 40 Filialen in Groß-Berlin

Cöpenicker-Groß-Dampfwäscherei, O. Partenheimer, 7000 m. Trinkl.

Dampfwascherei E. Friedrich, Dampfwascherei MERKUR

Dampfwascherei 'Nordstern', Dampfwascherei 'Nordstern'

Gebr. Erbguth, O. Naeve, Färberei u. chem. Wäscherei

Taubert, J., Fischhandlungen, Otto Arendt, Tegel

C. Dittmann, Kahl, Winkler & Barthold, Fleischer u. Wurstw.

S. Basch, Jos. Beier, W. Becker, H. Berger, H. Ritterkühn

Brenneke, C., G. Brucklacher, Otto Döring, Willy Erpel, F. Fehrmann

Carl Brinitzer, Schönw.-Allee 84, Cohn, Geschw., Rixdorf

Giesnow & Co., Holz & Ascher, O. Frankfurter Allee 68

W. Tauche, Rixdorf, 43. Panzerstraße 25. ff. Fleisch-u. Wurst.

Fr. Thiel, Gürtelstraße 17. f. Fleisch-u. Wurst-Fabr.

Karl Unte, Naunynstraße 17. f. Fleisch-u. Wurst.

C. Wiese, Mühlenstr. 45. ff. Fleisch-u. Wurstwaren.

Wiedmann & Swunke, Wellenseestraße 11. f. Fleisch-u. Wurstwaren.

W. Wüst, Wuststraße 10. f. Fleisch-u. Wurstwaren.

D. Kempinski, Rummelsburg, Türschmidtstr. 1.

S. Posner, Brunsenstr. 172. Nord.

M. Grund, Brunsenstr. 177.

Hansen, Rixdorf, Berliner Str. 11.

Hut-Centrale, Oranienburger Str. 2.

Kehr-Hüte, Königsplatz 25.

Alfr. Krug, Hutfabr. I. G. Sch. Brunsenstr. 54.

LOBER-NUTE, Frankfurter Allee 189.

Mandel's Hutfabrik, Mütz.-Möhlenhauer, Hiltstr. 15. l.

Aug. Grimberger, Hauptkontor nur Kol. Nordbahnhof.

M. F. Leyke, Hauptkontor nur Kol. Nordbahnhof.

J. Ferdinand Leyke sen., Ram-Grünthalstr.

P. Hante, Plötze 23-25, III. 4453.

Loebell, L., Kohlenbahn-Wedding.

J. Mannheim, Pillanen im Osten.

Gebr. A. & J. Podzuweit, Gleimstr. 62.

L. Sager & Co., Blumenstr. 52a, Gr. Frkf. Str. 94.

Heinr. Schupke, Filialen in Moabit u. Charlottenburg.

Max Lange, Camphausen-Str. 21.

Gustav Linke, Neue Hohestr. 30.

Lips, Chamissoplatz 12.

Lutze, Herm., Koloniestr. 34.

Wilhelm Marx, Wildenowstr. 2.

Karl Mercier, Huttenstr. 3.

Michaelis, Paul, Nord-Berlin.

Mielke, Max, Huttenstr. 23.

Müller, G., Bernstr. 155, Kassebeckstr. 18.

Lederwaren, Gg. Engnath, Sattlermstr. Brunnenstr. 61.

Carl Fessel, Nachf. Gr. Frkf.-St. 155.

Glitz & Langner, Rixdorf, Bergstr. 12.

Paul Kratky, Invalidenstr. 135.

Richard Kurtzke, Kottbuscher Damm 8.

Otto Pahnitz, Wienerstr. 14.

M. Rector, Eig. Werkst. I. Hause O. Probst, Frankfurt-Allee 44.

C. Richter, Rixdorf, Friedelstr. 49.

Otto Wehnert, Eig. Werkst. I. Hause O. Probst, Frankfurt-Allee 44.

P. Rentner, Monstenerstr. 17.

Rosin, G., Auguststr. 46.

Fr. Sacks, Kaffee, Kakao, Kassern-Rostocker Str. 12.

Scheibe, Adolf, Pöcklerstr. 1.

Schleinitz, A., Eisenbahnstr. 25.

Schneider, Emil, Markth. Marktschloß.

Sophia Charlottenstr. 100.

Otto Schoening & Co., Friedenau.

Schramowski, Frkf.-Chaussee 11.

Molkerei „Nord-West“, Bremerstr. 39.

„Schweizerhof“, Meierei und Milchkuranstalt.

Braun, Emil, Musik, Oster-Baumstr. 7.

Nähmaschinen, A. A. Brunn, Hauptstr. 19.

Bellmann, E., Gollnowstr. 26.

Ed. Kruda, Rosenthalerstr. 19.

Pfaff, Steinhauer, Spandau.

Pfaff-Nähmaschinen, G. Wendt, Wilsenstr. 12.

Singer Nähmaschinen, Läden in allen Städten.

Glas u. Porzellan

Floeder & Kroll, Rixdorf, Bergstr. 135, Ecke Rosenstr.

Grammoph., Sprechm.

Becker, W., Wilmersd.-Str. 127, l. Rixdorf.

Herrn-Artikel

Anton, Schönhauser Allee 116.

